Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 23 vom 10. Juni 1983 | 17. Jahrgang | 1 DM



Para-diesisch...

leben kann man auch im Diesseits. Zwar nicht als Angestellter bei der Kirche — da soll man auf Gottes Lohn im Jenseits warten. So jedenfalls wurde es jetzt – aus Anlaß der verschiedenen ÖTV-Tarifrunden trat diese Frage auch wiedermehr aus dem Hintergrund — noch einmal deutlich von der Kirchenleitung gesagt.

Dagegen hat die ÖTV eine Kampagne vorbereitet, die sie vielleicht dieses Mal etwas konsequenter führen sollte als bisher. Aber dann könnte sie ja das paradiesische Leben stören. Das eines Erzbischofs. Mit 12.900 DM im Monat. Plus zahlloser Zulagen. Ganz schön, ob nun Paradies oder nicht.

Lila statt schwarz

„Mit Sorge" sehen sogenannte Christen um Niedersachsens schwarzen Ministerpräsidenten Ernst Albrecht dem evangelischen Kirchentag entgegen. Sie haben Angst vor Halstüchern. Nein, der Halstuch-Mörder seligen Angedenkens will sich ihrer nicht annehmen. Sorge macht ihnen mehr die Farbe der Tücher: Sie haben Angst, daß ihnen vom 8. bis 12. Juni violett vor Augen wird. Denn 90000 violette Halstücher werden von christlichen Friedensgruppen angeboten, die diejenigen tragen sollen, die für ein „Nein ohne jedes Ja zu Massenvernichtungswaffen"sind. Zu denen gehört Albrecht nicht. Sein christlich-demokratisches Unionsmotto lautet: Friedensfreunde unerwünscht.

Hallo Abo!

Auch in dieser Woche soll er nicht fehlen, der Hinweis auf unsere Abo-Sonderaktion. Ursprünglich nur für den Mai geplant, nach Anlaufschwierigkeiten aber — mit 80 Abos in einem Monat — so erfolgreich, daß wir die Aktion bis zum 15. Juli verlängert haben.

Also: den „Roten Morgen" zum halben Preis, wenn das kein Angebot ist. Viel leichter als sonst ist es, neue Leser zu gewinnen, mehr oder weniger regelmäßige Leser zum abonnieren zu bewegen und nicht zuletzt die Gelegenheit günstig an ein zweites Abo zu kommen, für die vielen Möglichkeiten den „Roten Morgen" weiterzugeben, bekanntzumachen.

Große Kampagne für Annahme des Schlichtungsergebnisses

Für Urabstimmung bei ÖTV

Regierung droht, Wulf-Mathies kuscht

Vom Stuttgarter Hauptvorstand der ÖTV aus sind sie in diesen Tagen in alle Bezirke ausgeschwärmt: Die Mitglieder und Beauftragten des Vorstands. Ihre Aufgabe: Den Funktionärskörper der Gewerkschaft darauf einzuschwören, den Schlichtungsspruch doch noch anzunehmen. Dazu gibt der stellvertretende Gewerkschaftsvorsitzende der „Bild"-Zeitung ein Interview, in dem er gegen den Beschluß der Großen Tarifkommission seiner Gewerkschaft angeht. Dazu erscheint im „ÖTV-Magazin" ein großer Artikel. Dazu gibt es die ganzen Reden auf Bezirks- bzw. Kreisversammlungen.

Zweierlei Argumente werden dabei vorgetragen: Zum einen, der Spruch der Schlichter sei so schlecht gar nicht und eigentlich eher ein Erfolg(!) der ÖTV...

Was nicht vergessen lassen sollte, daß gerade die Deutlichkeit, mit der das Schlichtungsergebnis den Weg nach unten bei Einkommen und künftigen (nicht mehr jährlichen) Tarifverhandlungen wies, der Grund für die von vielen als Überraschung empfundene Entscheidung der Großen Tarifkommission gewesen war.

Der Gewerkschaftsvorstand mag es zu drehen und wenden versuchen, wie er will: Mit einer, auf ein Jahr Dauer umgerechneten sogenannten Erhöhung um ganze 1,8 Prozent und mit der 18monatigen Laufdauer ist dieser Spruch der Schlichter ein nahezu totaler Erfolg — für CSU-Minister Zimmermann, für die antisozialen Sparpläne der neuen Regierung. Dafür haben sich bestimmt nicht Hunderttausende an Warnstreiks beteiligt.

Das andere Argument des Vorstandes: man könne keine Urabstimmung riskieren, weil eine Niederlage drohe. Das wird mehr intern gehandelt, ist aber nicht ganz von der Hand zu weisen. Denn keiner kann ohne weiteres behaupten, daß die Stimmung ganz eindeutig wäre. Zumal es zahlreiche SPD-Betriebsgruppen zu geben scheint, die im Sinne der betreffenden Stadtverwaltungen gerade unter den Arbeitern des öffentlichen Dienstes Stimmung gegen Kampfmaßnahmen machen. Aber da wäre auch das erste Argument: man kann ja auch Stimmung dafür machen. Und der Vorstand könnte, statt alles gegen den Beschluß der GTK zu unternehmen, auch ebensogut (rein theoretisch) alles dafür unternehmen, eine Widerstandsfront gegen die Sparpolitik, die die Regierung im Dienste des Großkapitals durchführt, aufzubauen. Vorbereitende Maßnahmen dazu, wie die Probeabstimmungen, die an verschiedenen Orten von Vertrauensleuten usw. organisiert werden, könnten beispielsweise ein gutes Mittel dazu sein, die Widerstandskraft zu stärken...

Die Diskussion müsse so gründlich laufen, und dies hätten auch viele Mitglieder der Großen Tarifkommission so gewollt (wieviele aus welchen Gründen, wird nicht gesagt und wem das Herz in die Hose gerutscht ist nach dem Ergebnis in der GTK) weil die Ablehnung die „schwere Verantwortung" von Urabstimmung und Streik bedeute. Das war die ergänzende Argumentation im ÖTV-Magazin. Wo man nicht nur fragen könnte, ob das nicht der Aussage der drohenden Niederlage widerspricht, sondern auch, warum denn eigentlich der kleine Vorstand der Gewerkschaft diese „Verantwortung" ganz alleine tragen möchte, statt die Mitgliedschaft in Urabstimmung entscheiden zu lassen. Denn neben den Möglichkeiten Niederlage durch vom Vorstand befohlene Kapitulation und Niederlage in einer Urabstimmung (und soll keiner sagen, er wisse genau, daß der zweite Weg schlimmere Folgen habe) gibt es auch noch die Möglichkeit des erfolgreichen Widerstands...



US-amerikanisches Mordkomplott

Nicaragua kämpft an vielen Fronten

MANAGUA. — Drei US-Diplomaten der Botschaft der USA in Managua sind zum sofortigen Verlassen des Landes aufgefordert worden. Ihnen wird die Beteiligung an einem Mordkomplott gegen die Staatsführung Nicaraguas vorgeworfen.

Zur gleichen Zeit drangen wieder Hunderte „Contras", konterrevolutionäre Anhänger des gestürzten Diktators Somoza, von Honduras aus nach Nicaragua ein.

In einem am vergangenen Montag vom Außenministerium Nicaraguas veröffentlichten Kommuniqué wird die Ausweisung der Botschaftsangehörigen damit begründet, daß sie „die nicaraguanische Regierung destabilisieren" wollten. Konkret spricht man von „kriminellen Aktionen", zu denen auch die Planung von Mordversuchen an „sandinistischen Führern und Spitzenbeamten der nicaraguanischen Regierung" gehört habe.

Die Diplomaten, die sofort das Land verlassen haben, spielen nur eine Nebenrolle in den weitgehenden Plänen der US-Regierung, Nicaragua mit allen Mitteln wieder in die Hand zu bekommen.

Hauptmittel ist zur Zeit die Invasion der von den USA ausgebildeten und unterstützten Konterrevolutionäre, die immer wieder von Honduras aus in das Land eindringen. Wie der Nicaraguanische Rundfunk meldete, sind an der Nordgrenze zu Honduras erneut schwere Gefechte ausgebrochen. Unterstützt von honduranischer Artillerie sind am 5. Juni wiederum 600 schwerbewaffnete Contras über die Grenze gekommen. Die Provinz Nuova Segovia ist zur Zeit der Hauptschauplatz der Abwehrkämpfe des nicaraguanischen Volkes gegen die Eindringlinge.

Konkrete Pläne werden geschmiedet

Kohleförderung soll reduziert werden

RWI-Studie soll Regierungsaussagen untermauern

ESSEN. — In seinen Angaben zur gegenwärtigen Lage auf dem Energiesektor der BRD macht das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung (RWI) sehr präzise Vorschläge zur Reduzierung der Förderung von Steinkohle. Der RWI-Bericht, wenige Tage nach den neusten Äußerungen der Regierungssprecher zur künftigen Kohlepolitik erschienen, soll offensichtlich dazu dienen, die Bundespolitik „fachlich" zu untermauern.

War in der kürzlichen Erklärung der Bundesregierung schon die Rede von Kapazitätsbeschränkungen gewesen (schon zum dritten Mal nach den Plänen, die Strauß im November und der NRW-Chef der CDU, Worms, im März losgelassen hatten), so wird diese Richtung durch das RWI mit „Fakten" untermauert.

Zum einen sinke der Stromverbrauch, gäbe es sowieso zuviel Förderkapazität (ein Argument, das den üblichen Begründungen zum weiteren AKW-Ausbau offen widerspricht — siehe auch Seite 2 — aber das stört wohl keinen) zum anderen seien die Bedingungen für die nationale Kohlereserve heute sowieso ganz anders als im Jahr 1976, als die beschlosssen worden war und schließlich hätten sich die Halden innerhalb eines Jahres, unter Einbeziehung der Reserve, fast verdoppelt, auf rund 32 Millionen Tonnen.

Die Steinkohleförderung, und das ist die bisher konkreteste Angabe in dem ganzen Wust von Gerüchten, der offensichtlich systematisch ausgestreut wird, soll in diesem Jahr um 9,5 Millionen Tonnen reduziert werden. Damit ist der von verschiedenen Seiten geforderte „Stufenplan" zur Verringerung auf eine Jahresleistung von nur noch 60 Millionen Tonnen aufgestellt. Was „vornehm" umschreibt, daß dies ein Konzept zur Zechenschließung ist. Dafür werden dann weitere AKWs gebaut...

Bundesweite Aktionen gegen reaktionäre Ausländerpolitik

Auf dem Frankfurter Kongreß „Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen" wurden am vergangenen Wochenende erste Schritte unternommen, um gegen die geplante Novellierung der Ausländergesetze den gemeinsamen Protest aller Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit zu organisieren.

Vorgeschlagen und von den anwesenden Vertretern von Initiativen aus dem gesamten Bundesgebiet weitgehend positiv aufgenommen wurde ein „Stafettenlauf", der sich gleichzeitig von Nord nach Süd und von Süd nach Nord auf Bonn zubewegen soll. Das heißt: Aufeinanderfolgende regionale Aktionen und Demonstrationen, gemeinsam vorbereitet von den anliegenden Initiativen mit abschließender Großdemonstration. Das ganze bundesweit aufeinander abgestimmt durch einen Koordinierungsausschuß, in den die verschiedenen Organisationen Vertreter entsenden.

In den nächsten Tagen bereits wird den in Frankfurt anwesenden Initiativen ein Schreiben mit einer kurzen Zusammenfassung der Ergebnisse des Kongresses zugehen, verbunden mit einer Einladung zum ersten Treffen des Koordinierungsausschusses, das am 2./3. Juli in Frankfurt stattfinden soll. Ein weiteres Treffen dürfte es etwa im September im Ruhrgebiet geben. Auch Organisationen, die jetzt noch nicht dabeisein konnten, sind selbstverständlich zur Mitarbeit aufgerufen.

(Bericht und Kommentar zur Frankfurter Veranstaltung auf Seite 6.)

Kostenrechnungen der Atomlobby widerlegt

Neue AKW-Pläne geschmiedet

Im Zeichen der Wende in Bonn machen auch die Atomkraftgewinnler neue Pläne. War es schon eine der zentralen Forderungen zum Regierungswechsel gewesen, Staatsausgaben zu kürzen, um mehr Gelder für staatliche Großaufträge zu haben, so wird dieses Bild nun ausgemalt. Der Verband der Deutschen Elektrizitätswirtschaft gab jetzt bekannt, daß die Planungen für den Neubau von Kraftwerkskapazität von 30000 Megawatt innerhalb der nächsten zehn Jahre vorlägen.

Dabei wird heutzutage mit zwei Argumenten gearbeitet, die nichts anderes sind als „aktualisierte Neufassungen" der angeblichen Gründe für AKWs aus den siebziger Jahren.

Zum einen verlange der kommende Wirtschaftsaufschwung nach mehr Strom. Hier sei nichts darüber geschrieben, ob dieser Wirtschaftsaufschwung denn und wenn, wie, kommt. Es soll nur angeführt werden, daß die gegenwärtige Stromkapazität nur zu zwei Dritteln genutzt wird.

Und das zweite Argument ist, so verlogen wie früher, die Legende vom billigen Atomstrom. Dabei werden heute wesentlich genauere Rechnungen vorgelegt als einst. Nur, der Trick ist derselbe. Einfach ganz frech so tun als ob...

Als ob beispielsweise nicht bisher alle Rechnungen die Kapitalkosten um durchschnittlich 10 Prozent zu niedrig angesetzt hätten. Oder, als ob es nicht Tatsache wäre, daß die gesamten Entsorgungskosten nicht berücksichtigt seien. Oder, als ob es nicht so wäre, daß für jedes AKW mehr als 10 Prozent der Zeit im Jahr Stillstand zur Überprüfung nötig sei. Oder als ob nicht die geringste Panne gerade bei AKWs (neben allem anderen) sofort Milliardenkosten nach sich zöge.

Allein diese Faktoren (und es gibt noch weitere, die absichtlich nicht aufgeführt werden), führen dazu, daß die Kosten für Atomstrom, (denn sie alle schlagen sich ziemlich direkt im Endpreis nieder), gegenüber den veröffentlichten Berechnungen um mindestens ein Viertel (im besten Fall) bis hin zum Doppelten höher sind. Die berüchtigte Behauptung, Atomstrom sei eben nun mal billiger als Kohlestrom (zumindest aus deutscher Steinkohle), ist damit hinfällig. Was noch deutlicher wird, wenn man an die Möglichkeit zur Erbauung von Wärme-Kraft-Koppelungssystemen denkt. Denn dies würde durch die Verbindung mit AKW-Strom durch die Unsicherheit der Abschalthäufigkeit noch viel teurer.

Die neuen AKW-Pläne sind somit, nicht anders als es die großen Energieplanungen der früheren Bundesregierung in den siebziger Jahren waren, nichts anderes als Pläne für den großen Profit, den vor allem Banken, aber auch Elektrokonzerne, Kraftwerksbauer und -betreiber einstreichen wollen. Nur heute unter den Bedingungen, daß sie offen ihre Forderungen darlegen: Weg mit den Investitionshemmnissen. Wobei in diesem Fall ausnahmsweise einmal nicht in erster Linie Löhne und Arbeitsbedingungen gemeint sind, sondern Demonstrationsrecht und Einspruchsmöglichkeiten bei Verwaltungsgerichten.

Veranstaltungen der KPD zum 17. Juni

An diesem 17. Juni, 30 Jahre nach den Ereignissen in der DDR, werden Revanchisten und Reaktionäre ihren Aufmarsch durchführen, um die Atmosphäre des kalten Krieges, der Grenzansprüche und der Hetze zu verstärken. Um Front zu machen gegen die kalten Krieger und um Stellung zu nehmen zu den Ereignissen des 17. Juni 1953, führt die KPD in einer Reihe von Städten Veranstaltungen durch.

Essen

Freitag, 10. Juni, 19.30 Uhr
Gaststätte „Schlegel und Eisen"
Ückendorfer Straße 93
Essen-Katernberg
„17. Juni: Nationalfeiertag für revanchistische Propaganda und Kriegsvorbreitung" (Gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit dem Bund Westdeutscher Kommunisten); es spricht (u.a.) Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Westberlin

Samstag, 11. Juni, 18 Uhr
Gaststätte „Schultheiß"
Hasenheide
„17. Juni — Volksaufstand oder reaktionärer Putsch?" Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender der KPD

Dortmund

Donnerstag, 16. Juni, 19.30 Uhr
Gaststätte „Haus Göbbeln"
Schützenstraße/Ecke Feldherrnstraße
„17. Juni — stoppt die kalten Krieger!" (Gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit dem BWK)

Bremen

Montag, 13. Juni, 20 Uhr
Gaststätte „Zum Minister"
Findorffstraße/Ecke Hemmstraße
„Der 17. Juni — Tag der kalten Krieger!" Gemeinsame Veranstaltung mit dem BWK)

Bielefeld

Donnerstag, 16. Juni, 19.30 Uhr
Gaststätte „Großer Kurfürst"
Treppenstraße 2
Gemeinsame Diskussionsveranstaltung mit dem BWK

Veranstaltungen, deren genauer Zeitpunkt oder Ablauf noch nicht bekannt ist, finden außerdem in Krefeld und Winnenden (bei Stuttgart) statt.

17. Juni, Tag der Revanche

Vor 30 Jahren scheiterte der Versuch der westdeutschen Imperialisten, die Unzufriedenheit großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung über bestimmte politische Maßnahmen der Ulbricht-Grotewohl-Regierung (Normenerhöhungen) dazu auszunutzen, einen konterrevolutionären Putsch zu organisieren.



Damals war in der DDR die Frage noch nicht entschieden, ob die Arbeiter und anderen Werktätigen in der Lage sein würden, sich die erstrebte sozialistische Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung aufzubauen. In Westdeutschland, wo sich die Kriegsverbrecher und Finanziers des Hitler-Regimes zusammengefunden hatten, setzte man alles daran, den anderen Teil Deutschlands wieder unter die Knute zu bekommen.

Heutzutage erschallt der Ruf nach Revanche, nach Wiederangliederung der DDR, lauter als seit vielen Jahren, und das auch aus dem Munde führender Vertreter der Bonner Rechtsregierung. Zum 17. Juni gibt es eine großangelegte reaktionäre Hetzkampagne.

Die KPD setzt mit einer ganze Reihe von Veranstaltungen, die meist zusammen mit dem BWK durchgeführt werden, konkrete Aufklärung der lügnerischen Regierungspropaganda entgegen und ruft auf zum Widerstand gegen die beabsichtigte Politik des kalten Krieges, die einen heißen Krieg vorbereiten soll. Inzwischen erschien ein RM-Extrablatt, das wir in der nächsten Ausgabe des „Roten Morgen" abdrucken.

Kommentar

Nein, nicht etwa, daß er wegen der Flick-Geschichte endlich belangt worden wäre, hier wird wohl weiter auf Vergeßlichkeit gesetzt. In der Wüste Saudi-Arabiens war er. Familienbesuch bei den Sauds sozusagen von Graf zu König.

Aber was er dort vortrug, das war weit mehr als die übliche Rede eines Wirtschaftsministers bei „wichtigen Partnern". Er entwarf ein ganzes, allseitiges Panorama der gegenwärtigen und künftig möglichen Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem Arabien der Sauds. Im letzten Jahr ist Saudi-Arabien wieder auf Platz 1 der bundesdeutschen Exportliste in den arabischen Raum aufgestiegen, nachdem im Vorjahr kurzfristig der Irak an diese Stelle gerückt war.

Lambsdorff in der Wüste

Runde 8,5 Milliarden Mark waren die Waren wert, die letztes Jahr nach Saudi-Arabien geliefert wurden. Wichtiger noch: Fast 200 Millionen Mark bundesdeutsches Kapital sind inzwischen dort angelegt, in gemeinsamen Unternehmungen, meist zusammen mit Mitgliedern der Saud-Sippe direkt. Daß sich dieses Geld auf fast 200 solcher Unternehmungen verteilt,zeigt, daß man noch keinen großen Erfolg dabei erzielt, wirklich entscheidenden Einfluß in diesem Land zu gewinnen. Verglichen mit der amerikanischen Position in Saudi-Arabien ist das so gut wie nichts. Aber die „Sicherung der Energieversorgung", wie der Kampf ums Öl Ende der siebziger Jahre so schön neutral genannt wurde, hat dazu geführt, daß das Engagement der bundesdeutschen Kapitalisten gerade im arabischen Ölgebiet so stark angestiegen ist wie sonst nur in den „Spezialländern" der BRD wie Südafrika oder Brasilien.

Jetzt, so war der Tenor von Lambsdorffs großer Rede in Riad, jetzt komme es darauf an, das bisher Erreichte gemeinsam abzusichern. Neue gemeinsame Unternehmungen müßten gegründet werden und dies könne auch recht schnell passieren und die gesetzlichen Grundlagen dieser Geschäfte müßten endlich verbessert, der Entwicklung angepaßt werden. Vor allem die Besteuerung des westdeutschen Kapitals in Saudi-Arabien, seiner Gewinne vor allem, müsse mit einem Doppelbesteuerungsabkommen geregelt werden. Will heißen: Die zweifache Besteuerung ist eines dieser berühmten Investitionshemmnisse, die in diesen Wendezeiten überall auftauchen, und da muß eben von der Staatskasse Verzicht geleistet werden.

Das wird sich schon richten, war der allgemeine Tenor der Antwort und auch der folgenden Kommentare. Ein sozusagen exemplarisches Ergebnis dieser Reise, was die neue Politik der Bundesregierung in bezug auf außenwirtschaftliche Fragen, wie das genannt wird, betrifft. Eine Politik, die in diesem Bereich nun wahrlich so neu nicht ist, nur jetzt massiver befolgt wird: den bundesdeutschen Kapitalexport verstärkt abzusichern und zu konzentrieren. Und hierbei wird völlig klar, daß der Nahe Osten, und hierbei insbesondere eben auch dieses nun bereiste Saudi-Arabien, ein zentraler Punkt der Bestrebungen des westdeutschen Kapitals ist. Über die berühmt-berüchtigten westdeutschen „Leopard-Panzer", die die Sauds ihrer Armee schon so lange einverleiben wollen, sei nicht geredet worden, hieß es. War ja wohl auch kaum nötig. Zumindest nicht, dies auch noch offiziell zu unterstreichen. Denn bei all den genannten und aufgezählten Möglichkeiten, bei dem stets wiederholten Wunsch nach Sicherung deutschen Geldes, da dürfte dies, wenn nicht heute, so doch morgen, als selbstverständlich hingestellt werden. Und dann würden sich vielleicht auch Ansatzpunkte dafür ergeben, bei einer neuen Welle von „sozialen Unruhen" in diesem Raum auch militärisch präsent zu sein, ein bißchen mehr als bisher zumindest.

Die einzige Überlegung, die die ganze Freude etwas trübte, war der Gedanke daran, wie fest das despotische Regime der Sauds eigentlich in ihrem heimischen Sattel sitze. Des einen Freud, des anderen Leid: Unsereinem würde der Gedanke an einen Sturz der Sauds schon gut gefallen ...

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

EG-Gipfel in Stuttgart:

Wir wollen ein anderes Europa! Nein zu Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Rüstungswahnsinn! Arbeitermacht — Sozialismus!

Unter diesen Losungen findet am Sonntag, 19. Juni, um 19 Uhr in der Gaststätte „Friedenau", Rotenbergstraße 127, im Stuttgarter Osten eine Diskussionsveranstaltung statt.
Es sprechen: Winfried Wolf, Chefredakteur von „Was tun", GIM; Helmut Weiss, Chefredakteur „Roter Morgen", KPD; Wolfgang Stather, Sozialistisches Büro. Gäste und andere Organisationen sind willkommen!

Und sicher ist dies schon ein Fortschritt, daß von der Seite des DGB überhaupt öffentlich darüber nachgedacht wird, Vorschläge dazu gemacht werden, im Rüstungshaushalt zu kürzen. *„Insgesamt belaufen sich die hier gemachten Einsparungsvorschläge für 1983 auf 2705 Millionen DM [Personal 555, Verwaltungsausgaben 750, Beschaffung 1400 Millionen DM)...“* (27)

Insgesamt schlägt der Autor vor, daß innerhalb der nächsten fünf Jahre fast 60 Milliarden Mark für Rüstungsausgaben eingespart werden könnten — man kann darüber sicherlich sehr viel diskutieren. Bei den geradezu monströsen Summen, die heutzutage in die Taschen und Tresore der Rüstungsproduzenten wandern, gibt es da in der Tat viel Spielraum.

Aber den Kern der Sache erwähnt der Autor an anderer Stelle: *„Den militär- und sicherheitspolitischen Konsequenzen von Kürzungen im Rüstungshaushalt kann im Rahmen dieses Beitrags nicht nachgegangen werden.“* (28)

Der Kern der Sache deshalb, weil der DGB — um wirklich ernsthaft eine Kürzung der Rüstungsausgaben fordern zu können — zuerst dazu gezwungen ist, seine eigene Position zur NATO-Politik zu korrigieren. Denn Tatsache ist doch, daß alle offiziellen DGB-Stellungnahmen bisher, trotz vielen „Wenn und Abers“ die Beschlüsse der NATO-Gremien unterstützt haben. Nicht nur, daß man sich im allgemeinen „bündnistreu“ gab, sondern auch in der Unterstützung konkreter Beschlüsse, sei es dem sogenannten Doppelbeschluß oder auch dem zu den real zu steigernden Ausgaben für Bewaffnung wurde damit Zustimmung erteilt.

Und betrachtet man die Ereignisse der letzten Wochen und Monate, so kann man zwar einerseits feststellen, daß die schroffe Ablehnung gegenüber der Friedensbewegung, mit der der DGB-Vorstand seit dem Oktober '81 faktisch gescheitert ist, aufgegeben wurde.

Aber andererseits, dies wurde — beispielsweise — auf der jüngsten DGB-Jugend-Konferenz deutlich, hat dies keinesfalls dazu geführt, von der bisherigen grundlegenden Linie abzugehen, noch hat man bisher ein konkretes Wort gegen bestimmte Waffenprogramme gehört. Dies aber ist die entscheidende Voraussetzung dafür, daß man überhaupt von echter Kürzung sprechen kann. Denn schließlich sind ja gerade die Ausgaben für neue Waffen seit 1979 um über 40 Prozent angestiegen.

Sicher: Die oft erhobene Forderung „Schulen statt Tornados“, um nur ein Beispiel zu nennen, mag manches verkürzen. Trotzdem wäre sie, im Rahmen der konkreten Finanzierungspläne für ein Beschäftigungsprogramm, von Seiten des DGB erhoben, ein großer Fortschritt.

Ohne eine eindeutige politische Stellungnahme gegen die heute praktizierte Rüstungspolitik der Bundesregierung jedenfalls sind alle diese Überlegungen hinfällig, weil unnütz und, einmal mehr, unrealistisch.

Bilanz

Zieht man nun eine abschließende Bilanz der gesamten Finanzierungsvorschläge — wobei man deutlich zwischen den offiziell im Vorschlag des Bundesvorstandes gemachten und den vom WSI aus angestellten Überlegungen unterscheiden

Arbeitsplätze statt Raketen?

(Wirtschaftspolitische Alternativen — 5. Folge)

Zum Abschluß der Überlegungen zu den Finanzierungsvorschlägen, die vom DGB selbst zur Bezahlung des vorgeschlagenen Beschäftigungsprogramms diskutiert werden, befassen wir uns heute mit dem dritten Aufsatz aus den WSI-Mitteilungen Heft 10/82 über „Vorschläge zur Ausgabenkürzung im Rüstungshaushalt“. Ein Aufsatz, der über das hinausgeht, was im Vorschlag des DGB-Bundesvorstands selbst angesprochen wird.



sollte — muß man auch hier zu einer ähnlichen Schlußfolgerung kommen, wie im ersten Bereich, dem der Investitionsvorschläge.

Nur: es ist hier, im dritten Vorschlag aus den WSI-Mitteilungen noch viel deutlicher als bei den beiden ersten Vorschlägen, daß es da noch eine zusätzliche Diskrepanz gibt. Da es hier ja gar nichts in den offiziellen Verlautbarungen gibt. Keine Überlegung innerhalb des Programmvorschlags selbst ist zur Ausgabenkürzung im Rüstungsbereich zu finden.

Das Problem wächst hier, ganz ähnlich wie bei der eingangs diskutierten Energiepolitik, aus der bisherigen Haltung des DGB, bzw. einzelner Gewerkschaften heraus.

Mitte der siebziger Jahre gab es einen Brief, der von 16 Betriebsratsvorsitzenden (bzw. Stellvertretern) der IG Metall aus Rüstungsbetrieben unterzeichnet war, an die Bundesregierung. Darin wurde diese aufgefordert, den Rüstungsexport zu erleichtern, um die Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie zu sichern.

Eine solche Argumentation wird natürlich von den Unternehmern gestützt, wenn man nicht noch mehr vermuten will. Wer nun Kürzungen vorschlägt, wird sich mit dem Argument der Arbeitsplatzvernichtung in dieser, keinesfalls so bedeutungslos vor sich hin vegetierenden Industrie, wie es manchmal dargestellt wird, auseinandersetzen müssen.

Konversion

Ist ein Wort, das in diesem Zusammenhang in letzter Zeit zunehmend Verbreitung fand. Soll heißen: Die Umstellung auf andere, zivile Produkte. Es wird auch anders genannt, bleibt aber dasselbe.

So steht die Debatte beispielsweise in diesen Tagen in der Werftindustrie zunehmend schroffer. Während die CDU schon offen damit hausieren geht, daß nur verstärkter Kriegsschiffbau die Werften erhalten könne und deshalb der Rüstungsexport gesteigert werden müsse, steht andererseits die IG Metall den Vorschlägen veränderter Produktion unklar gegenüber. *„HLZ: Dafür ist die IGM doch auch. Mahler: Ja, aber mit gebremstem Schaum, jedenfalls bisher. Das wird den sogenannten Arbeitskreisen oder der Innovationsberatungsstelle der IGM überlassen. Ich glaube, daß es in einigen Funktionärskreisen immer noch als „linke Theorie“, als „Spinnerei“ abgetan wird.“* (29)

Das ist ein Aspekt dieser Debatte, wie sie gerade jetzt an die Öffentlichkeit kommt, die aber auf den Werften selbst (und in anderen — vorwiegend norddeutschen — Rüstungsbetrieben) schon länger geführt wird. Ein anderer Aspekt: *„Ich will auch darüber nachdenken, was wir Nutzvolles, anderes herstellen können, will es aber vermeiden, daß wir zum reinen Verbesserungsvorschlagswesen werden, so daß sich innerhalb der Betriebe überhaupt nichts ändert. Ich bin der Auffassung, wenn wir uns schon den Kopf des Kapitals zerbrechen, dann bitte schön, müssen wir auch unseren Nutzen daraus ziehen...“* (30)

Und Schließlich: *„Nachdem der Arbeitskreis sich gebildet hat und in den Betriebsversammlungen darüber diskutiert worden ist, hat der Vorsitzende der Geschäftsführung klipp und klar gesagt: Er ist nicht bereit, einen gemeinsamen Arbeitskreis oder einen gemeinsamen Ausschuß zu bilden.“* (31)

Das alles insgesamt aber heißt in dem jetzigen Zusammenhang: Ein Arbeitsbeschaffungsprogramm, das auch aus Kürzungen im Rüstungshaushalt und dort speziell im Beschaffungsteil bezahlt werden soll, muß auch zu den Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie Stellung nehmen, will es nicht dem Vorwurf begegnen, es vernichte Arbeitsplätze. Es muß diese Aktivitäten von Werften und Luftfahrtbetrieben aufnehmen und dazu Stellung nehmen.

Und dabei muß ja klar sein, daß es keine Frage ist, die betreffenden Unternehmer davon zu überzeugen, daß dies für alle richtig ist. Es ist eben nicht für alle richtig. *„Wieder finden wir den Versuch, den Unternehmern schmackhaft machen zu wollen, daß auch für sie Rüstungsproduktion im Grunde nicht taugt und am besten durch Ziviles zu ersetzen sei. Wiederum: Geschichte und Gegenwart beweisen, daß die Unternehmer es besser wissen. Sie kennen nämlich ihre Gewinnquellen. Die Umstellung ist kein technisches Problem.“* (32)

In der Tat: Diese verschiedenen Stellungnahmen zeigen sehr deutlich, daß in den Betrieben die aktiven Gewerkschafter dieses Problem sehr genau sehen. Und daß diese konkreten Beiträge aus der Gewerkschaft heraus insofern auch nützlicher sind, als noch so faktenreiche, verdienstvolle Untersuchungen (meist aus USA) die nachweisen, daß dieselben Investitionssummen für Ziviles ausgegeben mehr Arbeitsplätze schaffen als für Rüstung.

Nicht nur, weil dies den Arbeitern der Rüstungsbetriebe selbst und direkt wenig hilft, sondern vor allem und in erster Linie, weil die Unternehmer ihre Investitionen ja nun wahrlich nicht wegen der Arbeitsplätze machen, sondern wegen des Profits.

Es ist ja, um nur eine Tatsache anzuführen, nicht zufällig, daß gerade die bayerische CSU am lautesten nach einer Ausweitung des Rüstungsexports ruft, die alten — wahrlich großzügigen — Regelungen der SPD/FDP-Regierungen als Fessel bezeichnet. Schließlich ist Südbayern das größte Zentrum der bundesdeutschen Rüstungskonzerne. Sie wollen die Rüstung, oder besser, sie wollen noch viel mehr Rüstung, weil diese Staatsaufträge ein sicherer, stets anzapfbarer Profitquell sind, und dafür gibt es ja denn auch — faktisch — ein staatliches Investitionsprogramm.

Insofern ist es völlig richtig, wenn aus Kreisen der aktiven Gewerkschafter gerade aus solchen Arbeitskreisen und Belegschaften die Forderung nach Bestimmungsrechten, nach überprüfbarem Einfluß speziell in diesem Zusammenhang erhoben wird.

Man kann also aus dem allem auch die Gründe ahnen, warum im Beschäftigungsprogramm des DGB kein Wort über die gesamte Rüstungsproduktion bzw. über die Rüstungsausgaben zu finden ist. Das mag „zu heiß“ erscheinen — in Wirklichkeit gehört es aber unabdingbar mit einer realistischen Konzeption für die Finanzierung eines solchen Programms zusammen.

Außerdem: wenn im Punkt 6 der Investitionsvorschläge die Frage der Forschung angesprochen wird, so gehört beispielsweise eine solche Forschung, eine solche Förderung ebenfalls dazu. Aber dieses Bild, daß sich dasselbe Problem immer wieder, von unterschiedlichen Gesichtspunkten aus, bei der Betrachtung des DGB-Vorschlags findet, das hatten wir ja schon bei anderen Punkten gesehen. Hier müßte beispielsweise auch (neben „neuen Medien“ oder „Mikroprozessoren“) einmal konkret überlegt werden, (wozu es wenig gibt, zumindest, was den Bundesvorstand betrifft), wie man das innerhalb der Forderung „soziale Beherrschung neuer Techniken“, die ja offiziell zum Beschäftigungsprogramm gehört, behandelt...

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1,** Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum,** Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1,** Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str). Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Fr 17-19 Uhr.

4600 **Dortmund 30, Zentrales Büro der KPD,** Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 (92).

4100 **Duisburg 12,** Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60,** Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: 0611 / 491918.

2000 **Hamburg 6,** Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: 040/4300709, geöffnet: Mo-Fr 10-18 Uhr, Sa 9-12 Uhr.

3000 **Hannover 81,** Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Bothmerstr. 25, Tel.: (0511) 839653.

7100 **Heilbronn,** Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1,** Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30,** Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 **Leverkusen 3,** Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: 02171 / 41318.

6700 **Ludwigshafen,** Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

7000 **Stuttgart 1,** Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr; Mi 17.30 - 18.30 Uhr; Sa 10.- 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr; Sa 11 - 13 Uhr.



Das Podium der Protestveranstaltung


Blick in die Reihen der Teilnehmer

Zur Vorbereitung der Wilhelmsburger Veranstaltung

Solidarität vor Unterschiede

Berührungsängste der SPD

Den folgenden kurzen Bericht zur Vorbereitung dieser Veranstaltung drucken wir ab, weil wir meinen, daß er ein gutes Beispiel dafür darstellt, wie man „richtig zur Sache" kommt, die Gemeinsamkeit in einem solchen Kampf und einem solchen Gremium an erste Stelle setzt und so dazu beiträgt, daß der Widerstand gegen die Pläne der Kapitalisten mehr Kraft bekommt.

Der Zeitpunkt lag günstig einige Tage nach den Warnstreiks der HDW-Kollegen, aber noch vor dem enttäuschenden „Bürgerprotest" auf dem Rathausmarkt. Kontakte zu einigen in unserem Stadtteil lebenden HDW-Kollegen bekamen wir durch Unterstützung beim Sammeln von Unterschriften auf dem Wochenmarkt. Versuche, die Ortsvorstände der örtlichen SPD in Vorbereitungen und Durchführung der Veranstaltung einzubeziehen, sind leider gescheitert. Ihre Berührungsängste waren offensichtlich größer als unsere. Es gab jedenfalls auch massive Versuche, Hans-Ulrich Klose, der ja jetzt hier Bundestagsabgeordneter geworden ist, von der Teilnahme abzuhalten. Dieser betonte auf der Versammlung — angesichts von über 200 Arbeitern der betroffenen Betriebe und Wilhelmsburger Bürgern aller Altersgruppen (darunter zahlreiche einfache SPD-Mitglieder), es sei ihm egal, wer an der Vorbereitung dieser Versammlung beteiligt ist, es ginge ihm um die Sache und da sei er überall bereit zu sprechen. Er hat dann auch ein eindeutiges Bekenntnis der Solidarität mit den betroffenen Kollegen ausgesprochen und Kampfmaßnahmen begrüßt, wobei er allerdings mehr Massendemonstrationen im Sinne der Friedensbewegung als Streik und Betriebsbesetzung (wie von Holger Mahler vorgeschlagen) im Auge hatte.

Auch gegenüber den Versuchen von einigen „Linken" haben wir die Veranstaltung insgesamt als Solidaritätsveranstaltung durchhalten können, d.h. in der Hoffnung auf weitere Kampfaktionen der HDW-Kollegen haben wir die zweifellos sichtbar werdenden Unterschiede etwa zwischen den „Aktiven Metallern" und der offiziellen DGB-Linie oder auch zu H.U. Klose in solidarischer Form zu diskutieren versucht und die Gemeinsamkeiten, auch wenn sie nur in verbaler Unterstützung dieses Kampfes zum Ausdruck kamen, begrüßt.

In diesem Sinne haben auch die Gesten der Solidarität den wohl stärksten Eindruck hinterlassen: die Spendensammlung, das gemeinsame Singen des HDW-Liedes und die Überreichung des hinter den Rednern aufgehängten Transparentes an beide Belegschaften. (Das Transparent wurde von einem Wilhelmsburger Graphiker zur Verfügung gestellt und bei der Demonstration am folgenden Samstag von Kollegen beider Betriebe vornean getragen.)

40 Teilnehmer dieser Versammlung trugen sich in eine Liste ein zur Bildung eines örtlichen Solidaritätskomitees. Diese Gruppe hat jetzt dreimal getagt. In ihr arbeiten vor allem Kollegen der beiden Betriebe mit. Zwei Info-Stände wurden durchgeführt, etliche Hundert Unterschriften gesammelt. Hoffen tun alle auf doch noch mögliche Kampfaktionen in den Betrieben, vor allem wo bei HDW die Frage der Betriebsbesetzung sehr diskutiert wird. Wir sind sicher, daß nach dieser guten Vorarbeit, in kurzer Zeit eine größere Solidaritätsbewegung einschließlich Geldsammlung zur Streikunterstützung hergestellt werden kann.

Protestflugblatt in Hamburg-Wilhelmsburg gegen Entlassungen

HDW und MAN müssen bleiben

Mit dem folgenden Flugblatt wurde vor einigen Wochen zur Protestversammlung im Hamburger Stadtteil Wilhelmsburg eingeladen. Um die Veranstaltung selbst, vor allem um die angekündigte und dann abgesagte Teilnahme des Betriebsratsvorsitzenden von MAN, Jansen, gab es heftige Auseinandersetzungen. Vor allem, weil die IG Metall ein gemeinsames Vorgehen nicht haben wollte. (Siehe auch nebenstehenden Bericht über die Versammlung).

Schon jetzt gibt es 2600 Arbeitslose in unserem Stadtteil. Das ist jeder 8. und trauriger Rekord in Hamburg. Wenn die Massenentlassungspläne der Vorstände von HDW und MAN Wirklichkeit werden, wenn die Teilstillegung von Haltermann vollzogen ist, dann werden tausende von Arbeitsplätzen in den Zulieferbetrieben mit in den Strudel gezogen. Dann wird jeder 6. von uns ohne Arbeit sein.

Beim Tod von HDW und MAN droht die Verarmung unseres ganzen Stadtteils:

Wo sollen wir dann Arbeit finden?

Wo sollen dann unsere Kinder einen Beruf erlernen?

Wovon sollen dann Einzelhändler und Handwerksbetriebe existieren.

Diese Pläne dürfen nicht Wirklichkeit werden!

Die betroffenen Belegschaften und ihre Gewerkschaften kämpfen mit Streiks und Demonstrationen für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze. Als mitbetroffene Bürger müssen wir ihre Forderungen an die Eigentümer in Bonn und Kiel und die politisch Verantwortlichen unterstützen.

Der Schiffsneubau muß erhalten bleiben!
Hamburg muß sich an der HDW beteiligen!
Öffentliche Aufträge aus dem Bereich Energieversorgung und Umweltschutz an die HDW!
Erhaltung aller Arbeitsplätze!
Weg mit dem Vorstandskonzept!
Einführung der 35-Stunden-Woche!
Wilhelmsburger Bürger!
Unterstützt die betroffenen Belegschaften!
Steht auf gegen die drohende Verarmung unseres Stadtteils!
Beteiligt Euch an der Protestversammlung!

Beiersdorf/Hamburg:

Hände weg vom Mittagessen!

Was und wie sich heutzutage alles in den Betrieben abspielt ist dermaßen vielfältig, daß es wohl keiner Zeitung gelingen wird, darüber auch nur einigermaßen einen Überblick zu geben. Wie schon verschiedentlich in der Vergangenheit drucken wir deshalb auch diesmal ein Extrablatt einer KPD-Betriebszeitung ab, das sich mit einer solchen konkreten „Spar"maßnahme befaßt: Aus „Harte Bandagen", die bei Beiersdorf in Hamburg erscheint.



Seit über 50 Jahren gibt es jetzt bei Beiersdorf das kostenlose Mittagessen. In jeder Zeitungsanzeige, Broschüre oder sonstigen Gelegenheit hat man das betont. Und nun wollen die Aktionäre und die Geschäftsleitung Schluß damit machen. Nach der Erhöhung der Werkswohnungsmieten, der Anhebung der Kindergartengebühren, der Einschränkung des Personaleinkaufs und dem Abbau von 60 Hamburger Arbeitsplätzen in der Seife kommt nun auch beim Mittagessen die Beiersdorfsche Wende. Seit kurzem liegt dem Betriebsrat ein Schreiben der Geschäftsleitung vor mit der Überschrift: „Beteiligung der Mitarbeiter an den Kosten des Firmenmittagessens". Man will uns 80 Pfennig pro Essen abknöpfen, und der Betriebsrat soll zustimmen, weil diese Angelegenheit mitbestimmungspflichtig ist.

Die Geschäftsleitung weiß natürlich, daß sie mit dem Mittagessen einen ganz empfindlichen Punkt bei der Belegschaft antippt. Schließlich ist das Mittagessen ein Teil unseres Einkommens, ein Teil der Bezahlung durch die Firma. Um Unruhe zu vermeiden, wird versucht, geschickte Sachzwänge zu konstruieren. Das sieht dann so aus:

Die Sache mit der Steuer

Das Finanzamt sieht das Mittagessen, genau wie wir, nicht als soziale Großtat an, sondern als eine Form unseres Einkommens und kassiert darauf von der Firma Steuern, die die Firma auch immer bezahlt hat und auch in Zukunft locker bezahlen könnte.

Nun kommt die Geschäftsleitung damit an, daß wir einen Steueranteil selber bezahlen sollen. Das habe nichts mit Essensgeld zu tun, sondern eben nur mit dem Finanzamt. Ganz offensichtlich ist das nur vorgeschoben, denn 16,— DM (= 20 Essen) pro Monat sind bares Geld. Man will hunderttausende von Mark jährlich aus unseren Taschen auf die Konten der Anteilseigner umverteilen.

Laßt Euch bei kommenden Diskussionen um das Essen nicht von den Tricks der Geschäftsleitung einwickeln. Wie man es auch nennen mag: Steueranteil, Steuerselbstbeteiligung oder aus unserer Sicht Küchensanierungsabgabe oder Sozialanleihe essensgeschädigter Aktionäre, es ist und bleibt der direkte Griff in unsere Taschen! Eine Lohn- und Gehaltssenkung von 16,— DM bis 17,— DM pro Monat!

Und auch das bestimmt nur als Einstieg. Die Geschäftsleitung schwört zwar tausend Eide, daß Erhöhungen nur im Falle von höheren Steuerlasten kommen, aber wer kann ihnen noch glauben? Haben sie nicht jahrzehntelang das kostenlose Essen hochgehalten? Haben sie nicht vor der Seifenverlagerung ihre „tiefe Verbundenheit" mit Hamburg und den hiesigen Arbeitsplätzen bekundet? Diese 0,80 DM sind nur der Einstieg, da soll man sich nichts vormachen.

Eine ganz üble Erpressung

Die Geschäftsleitung weiß natürlich auch, daß der Betriebsrat nicht so einfach zustimmen kann, wenn er es sich nicht mit der Belegschaft verderben will. Deshalb versucht die Geschäftsleitung den Betriebsrat, und damit die ganze Belegschaft, zu erpressen mit dem Essen.

Für Werk I ist seit langem der Bau eines neuen Wirtschaftsgebäudes geplant. Das Gesundheitsamt und die Gewerbeaufsicht haben Auflagen für die Küchenbetriebe gemacht, die dringend erfüllt werden müssen. Der Aufsichtsrat will die nötigen Investitionsgelder aber nicht ohne Essensgeldeinführung genehmigen. Die Geschäftsleitung droht mit Küchenschließung, Entlassung des dortigen Personals und dem Bezug von Folienessen.

Das Märchen vom Testament

Es hält sich hartnäckig das Gerücht, daß die Firmengründer uns das kostenlose Mittagessen testamentarisch verbrieft hätten. Wie gesagt, ist es leider nur ein Gerücht. Vielmehr ist das kostenlose Mittagessen das Ergebnis einer Betriebsvereinbarung, mit der vor Urzeiten das Problem der Mittagspausen bei Beiersdorf geregelt wurde. Wie die Rechtsansprüche der Belegschaft nun tatsächlich aussehen, wird der Betriebsrat sicherlich genau zu prüfen haben.

Abgebrühtes kapitalistisches Vorgehen

Man muß sich klar vor Augen führen, daß es für die Firma keine wirtschaftlichen Zwänge gibt, mit denen sich die geplante Maßnahme begründen ließe. Im Gegenteil. Die Bilanz wird beweisen, daß man mit Fug und Recht behaupten kann: trotz weltweiter Wirtschaftsschwierigkeiten schwimmt Beiersdorf im Geld. Ja, es entwickelt sich sogar immer mehr zum Schrekken der Branche und ist in praktisch allen Bereichen auf dem Vormarsch. Trotzdem will man so kalt berechnend in unsere Tasche greifen.

Man muß sich das vorstellen: Da sitzt eine handvoll Leute im Aufsichtsrat, die ihre Macht über uns nur dadurch haben, daß sie an der Börse Beiersdorfaktien erstanden haben. Und diese Leute sagen nun: Was scheren mich die Belange der Belegschaft? Küchenbetriebe, kostenloses Mittagessen ist rausgeschmissenes Geld. Das bringt keinen Gewinn. Also zahlt dazu oder seht zu, was ihr mittags freßt.

Nach der selben Logik, wie sie jetzt ans Mittagessen herangehen, könnte man auch neue Klotüren einbauen. Wir meinen solche, wie auf dem Bauhof, wo man einen Groschen reinstecken muß. Denn die Unterhaltung der Toiletten bringt ja schließlich auch keinen Gewinn, sind tote Kosten. Warum also nicht die Belegschaft dafür zahlen lassen?

Das kostenlose Essen muß verteidigt werden!

Wir gehen davon aus, daß der Betriebsrat in dieser Sache zumindest alle seine Möglichkeiten voll ausschöpft, und sich nicht so einfach erpressen läßt.

Vor allem aber müssen wir der Geschäftsleitung nachdrücklich klarmachen, was wir von ihrem Vorgehen halten. Zum einen solltet ihr dem Betriebsrat die Bude einlaufen und seine Telefone heißlaufen lassen, damit die Kollegen sicher sein können, daß die Belegschaft sich nicht erpressen lassen will. Weiter. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute und Betriebsräte sollten sich mit allen zusammen Gedanken über mögliche Aktionen machen. Was bietet sich an? Natürlich bietet sich eine Unterschriftensammlung an. Aber auch ein Überstundenboykott wäre zu überlegen oder eine demonstrative Aktion etwa in der Art, daß wir alle eine Viertelstunde zu früh zum Essen gehen, um dadurch klarzumachen, wieviel uns an der jetzigen Form des Essens liegt.

Die Geschäftsleitung und der Aufsichtsrat sollten den Bogen nicht überspannen! Sie haben mit ihrer Fixkostensparerei wahrhaftig schon genug abgebaut. Irgendwo hat auch die Geduld der Beiersdorf-Belegschaft ihre Grenzen!

Hände weg vom kostenlosen Mittagessen!
Sofortige Bewilligung der Investitionsgelder für die Küchenbetriebe!

Trotz allgemeiner, gesteuerter Hetze

Klempnerstreik in Hamburg in der 5. Woche

Zu Beginn dieser Woche waren es bereits fünf Wochen, die der Streik der Hamburger Klempner dauerte. Der Streik wurde inzwischen von der IG Metall von 18 auf 22 Schwerpunktbetriebe ausgedehnt. Hauptsache dieser Auseinandersetzungen ist der Widerstand gegen die Pläne der in der Sanitärinnung organisierten Handwerksmeister, eine Akkordkürzung von 30 Prozent durchzusetzen.

Durch diese Ausweitung nehmen nun rund 50 Prozent aller 1100 IGM-Mitglieder unter den Klempnern am Streik teil. Ein Streik, der von den Verhältnissen in diesem Handwerk geprägt ist: Persönliche Drohungen an Streikende und deren Familien, Chefs, die mit Prügel drohen, und auch relativ viele Streikbrecher.

Hinzu kommt eine Berichterstattung, vor allem natürlich in den Hamburger Medien selbst, die man kaum anders bezeichnen kann, denn als eine Hetzkampagne gegen die Streikenden. Denn zentraler Punkt aller Presseberichte beispielsweise sind die Auswirkungen des Streiks auf Mieter mit defekten sanitären Anlagen.

Das Klima, in dem der Streik stattfindet, hat sich von Woche zu Woche verschlechtert. Bereits in der zweiten Streikwoche gab es das Ultimatum der „Krauter" an die Streikenden und die IG Metall, den Streik zu beenden, sonst würden sie ihr bisheriges Angebot für eine Lohn„erhöhung" zurückziehen. Die Bedeutung des Hamburger Klempnerstreiks liegt einmal darin, daß er die Reihe von Streikaktionen, die in den letzten Jahren in verschiedenen Metallhandwerkberufen stattfanden, fortsetzt. Und sie liegt auch in der Dauer und damit in der Härte dieser Auseinandersetzung in einem Bereich, in dem die Krauter logischerweise noch mehr über ihr mehr oder minder unmittelbar bevorstehendes wirtschaftliches Ende jammern als in der Industrie die Kapitalisten. „Klempnerkraft bricht Krautermacht" unter dieser Losung sind die Streikenden angetreten und sie haben sich, jedenfalls bis zum Beginn der fünften Streikwoche, gut gehalten.



Kollegen, die am 30. Mai die Streikfront verbreiterten





Nur knapp über 3000 Teilnehmer hatte die Bonner Arbeitslosendemonstration zu verzeichnen. Die insgesamt geringe Beteiligung auch schon während der vorangegangenen Aktionswoche hatte dies bereits angedeutet. Die nicht vorhandene Unterstützung dieser Aktion seitens des DGB war sicherlich ein wichtiger Grund für den relativen Mißerfolg dieser Aktionswoche. Aber auch die konkreten Schwierigkeiten der Organisierung der Arbeit unter den Arbeitslosen waren ohne Zweifel ein wichtiger Grund dafür.

Individuelle und soziale Kosten der Arbeitslosigkeit

Im folgenden dokumentieren wir auszugsweise eine Stellungnahme von einer Reihe psychosozialer Versorgungsverbände vom 12. April dieses Jahres über die individuellen und sozialen Folgen der Arbeitslosigkeit in der BRD. Diese gemeinsame Stellungnahme ist deshalb von Bedeutung, weil hier von seiten zahlreicher Fachverbände die Argumente der Gewerkschaftsbewegung aufgenommen und vertieft werden, weil Stellung genommen wird gegen die bürgerliche Propaganda.

Die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik Deutschland (BRD) hat sich — so erweckt es zumindest gegenwärtig den Anschein — an ständig wachsende Arbeitslosenzahlen als einer natürlichen Entwicklung gewöhnt. Dabei wird jedoch häufig übersehen, daß die Massenarbeitslosigkeit für betroffene einzelne, Familien, Gemeinden und die Gesamtgesellschaft schwerwiegende psychosoziale Langzeitwirkungen hat, die bei politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen ernsthafter berücksichtigt werden müssen.

Arbeitslosigkeit wird weitgehend übereinstimmend als wichtigstes ökonomisches und gesellschaftspolitisches Problem der Gegenwart in den westlichen Ländern angesehen. Der *gesundheitspolitische* Aspekt von Arbeitslosigkeit wird hingegen bislang kaum zur Kenntnis genommen. Gesundheitspolitik, die nicht länger nur vorrangig ineffektive und teure „Krankheitspolitik" sein will, hat die Aufgabe, sich stärker mit jenen gesellschaftlichen Bedingungen zu beschäftigen, die gesundheitliche und psychische Schäden in der Bevölkerung verursachen. Dazu gehört unseres Erachtens in zentraler Weise eine Beachtung der Schäden, die durch Arbeitslosigkeit verursacht oder verstärkt werden.

Bereits vor fünf Jahren haben mehrere psychotherapeutische Fachverbände auf die Zunahme psychosozialer Belastungen und Schäden hingewiesen, die den Anstieg der Arbeitslosigkeit in der BRD begleiten. Damals wies die offizielle Statistik ungefähr 1 Million Arbeitslose aus. Inzwischen ist die Arbeitslosigkeit alarmierend angestiegen, die 2-Millionen-Grenze wurde bereits im Januar 1982, die 2,5-Millionen-Grenze wurde im März 1983 erstmalig überschritten (dazu kommen 1,2 Millionen Kurzarbeiter), für Ende 1983 wird schon mit bis zu 3 Millionen Arbeitslosen gerechnet. Wirtschaftswissenschaftler sagen für Mitte der 80er Jahre ein weiteres Ansteigen der Arbeitslosigkeit auf 4 Millionen voraus. Auch ein leichter, saisonalbedingter Rückgang der Zahlen, wie er jetzt aus den neuen Daten der Bundesanstalt für Arbeit zu erkennen ist, ändert an dieser grundsätzlichen Tendenz nichts.

Aus diesem Grunde wenden sich die unterzeichnenden Fachverbände an die Öffentlichkeit, um eindringlich auf die sich weiter verschärfenden psychosozialen Folgeschäden von Massenarbeitslosigkeit hinzuweisen.

Die Zahl von gegenwärtig 2,5 Millionen Arbeitslosen, die höchste Zahl seit Bestehen der BRD, ist an sich erschreckend genug. Sie beschreibt jedoch nicht annähernd das wirkliche Ausmaß, in dem die Bevölkerung der Bundesrepublik mit dem Problem der Massenarbeitslosigkeit konfrontiert ist.

Über die offiziell arbeitslos Gemeldeten hinaus sind betroffen:

- Jugendliche, die nach erfolgloser Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz entmutigt eine Meldung beim Arbeitsamt unterlassen (deren Zahl allein zweieinhalbmal so hoch eingeschätzt wird, wie in der Statistik angegeben);
- Ehefrauen, die sich nach Verlust ihres Arbeitsplatzes resignierend in die „stille Reservearmee" des Arbeitsmarktes zurückgezogen haben;
- Arbeitslose, die aufgrund des Verdienstes ihres Ehepartners keine Arbeitslosenhilfe mehr erhalten;
- Ehemalige Bezieher von Arbeitslosenhilfe, die für nicht arbeitsfähig erklärt und zur Sozialhilfe überführt wurden;
- Arbeitslose, die nur in kurzfristige Stellen vermittelt wurden, an Arbeitsbeschaffungs- oder Rehabilitationsmaßnahmen teilnehmen, wodurch ihre Arbeitslosigkeit nur vorübergehend unterbrochen wurde;
- Bewohner von Heimen, Anstalten und Nichtseßhafte.

Es muß angenommen werden, daß unter Einbeziehung dieser Gruppen, die nur aufgrund des offiziellen Erfassungssystems der Bundesanstalt für Arbeit nicht als arbeitslos gelten, die reale Zahl der Arbeitslosen in der BRD zum gegenwärtigen Zeitpunkt zwischen 3,5 und 4 Millionen beträgt. Daneben werden jedoch auch häufig die Millionen von Familienangehörigen, Partner und Kinder von Arbeitslosen, die durch ihre indirekte Betroffenheit von Arbeitslosigkeit ebenfalls psychisch belastet sind, unberücksichtigt gelassen.

Für's Kapital sind die

Hafenarbeiter keine Menschen, sondern Kostenfaktoren

Unter dieser Überschrift veröffentlich „De Anstorm", Hafenbetriebszeitung der KPD in Bremen, einen größeren Artikel, in dem gegen die neuen Pläne der verschiedenen Hafenkapitalisten Stellung genommen wird, die diese schmieden, um die Bremer Betriebe im Hafen durchzurationalisieren. Wir drucken diesen Artikel aus der Juni-Ausgabe der Betriebszeitung im folgenden ab, weil er unserer Meinung nach ziemlich beispielhaft die Entwicklung in einem Betrieb nachzeichnet und konsequent daraus die Abwehrforderungen herausarbeitet.

Ende letzten Jahres, als Knall auf Fall 300 Kollegen ihren Helm an den Nagel hängen konnten, da weinten die Unternehmensvorstände noch über die schlechte Lage im Hafen und daß sie die Leute nicht unterbringen könnten. Noch im April „konnten" über 120 Portugiesen nach Hause gehen. Und jetzt wissen wir kaum noch, wie wir die Arbeit packen sollen. Gänge werden abgesetzt und gekürzt. Kollegen von Bord arbeiten seit Jahren zum ersten Mal wieder an Land, weil da nicht genug Leute zu bekommen sind. Dabei hat die Urlaubszeit noch nicht einmal richtig angefangen.

Wie rücksichtslos die Hafenunternehmer mit den Arbeitern umspringen, wissen wir nicht erst seit den letzten Massenentlassungen. Allein wie die BLG die eigentlich gut arbeitende Anlage Kap Horn, mit Hilfe der Stadt Bremen, als lästige Konkurrenz ausgeschaltet hat, ist ein Beispiel dafür. Kap Horn wurde ruiniert, aufgekauft, die Arbeit an die anderen Anlagen der BLG verlegt und die Leute, ob sie wollten oder nicht, auf die anderen Häfen verteilt.

Jetzt ist Schuppen 31 der BLG fertig und auf einmal merkt die Personalabteilung, daß man dort auch Staplerfahrer und Vorarbeiter braucht. Letzte Woche bekommen Kollegen im alten Hafen Bescheid, daß sie schleunigst zur Neustadt versetzt werden. Der Betriebsrat wird natürlich nicht informiert. Es stellt sich die Frage, warum jetzt die Kollegen, die schon 10 oder 15 Jahre im alten Hafen arbeiten, jetzt hau ruck versetzt werden, obwohl vor kaum einem halben Jahr Kollegen von Kap Horn in den Überseehafen und den Europahafen versetzt wurden.

Wie ist es zum Beispiel mit der Geschichte, daß der Personalbestand am Weserbahnhof aufgestockt werden soll? Weil dort angeblich ein großes Saba-Geschäft anliegt, sollen Vorarbeiter und Staplerfahrer dahin umgesetzt werden. Doch bis jetzt hat sich noch nichts getan. Doch egal, man kann die Leute ja wieder zurückversetzen, wenn es nicht klappt.

Wenn irgendwo Arbeit ist, alle dahin, wenn's woanders brennt, alle wieder zurück. Wenn Arbeit da ist, können sie kommen und Geld verdienen und ansonsten eben zu Hause bleiben und von Arbeitsamt und Wohlfahrt leben. Die Unternehmer wollen das Rad der Geschichte zurückdrehen.

Da tun sie, was sie können, um sich gesundzustoßen. Schon jetzt ist für den GHB für die Monate August, September, Oktober und November Kurzarbeit angemeldet. Und zwar so, daß die GHB-Kollegen wie schon im April vorher anrufen und wenn keine Arbeit ist zu Hause bleiben müssen. Dann braucht der GHB nicht zu bezahlen. Dann zahlt das Arbeitsamt, aber nur nach dem letzten Garantielohn, also im Durchschnitt 55 bis 60 DM brutto.

Bei den Staureien müssen die Kollegen doppelt machen, wenn ein Schiff da ist und zu Hause bleiben (unbezahlt natürlich), wenn mal keins da ist: Tagelöhner, wie schon unsere Großväter, und das im reichsten Land Europas. Im April mußten fast alle GHB-Arbeiter eine Woche Zwangsurlaub nehmen, obwohl in dieser Zeit wilde Arbeiter von Staschul und Arbeitsamt im Hafen Schichten machten. Auch im Augenblick sind dauernd Leute vom Arbeitsamt da, wobei man um die mehr Angst haben muß, daß die sich was tun, als daß man sich um seine Arbeit kümmern kann. Von den „Eingefangenen" von Staschul und Piras, die ohne Arbeitskarte, ohne Versicherung illegal im Hafen arbeiten, wollen wir gar nicht reden. Es ist kein Zufall, daß die Inspektoren des GHB, die sonst im Hafen die Arbeitskarten kontrollieren, im Augenblick wohl Urlaub haben.

Je weniger feste Kollegen im Hafen arbeiten, um so größer der Unternehmergewinn! Denn die „festen" kosten das ganze Jahr Geld, die vom Arbeitsamt nur den Tag, wo sie arbeiten. Das Geld, was die Hafenfirmen sparen, weil es den GHB gibt, ist ihnen noch nicht genug! Sie wollen den Kostenfaktor Mensch noch mehr drücken. Denn die Preise erhöhen, um mehr zu verdienen, geht nicht. Da wartet ja die Konkurrenz.

Ohne Rücksicht werden jetzt ältere und behinderte Kollegen in Sackgut gesteckt, weil die jungen Leute und die Portugiesen gegangen wurden. In Bremerhaven müssen die Kollegen am Wochenende und nachts zwangsweise arbeiten. Ganz im Sinne der Rentabilität! Die ruhigen Jahre im Hafen, als die Unternehmer was von ihren Gewinnen etwas abgegeben haben, um sie bei Laune zu halten, sind vorbei.

Wenn die Unternehmer jetzt auf Konfrontationskurs gehen, dann weil sie sich mit der Massenarbeitslosigkeit, den ständigen Meldungen von Werksschließungen und nicht zuletzt auch wegen der schwarzen Regierung im Rücken stark fühlen. Dagegen müssen wir schon bei der kleinsten Kleinigkeit Widerstand zeigen. Wir werden sonst hoffnungslos über'n Löffel barbiert werden.

Keine innerbetrieblichen Umsetzungen bei der BLG!
Der Betriebsrat muß die Umsetzungen ablehnen!
Keinen Zwangsurlaub im Hafen! Kein Betriebsrat darf solchen Maßnahmen zustimmen!
Keine Arbeitsamtkräfte im Hafen, solange der GHB kurzarbeitet! Bei Kurzarbeit wieder vollen Garantielohn!
Keine Doppelschichten in Staureien und Landbetrieben, solange der GHB stempelt!
Sofortige scharfe Kontrollen der Hafenarbeitskarten!
Bei der gegenwärtigen Arbeitslage keine Kurzarbeit des GHB für August bis November!
Keine weiteren Entlassungen, um Lohnkosten zu sparen!
Die Entlassenen wieder einstellen!
Keine Betriebszusammenlegungen bei der BLG, solange nicht sichergestellt ist, daß keine Nachteile für die Beschäftigten entstehen!



Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen

„Wenn es mit diesem Kongreß gelungen ist, Impulse für weitere Initiativen gegen die geplante Verschärfung in der Ausländerpolitik zu geben, wäre viel gewonnen." So faßte ein Sprecher der Frankfurter Initiative, die die Protestveranstaltung „Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzungen" vom 3. bis 5. Juni leitete, sinngemäß seine Eindrücke und die Meinung der Veranstalter zusammen.

Solche Impulse hat der Kongreß in der Tat gegeben. Er sorgte auch für die Bildung eines bundesweiten Koordinierungsausschusses der Initiativen und anderen politischen Organisationen, die gegen Ausländerfeindlichkeit und ausländerfeindliche Politik kämpfen. Seine erste Aufgabe ist die Organisierung aufeinander abgestimmter regionaler Protestaktionen gegen die drohende reaktionäre Novellierung der Ausländergesetzgebung, die in eine große Demonstration in Bonn einmünden sollen. (Siehe S. 1 in diesem RM)

In einer ganzen Reihe von Arbeitsgruppen wurde über verschiedene Bereiche der Ausländerpolitik diskutiert, wurden Erfahrungen ausgetauscht und über Perspektiven einer demokratischen Gegenstrategie gesprochen, nachdem am Abend des ersten Kongreßtages ein Überblick über die Absichten der neuen Ausländerpolitik gegeben worden war. Dabei wurde bereits hervorgehoben, daß von dieser Politik auch die Deutschen betroffen sind. Unter anderem berichtete Heinz Göppner, Betriebsratsvorsitzender von Rockwell-Golde in Frankfurt, vom erfolgreichen Kampf deutscher und ausländischer Arbeiter um ihre Arbeitsplätze. Mit diesem Kampf, ihrer Betriebsbesetzung haben sie ein Beispiel für alle Arbeiter gegeben. Hier hätte eine Feindschaft zwischen den Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten ganz konkret dazu geführt, daß alle auf die Straße geflogen wären.

Im Rahmen einer „Alternativen Stadtrundfahrt", die vor allem in Ausländer-Wohngebiete führte und Gespräche mit ausländischen Mitbürgern ermöglichte, wurden ausführliche Informationen über Zahl, Zusammensetzung, Lebens- und Arbeitsbedingungen der ausländischen Bevölkerung Frankfurts vermittelt.

Dutzende von Initiativen waren auf dieser Protestveranstaltung vertreten, Informationen und Anregungen für die eigene Arbeit gab es somit für jeden. Mehr als 1000 Menschen haben während der drei Tage den Kongreß besucht. Das ist ein sehr erfreuliches Ergebnis und übertraf manche Erwartungen.

„Asylrecht und Menschenrechte", „Politische Rechte für Ausländer", „Ausländische Frauen und ihre Probleme", „Ursachen der Emigration", „Erfahrungsaustausch — Strategiediskussion" — das waren nur einige der Themen, zu denen Arbeitsgruppen gebildet wurden.

Es ist im Rahmen dieses ersten Artikels nicht möglich, ausführlich auf alle Arbeitsergebnisse einzugehen. Wer sich dafür interessiert, dem empfehlen wir auch, sich die Broschüre zu bestellen, die über die Arbeiten des Kongresses erstellt wird. Wenn sie vorliegt, werden wir sie im „Roten Morgen" ankündigen.

Einig waren sich die Teilnehmer in dem Bestreben, eine soziale und politische Gleichstellung von Ausländern und Deutschen zu erkämpfen. Dabei gab es auch Auseinandersetzungen, die zum Teil auch heftig geführt wurden, wie das zu erreichen sei. Genossen der KPD verteilten unser Ausländerprogramm und stellten es kurz vor, es stieß auf erfreuliches Interesse. Die Forderung nach automatischer Einbürgerung, nach doppelter Staatsbürgerschaft wird bereits in verschiedenen Initiativen diskutiert, von vielen Ausländerorganisationen allerdings abgelehnt. Es kam sogar der Vorwurf, dies sei eine chauvinistische Forderung. Dabei ist es doch ein einfacher (das heißt nicht etwa: einfach durchsetzbarer) Weg, die Gleichberechtigung gesetzlich festzuschreiben und für jeden konkreten Punkt, von der Aufenthaltsberechtigung bis zum Wahlrecht, rechtlich abzusichern. Er wäre an keinerlei Voraussetzungen gebunden, zwingt also keinen Ausländer zur Übernahme deutscher Kultur und Lebensweise.

Diskutiert wurde unter anderem auch über die Forderung nach kommunalem Wahlrecht für Ausländer und darüber, wie man dieser Forderung — z.B. bei den Kommunalwahlen in NRW im nächsten Jahr — Nachdruck verleihen kann.

In den folgenden Ausgaben des „Roten Morgen" werden wir unter Berücksichtigung der Arbeitsergebnisse dieses Kongresses und verschiedener Diskussionen, die während dieser Tage geführt wurden, unsere Haltung und die Forderungen des Ausländerprogramms der KPD näher erläutern.

Den untenstehenden Appell haben während der drei Tage in Frankfurt Hunderte von Menschen unterzeichnet. Sie brachten damit vor allem ihren Protest gegen die Pläne, die Ausländerpolitik noch unsäglich zu verschärfen, zum Ausdruck und gegen die Politik, die heute bereits gemacht wird. Sie zeigten damit gleichzeitig ein gehöriges Maß an Übereinstimmung in grundlegenden Forderungen zu einer Änderung der ganzen Ausländerpolitik.

Der Frankfurter Appell ist sicher noch nicht *der* Appell der Bewegung gegen Ausländerfeindlichkeit; es gibt gleichzeitig noch einen Kölner Appell und andere Unterschriftenlisten. Er wird dennoch in verschiedenen Initiativen weiter diskutiert werden und Anregung sein für eigene positive Forderungen vor Ort.

Im übrigen ist zu erwarten, daß im Rahmen der Vorbereitung der geplanten Aktionen gegen die Neufassung, die weitere Verschärfung der Ausländergesetze im Sinne der als „Zimmermann-Papier" bekannten Vorschläge der Bund-Länder-Kommission durch den Koordinierungsausschuß die gemeinsame Grundlage für diese Aktionen in einem Aufruf zusammengefaßt wird, für dessen Forderungen auch eine gemeinsame bundesweite Unterschriftensammlung durchgeführt werden könnte.

— Frankfurter-Appell —

Die Unterzeichnenden des „Frankfurter Appells" fordern eine Ausländerpolitik, die den in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländern *volle Gleichberechtigung* in allen Lebensbereichen garantiert.

Gleichberechtigung heißt u.a.:

- Das Recht auf einen gesicherten Daueraufenthalt in der Bundesrepublik; keine Ausweisungen mehr. Auch keine Ausweisungen von Ehefrauen, wenn sie sich von ihren Ehemännern getrennt haben.
- Das uneingeschränkte Recht, mit den Familienangehörigen — Ehepartnern und Kindern — in der Bundesrepublik zusammenzuleben; die Maßnahmen zur Einschränkung der Familienzusammenführung sind aufzuheben.
- Volle rechtliche und soziale Gleichstellung mit den zufällig innerhalb der Grenzen der Bundesrepublik Deutschland geborenen Menschen. Im Falle der Arbeitslosigkeit Gewährung nicht nur von Arbeitslosengeld, sondern auch von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe; bei Arbeitslosigkeit keine erzwungene Rückkehr ins Herkunftsland. Gleichstellung mit Deutschen bei der Vermittlung in neue Arbeitsstellen.
- Einführung des kommunalen Wahlrechts, wie in Schweden, Dänemark und den Niederlanden.

Wir fordern ferner:

- Uneingeschränkte Geltung des Grundrechts auf Asyl nach Artikel 16 des Grundgesetzes für politische Flüchtlinge; Arbeitserlaubnis für Asylsuchende vom ersten Tag ihres Aufenthalts in der Bundesrepublik an; keine Internierung von Asylsuchenden in Sammellagern; keine Abschiebung von Asylsuchenden in ihr Herkunftsland, wenn auch nur der leiseste Verdacht besteht, daß dort Haft oder gar Folter und Tod auf sie warten könnten; keine Weitergabe von Daten Asylsuchender an die Geheimdienste weder des In- und schon gar nicht des Auslandes;

und vor allem:

Die sofortige Zurücknahme der diskriminierenden Vorschläge der Bund-Länder Kommission „Ausländerpolitik" (Zimmermann-Papiere)!!!!!!!!!!!!

Ein Schritt nach vorn

... zu diesem Urteil ist man oft zu schnell bereit, wenn man eine Sache durchgezogen hat, die einem am Herzen liegt, in die man einiges investiert hat, und wenn die dann nicht ganz daneben gegangen ist. Das allein heißt ja noch nicht immer, daß man auch wirklich weitergekommen ist.

Auch auf dem Frankfurter Kongreß hat vielen manches nicht so gut gefallen, haben nicht alle Arbeitsgruppen das gebracht, was man sich vielleicht vorgestellt hatte, blieb vieles auf einer zu allgemeinen Ebene hängen, die Podiums- und Plenumsreden vom Sonntag hätte man sich weitgehend schenken können, u.a.m. Den Veranstaltern muß dabei aber wohl jeder bescheinigen: Sie haben sich eine Menge Mühe gegeben, sie haben in der Regel versucht, auf praktische Ergebnisse hinzulenken, und sie haben bestimmt nicht zu große Erwartungen geweckt. Im Gegenteil, wie man etwa in der Arbeitsgruppe sehen konnte, aus der die meisten konkreten Vorschläge für zukünftiges Arbeiten kamen („Erfahrungsaustausch"), waren sie hier vorsichtig, haben keine Projekte aus dem hohlen Bauch heraus geschmiedet, sondern sich für eine Aufnahme der Wünsche der Initiativen offengehalten. Zu vorsichtig, mag mancher gedacht haben, aber sie berücksichtigten dabei negative Erfahrungen nach dem letztjährigen Duisburger Kongreß.

So kam heraus, was man fordern und erwarten durfte: Ein konkreter Vorschlag für die bundesweite Zusammenarbeit zwischen den inzwischen recht zahlreichen Initiativen und anderen politischen Organisationen, die sich mit dieser Arbeit befassen, und erste Maßnahmen, um diese Zusammenarbeit auch sicherzustellen. Um eine bestimmte Sache gemeinsam anzugehen: Den Protest gegen die geplante weitere Verschärfung der Ausländergesetze im gesamten Bundesgebiet in aufeinander abgestimmten Aktionen, so auffällig, so machtvoll wie möglich zum Ausdruck zu bringen und für die Gleichstellung von Ausländern und Deutschen in unserem Land einzutreten. Klappt diese Sache, und ich bin da eigentlich ganz optimistisch, weil sich bereits eine große Anzahl von Initiativenvertretern dazu bereit erklärt hat, dann hat sich der angestrebte Koordinierungsausschuß bewährt, und es dürften sich Möglichkeiten einer weiteren direkten Abstimmung und Zusammenarbeit ergeben. Ein Näherkommen auf regionaler Ebene kann sich bereits aus der gemeinsamen Vorbereitung der Aktionen beim „Staffettenlauf" ergeben. Daß die Stärke dieser Bewegung von der Verwurzelung der einzelnen Initiativen in ihren Orten, ihrem Stadtteil abhängt, ist dabei klar; dieser Arbeit kann die Zusammenarbeit mit anderen und der organisierte Erfahrungsaustausch nur nützliche Impulse geben.

Deshalb das Urteil: Auf dem Frankfurter Kongreß wurde ein Schritt nach vorn gemacht.

Unsere Partei mißt dem Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und die herrschende Ausländerpolitik eine große Bedeutung bei. Unser Ausländerprogramm weist in weiten Teilen eine Übereinstimmung mit Forderungen auf, die in den Arbeitsgruppen entwickelt wurden, die sich nicht allein philosophischen und psychologischen Betrachtungen widmeten. Daß die zentrale Forderung nach doppelter Staatsbürgerschaft umstritten ist, allerdings auch diskutiert wird, sollte Anlaß zur offensiven Auseinandersetzung sein. Beweisen wir gerade jetzt vor Ort, in den Initiativen und bei der geplanten Aktion, daß man auf uns zählen kann und daß sowohl ernstzunehmende Überlegungen als auch ernstzunehmende praktische Beiträge zum Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit leisten können.

Dietrich Lohse



Jetzt bestellen!

Das Ausländerprogramm der KPD (Entwurf) liegt jetzt als Heft im DIN-A-5-Format vor und kann bestellt werden beim Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.

Einzelexemplare für Interessenten kostenlos, normale Bestellungen: 15 Pfennig pro Stück zuzüglich Portokosten.

In diesem Aktionsprogramm für die Verbesserung der politischen, rechtlichen und sozialen Lage der ausländischen Mitbürger schlägt die KPD konkrete Forderungen und Kampfziele zu den wichtigsten Bereichen der „Ausländerpolitik" vor. Es geht uns darum, eine vollständige Gleichberechtigung von Deutschen und Ausländern durchzusetzen.

Dieses Programm dürfte auch für jedes Mitglied einer deutsch-ausländischen Freundschaftsinitiative interessant sein, und wir bitten ausdrücklich um Stellungnahmen dazu.

Stoppt die Nazi-Sammlungsbewegung! (IV)

Für die Nazis setzt Zimmermann auch das Grundgesetz außer Kraft

Die ANS/NA des Michael Kühnen ist als eine Nachfolgeorganisation der Hitlerschen NSDAP und der durch sie befehligten SA anzusehen. Darüber kann kein Zweifel bestehen, und Kühnen selbst sowie seine Kameraden haben solche Zweifel selbst durch wiederholte Darstellungen ihres Selbstverständnisses und ihrer Ziele ausgeschlossen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage: Gibt es nicht selbst im Grundgesetz eine Vorschrift, die Nachfolgeorganisationen der NSDAP verbietet? Wie steht es mit dem Artikel 139?

Der Artikel 139, in vielen Veröffentlichungen des Grundgesetz mit dem Merktitel „Entnazifizierungsgesetz“ gekennzeichnet, hat folgenden Wortlaut:

„Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Gesetzes nicht berührt.“

Gemeint sind damit die Vorschriften des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945. Zum besseren Verständnis soll hier kurz daraus zitiert werden. Zu den im Grundgesetz angesprochenen Rechtsvorschriften gehören die folgenden:

„Der deutsche Militarismus und Nazismus werden **ausgerottet** ...“

„Politische Grundsätze

(...)

3. (I) a) werden (...) SS, SA, SD und Gestapo mit allen ihren Organisationen (...) **völlig und endgültig aufgelöst**, um damit **für immer** der Wiedergeburt oder Wiederaufrichtung des deutschen Militarismus und Nazismus **vorzubeugen** (...)

(III) Die Nationalsozialistische Partei mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu **vernichten**; alle nationalsozialistischen Ämter sind aufzulösen; es sind **Sicherheiten** dafür zu schaffen, daß sie **in keiner Form** wieder auferstehen können; jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist **vorzubeugen**.“ (Hervorhebungen von uns — RM)

Das sind eindeutige, klare Worte, die keinen Raum für schwammige Interpretationen lassen. Und, wie gesagt: **Rechtsvorschriften.**

Wir haben gesehen, wie sich Michael Kühnen in dem neuen „politischen Klima“, das die Bonner Wende vor allem mit sich brachte, wohlfühlt. Der Schwung der Wende hat unter anderem Friedrich Zimmermann ins Innenministerium getragen, und die CSU-eigenen Auffassungen bestimmen seitdem die Politik. Die neue Mannschaft des Meineid-Ministers hat auch von bestimmten Grundgesetz-Artikeln eine ganz eigene Auffassung.

In der vom Innenministerium herausgegebenen Zeitung „Innere Sicherheit“ 1/83 erschien aus Anlaß des 30. Januar, des 50. Jahrestages der Nazi-Machtübernahme, ein Artikel, der sich mit einer Zeiterscheinung auseinandersetzt, die den Reaktionären unzeitgemäß erscheint. Alljährlich, so wird darin festgestellt, kommen gerade zum 30. Januar haufenweise Anträge, endlich die Neonazi-Organisationen in der Bundesrepublik zu verbieten, und das werde vermutlich in diesem Jahr mehr denn je der Fall sein. Im allgemeinen beriefen sich die Antragsteller auf den Artikel 139 des Grundgesetzes.

Welch ein Unfug, so meint man in Bonn — der gilt doch gar nicht mehr!

Kaum zu glauben, aber amtlich: „Art. 139 GG bezieht sich (...) im wesentlichen auf Vorschriften (...) der damals von den Besatzungsmächten angeordneten Entnazifizierung. (...) Diese Vorschriften wurden mit dem Abschluß der Entnazifizierungsaktion gegenstandslos. (...) Ihm kommt heute keinerlei praktische Bedeutung mehr zu.“

Da erklärt ein Ministerium einen Artikel des Grundgesetzes schlicht für gegenstandslos. Man sollte sich über gar nichts mehr wundern, was unter der Rechtsregierung passiert. Jeder Demokrat aber sollte für ihre Beseitigung eintreten.

In Westdeutschland wurde das Potsdamer Abkommen gebrochen, schon die Bildung des Separatstaates gehörte dazu, die ja den Hintermännern der Nazis erst den Weg wieder freimachte. Die „Entnazifizierungskampagne“ wurde in Übereinkommen mit den westlichen Siegermächten, vor allem den USA, abgebrochen, Leute wie Krupp aus den Gefängnissen geholt, sie erhielten ihr Vermögen zurück und die politische Landschaft gestaltete sich entsprechend. Bis zum heutigen Tag. Mit dem rechtswidrigen Abbruch der Entnazifizierungskampagne aber, so Zimmermanns Behörde, hätte man den Artikel 139 GG eigentlich streichen können. Das so offen zu tun, traut man sich nur nicht.

Im übrigen verweist man im Innenministerium darauf: „Das GG enthält (...) keinen antifaschistischen Auftrag. Seine Zielrichtung ist nicht antifaschistisch, sondern antitotalitär.“ Das ist sicher nicht falsch. Den Artikel 139 zum Kernstück dieser Verfassung zu machen und daraus ihren grundsätzlich positiven Charakter abzuleiten, ist sicher verfehlt und steht den doch praktisch gemachten Erfahrungen der letzten 34 Jahre entgegen. Aber auch ohne scheuklappenbewehrte Bewunderer der kapitalistischen Verfassung zu sein, werden wir doch alle Bestimmungen, aus denen sich demokratische Verpflichtungen ergeben, verteidigen. Eine solche Unverschämtheit, wie sie sich Zimmermanns Amt mit dem Artikel 139 erlaubt, darf kein Demokrat hinnehmen.

Für ein Verbot der ANS/NA ist noch ein anderer Gesichtspunkt von Bedeutung: Sie ist unter anderem auch eine Nachfolgeorganisation der nach dem Vereinsrecht verbotenen Organisation VSBD und WSG Hoffmann.

Wir haben bereits Arndt-Heinz Marx zitiert, der bekundete, daß sich nach dem Verbot der genannten Organisationen, in denen er Mitglied war, „der alte Kameradenkreis wieder zusammen“-findet.

Ein noch direkterer Hinweis auf das Weiterwirken von ganzen geschlossenen Verbänden der verbotenen Organisationen findet sich in der Pressemitteilung der ANS/NA vom 4. März, wo es heißt: „Kontakt wurde hergestellt zu der Kameradschaft in München (früher Junge Front).“ Die Junge Front war eine Nebenorganisation der VSBD und wurde gleichzeitig verboten.

Das Verbot der WSG Hoffmann und der VSBD, das erst nach fortwährenden Gewalttaten und Mordtaten von Bandenmitgliedern erfolgte, wurde auch von den reaktionärsten Politikern noch als Beweis für das Funktionieren der Demokratie und ihres eigenen antifaschistischen Handelns hingestellt. Es erweist sich als weitgehend wertlos, weil nichts getan wird, um es auch durchzusetzen. Eher im Gegenteil, wie man an dem Schutz sieht, der Kühnens Bande gewährt wird. Wissentlich und vorsätzlich lassen die Behörden die Unterorganisationen der verbotenen Banden weiterexistieren, solange sie nur den alten Namen weglassen, und ermuntern sie geradezu, in neuem Gewande weiterzumachen.

Wir fordern mit Entschiedenheit das Verbot und die tatsächliche Zerschlagung der Kühnen-Truppe wie aller Nazi-Organisationen einschließlich der NPD. Wir sehen: Das wird nur in einem entschlossenen Kampf gegen die Bonner Rechtsregierung zu machen sein, erfordert also von allen antifaschistischen Kräften einen vollen und keinen halbherzigen Einsatz. Wir appellieren an alle demokratischen Verbände, sich dieser Forderung anzuschließen und entsprechend ihren eigenen Möglichkeiten dafür einzutreten.

Dietrich Lohse



Bestes Einvernehmen besteht zwischen ANS-Führer Michael Kühnen und der Polizei. Das obenstehende Foto wurde in Bad Hersfeld aufgenommen, Kühnen unterhält sich mit Polizisten und dem Einsatzleiter offenbar über den Schutz seiner Nazi-Truppe. Die Polizei wachte denn auch darüber, daß sie ihren provokativen Aufmarsch ungestört abhalten und sich unbehelligt zurückziehen konnte. Demonstranten, die Kühnen entgegentreten wollten, bekamen die Polizeiknüppel zu spüren.

Arbeiter gegen Hitler

Betrieblicher und gewerkschaftlichen Widerstand im „Dritten Reich“ (Teil 5)

Die gewerkschaftlichen Widerstandsbewegungen wurden immer schwieriger. Obwohl sie 1936 stärker waren als 1935, die Zahl der Streiks und auch die Anzahl der Streikenden war höher, blieben die Aktionen zumeist auf einen Betrieb oder Betriebsstelle beschränkt. Die Zahl der am Streik Beteiligten überstieg im Durchschnitt nicht mehr als 100 Arbeiter. Die Kämpfe dauerten im günstigsten Fall einige Stunden.

Einer der wirkungsvollsten Streiks war die Arbeitsniederlegung im Karosseriebau der Adam Opel AG in Rüsselsheim am 25. Juni 1938. Nachdem Vorstellungen des Vertrauensrats wegen höherer Löhne bei der Direktion abgelehnt waren, hielten die Arbeiter der ersten Schicht des Karosseriebaus das Fließband an und zogen demonstrativ zum Betriebsführer. Daraufhin wurden die Arbeiter der ersten Schicht — 262 Kollegen — fristlos entlassen. 37 Arbeiter — unter ihnen 15 Angehörige der SA und sechs Angehörige der SS — wurden verhaftet.

Der Terror in seinen vielfältigsten Formen nahm rapide zu. Es entwickelten sich aber auch neue Formen des Widerstandskampfes. Man ging von den kurzfristigen Streiks als Kampfform ab, um die „Arbeite-langsam-“-Bewegung zu organisieren. Über längere Zeit durchgehalten, konnte sie ein geeignetes Mittel sein, um Produktionsausfälle, besonders in den Rüstungsbetrieben zu verursachen. Gleichzeitig diente es als Druckmittel, um wirtschaftliche Forderungen durchzusetzen.

In der Hakenkreuzpresse „Wirtschaftszeitung“ des Jahres 1938 wird gegen die sogenannten „Bummelschichten“ der Blohm & Voß-Arbeiter folgendes geschrieben:

„In einem bedeutenden Industriewerk des Wirtschaftsgebiets Mittelelbe ließ die Arbeitsdisziplin dadurch nach, daß ein Teil der Gefolgschaften ohne jede Entschuldigung oder unter nichtigen Vorwänden der Arbeit fernblieb und sogenannte Bummelschichten machte. Dadurch wurde die Produktion erheblich gefährdet, so daß der Reichstreuhänder der Arbeit gezwungen war, von der ihm auf Grund der Verordnung vom 25. Juli 1938 übertragenen Befugnis Gebrauch zu machen und durch Anordnung auf Grund dieser Verordnung für diesen Betrieb die Einhaltung der für den Betrieb bestehenden Arbeitszeit unter gleichzeitiger Androhung der Bestrafung durch die Strafgerichte bei Verstößen gegen diese Anordnung festzulegen.

Trotzdem haben nach einiger Zeit einige Gefolgschaftsmitglieder dieses Werkes, die noch nicht die richtige Einstellung zur Arbeit und Pflichterfüllung im nationalsozialistischen Reich zu besitzen scheinen, wiederum die Produktion dadurch gefährdet, daß sie wiederholt unentschuldigt und ohne Erlaubnis von ihrer Arbeitsstätte ferngeblieben sind oder nicht richtige Gründe für ihr Fehlen angegeben haben.

Das Verhalten dieser Gefolgschaftsmitglieder zeugte von einer so großen Verantwortungslosigkeit und von so erheblicher Nichtachtung des Gedankens der Betriebsgemeinschaft, daß diese Verstöße nicht ungeahndet bleiben durften. Auf Antrag des Reichstreuhänders der Arbeit griff daher der zuständige Oberstaatsanwalt die sofortige Strafverfolgung der Beschuldigten auf. Im beschleunigten Strafverfahren wurden drei Gefolgschaftsmitglieder nunmehr wegen Vergehens gegen den §2 der Verordnung zu einem Monat, 3 und 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Durchführung weiterer Strafverfahren steht noch aus.“

Hier wird die ganze Wucht der faschistischen Staatsmaschinerie, die hemmungslos über die Arbeiter hinwegrollte, genauso deutlich wird die Hakenkreuzpresse, die jeden davor warnte, seine „Pflicht im nationalsozialistischen Reich“ nicht zu erfüllen. Wer nicht zur Arbeit erscheint, kommt ins Gefängnis.

Auch auf der Wilhelmshavener Werft ging die Belegschaft nicht zur Arbeit, weil jedem Arbeiter 8,— Mark vom Lohn abgezogen werden sollten, um Hitler beim Stapellauf eines Kriegsschiffes ein Geschenk von 100000,— Mark zu überreichen. Die Kollegen erklärten: *„Wir haben keine 8,— Mark übrig. Wenn die Werft dem Führer ein Geschenk machen will, dann auf Kosten der Aktionäre, aber nicht auf unsere Kosten“.* Bei der nächsten Lohnzahlung wurde nichts abgezogen, und kurz darauf war am Schwarzen Brett ein Anschlag angeheftet, worauf stand, daß man davon absehe, dem Führer ein Geschenk der Gefolgschaft zu überreichen.

Nicht nur durch systematisches Langsamarbeiten wurden die vom Reichsrüstungsrat geforderten Ablieferungstermine für den U-Boot-Bau verzögert, sondern auch durch planmäßige Störung der Abnahmeprüfungen, indem die Prüfleitungen verstopften und damit den Booten, nicht aber lebenden Menschen Schaden zugefügt wurde.

Im Vordergrund der Widerstandsaktionen von Bergarbeitern in den verschiedenen Revieren stand die Verteidigung des Lohnes und der Arbeitszeit. Man setzte sich gegen die Beschneidung des Lohns und gegen die Überschichten zur Wehr. Die Kumpel erkämpften sich Betriebsversammlungen durch Herantreten von Einzelpersonen und von Delegationen an die Vertrauensräte und Amtswalter. Als Druckmittel wurde die Waffe der passiven Resistenz angewandt. So sank das Fördergebnis pro Kopf um 10 Prozent. Dies war auch ein fabelhafter Beitrag der Bergarbeiter gegen die intensiven Kriegsvorbereitungen der deutschen Rüstungswirtschaft. Mit der Kohle wurde der Stahl für die Waffen gekocht.

Fortsetzung im nächsten RM

Brennpunkt Zentralamerika

Vor 14 Tagen veröffentlichten wir einen Artikel, in dem wir beschrieben haben, welch schweres Erbe wirtschaftlicher Art die Volksregierung von Nicaragua nach der Befreiung von der Somoza-Diktatur übernehmen mußte. Im folgenden Artikel stellen wir in groben Zügen dar, wie die sandinistische Regierung an die Lösung der brennenden ökonomischen Probleme des Landes herangeht.

Stehen wir einigen Maßnahmen auch sehr kritisch gegenüber, so darf das auf keinen Fall die Solidarität mit Nicaragua beeinträchtigen. Dieser Staat, dieses Volk steht heute im Kampf gegen den US-Imperialismus, im Kampf gegen die Wiederherstellung einer brutalen kapitalistischen Ausbeutung.

In einem späteren Artikel werden wir dann die Grundlagen und Ziele der Frente Sandinista de Liberacion National (FSLN) genauer darstellen und über die Gewerkschaften berichten.



Nicaragua heute:

Die Probleme des ‚gemischten Wirtschaftssystems'

Nach der Revolution im Juli 1979 übernahm das Volk ein Land mit großen Problemen. Wirtschaftliche und strukturelle Rückständigkeit, Unterentwicklung, Armut und Hunger bestimmten das Bild. Städte und Industrieanlagen waren noch kurz vor Somozas Flucht bombardiert worden, die FSLN nannte Zahlen: 800 Millionen Dollar wirtschaftlicher Schaden, wobei über 35 Prozent der Industrieanlagen und mehr als 25 Prozent der Landwirtschaft zerstört wurde.

Die Aussaat war in den letzten Kriegsmonaten nicht möglich gewesen, die Baumwollexporte betrugen 1979 nur etwa 25 Prozent der Vorjahresmenge. Außerdem war die Ernährung der Bevölkerung nicht gesichert, nach der Revolution mußten täglich 300 bis 400 Tonnen Lebensmittel eingeführt werden.

Der Krieg, der das Volk 40000 Tote kostete, 100000 schwer und langfristig verletzte Menschen zurückließ, 350000 Menschen aus ihren angestammten Gebieten vertrieben hatte, führte auch dazu, daß Somoza und die anderen Kapitalisten noch bis kurz vor Schluß alles, was an Kapital zu transferieren war, ins Ausland verschoben. Somoza selbst plünderte die Staatskassen noch um 200 Millionen Dollar, die Unternehmer hatten mindestens 550 Millionen Dollar verschoben.

Auf diesem Trümmerhaufen begann die sandinistische Regierung mit ihrer Wirtschaftspolitik, mit dem Aufbau des neuen

Wachstumsraten in %	1977	1978	1979
Bruttosozialprodukt gesamt	5,5	– 6,9	– 25,2
Landwirtschaft	0,8	7,1	– 12,1
verarbeitende Industrie	7,7	0,4	– 26,2
Bausektor	2,0	– 41,3	– 52,5
andere	7,0	– 12,1	– 29,3
Exporte	17,0	2,3	– 13,3
Importe	36,0	– 18,3	3,7
Konsumentenpreise	10,2	4,3	28,6

Die Auswirkungen des Krieges auf die Produktion

Nicaragua. Erste Maßnahmen waren:

- 168 Industriebetriebe und etwa die Hälfte des bearbeiteten Bodens — alles Somozas Privatbesitz — wurden enteignet und verstaatlicht.
- Die Minen, die in Händen von US-Konzernen waren, wurden verstaatlicht.
- Die nacaraguanischen Banken wurden verstaatlicht. Ausgenommen wurden die ausländischen Banken, die lediglich die Auflage bekamen, keine Konten für Nicaraguaner zu führen, um den Kapitalisten zu verwehren, Gelder dem Wiederaufbau zu entziehen.
- Teile des Innen- und Außenhandels wurden verstaatlicht, um zum einen den Devisenfluß im Exportgeschäft kontrollieren zu können, und zum anderen im Inland Wucher und Spekulation zu verhindern sowie den Bauern feste Abnahmepreise für ihre Produkte zu garantieren.
- Die Agrarreform enteignete nicht nur alle ehemaligen Somoza-Besitztümer, sondern auch Großgrundbesitzer, die sich während der Diktatur widerrechtlich Böden beschafft hatten.
- Kleine und mittlere Betriebe erhielten als Anreiz zum Wiederaufbau Steuerermäßigungen und -befreiungen.
- Während Steuern auf Produkte des täglichen Bedarfs gesenkt oder abgeschafft wurden, wurden für Luxusgüter die Steuern drastisch erhöht.

Sektoren	volkseigen	privat
Agrarsektor	20 %	80 %
Industrie	25 %	75 %
Bauwesen	70 %	30 %
Minen	95 %	5 %
Dienstleistungen	55 %	45 %
aus: Plan 1981		

Volkseigener und privater Sektor

- Ein ganzer Katalog von Maßnahmen betraf die Verbesserung der Lebenslage der armen Bevölkerung. Erstmals wurde ihnen das Recht auf Wohnung, Gesundheit, soziale Sicherheit, Erziehung, Bildung, Kultur, Sport und auch auf Massenverkehrsmittel zugestanden. Die ersten Maßnahmen waren Bereitstellung und Verteilung von Nahrungsmitteln, der Wiederaufbau der Städte und Dörfer, und wirtschaftliche Hilfen für vom Krieg betroffene Familien. Längerfristige Maßnahmen betrafen vor allem den Abbau der Arbeitslosigkeit, den Aufbau eines Gesundheitswesens für das Volk und verschiedenste Bildungseinrichtungen. Zu den ersten Maßnahmen gehörte auch ein neues Arbeitsgesetz, daß gewerkschaftliche Rechte garantiert, die Arbeitsbedingungen verbessert, Kranken- und Sozialversicherung einführt und einen gesetzlichen Mindestlohn garantiert.
- Einer der entscheidendsten und sicher auch folgenschwersten Schritte der neuen Regierung war die vorbehaltlose Anerkennung aller Auslandsschulden der alten Regierung und der Banken. Bis auf diejenigen Schulden, die nachweislich aus Somozas Waffenkäufen entstanden waren, garantierten die Sandinisten die Rückzahlung.

Die erste Regierungsjunta, wie sie sich nannte, aus zwei Vertretern der FSLN, Daniel Ortega und Moises Hassan Morales, den Unternehmervertretern Violeta Chamorro und Alfonso Robelo und dem sandinistisch orientierten Sergio Ramirez ging also an die Schaffung der **gemischten Wirtschaftsordnung.** Denn neben dem zwar relativ großen staatlichen Sektor der Wirtschaft bestand weiterhin der privatkapitalistische Sektor, vor allem in der Industrie dominierte er.

Dem privaten Kapital wurden weitgehende Zugeständnisse gemacht. Staatliche Kreditfinanzierungen, Gewinn- und Eigentumsgarantien wurden ausgesprochen. Zum einen wollte man damit die Unternehmer dazu bringen, die nach dem Krieg brachliegenden Produktionseinheiten schnell wieder produktiv werden zu lassen, zum anderen sah man sich durch den Mangel an Fach- und Führungskräften gezwungen, die Kapitalisten in die Pläne zum Aufbau Nicaraguas miteinzubeziehen.

Dennoch — trotz weitreichender Zugeständnisse — das Klassenbündnis war nie stabil. Schon sehr bald traten Chamorro und Robelo aus den Regierungsjunta aus, heute vertritt nur noch Rafael Cordova die Interessen der Bourgeoisie in der Staatsführung.

Aber die Unternehmer leisteten nicht nur keinen Beitrag zum Aufbau des Landes, sie erschwerten ihn und erschweren ihn weiter. So lagen etwa 1980 — als der Staat insgesamt über 220 Millionen Dollar investierte, die privaten Investitionen gerade bei 40 Millionen Dollar, und die noch vor allem in kurzfristig rentablen Investitionen im Bau oder in der Reparatur beschädigter Gebäude oder Produktionsanlagen. Neuinvestitionen gab es kaum.

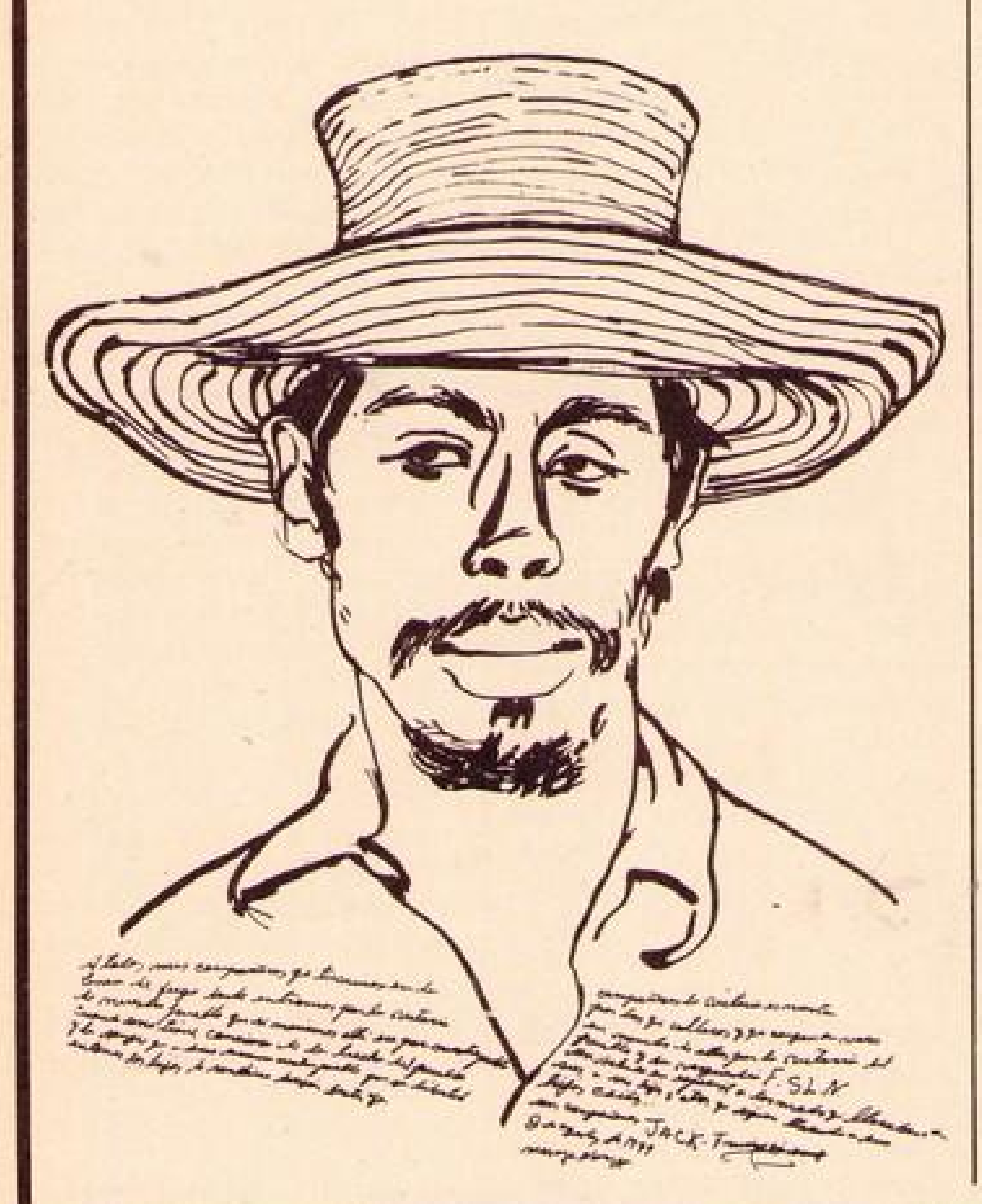
Vor allem betreiben die Unternehmer eine systematische Politik der Dekapitalisierung. Das heißt, sie versuchen mit allen Mitteln aus ihren Betrieben möglichst viele Werte, sowohl Geld als auch Produktionsanlagen und Vieh herauszuziehen und ins Ausland zu bringen.

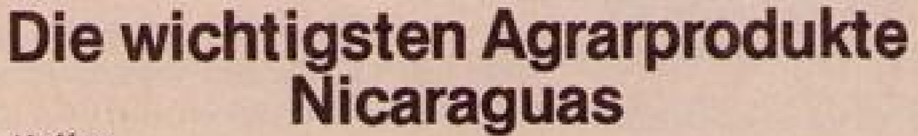
Andere Unternehmer nutzen ihe guten alten Verbindungen ins Ausland. So werden oft überhöhte Rechnungen nach Nicaragua geschickt, der Unternehmer, der sie bezahlt, kann sicher sein, daß sein Partner den zu hoch bezahlten Teil auf ein Konto in den USA oder sonstwo tut. Zum Teil laufen solche schmutzigen Geschäfte sogar mit staatlichen Krediten, die die Unternehmer für wichtige Importgüter beantragen. So werden die Finanzprobleme des Staates noch größer, die Unternehmer gewinnen daran. Außerdem ist es für die staatlichen Stellen oft nur sehr schwer möglich, Fälle von falscher Buchführung oder ähnlichen Betrügereien der erfahrenen Kapitalisten zu durchschauen. Doch der Führung der FSLN gelang es auch nicht sehr lange, zwischen den Arbeitern in Stadt und Land und den Kapitalisten zu vermitteln. Viele Streiks, Landbesetzungen und Forderungen nach Enteignung zeigen immer wieder den unversöhnlichen Gegensatz der Klassen.

Aber dieser richtige und notwendige Klassenkampf im eigenen Land gegen die Bourgeoisie wird von Seiten der Führung der FSLN nicht konsequent vorangetrieben und unterstützt. Im Gegenteil versichern sie immer wieder, das gemischte Wirtschaftssystem beibehalten zu wollen, den politischen Pluralismus zu gewährleisten.

Die Gründe dafür liegen in der Bedrohung der gesamten Wirtschaftspolitik des Staates durch imperialistische Kreise. Mit der Anerkennung aller Auslandsschulden hat Nicaragua bestimmte Bedingungen akzeptiert, und die sind eben die Beibehaltung des gemischten Wirtschaftssystems und der politische Pluralismus.

Die Begründung für die Anerkennung klingt erst einmal logisch: Ausgehend von dem katastrophalen Zustand des Landes nach dem Juli 1979 wollte die Regierung unbedingt neue Kredite. Diese waren nur über den Verhandlungsweg mit alten Schuldnern zu bekommen. Eine Isolierung oder einen Handelsboykott vom Weltmarkt wollte man unter allen Umständen vermeiden. Denn zum einen war die gesamte Agrarstruktur des Landes auf Export ausgerichtet und





Die wichtigsten Agrarprodukte Nicaraguas

Kaffee

Kaffee ist das wichtigste Exportprodukt Nicaraguas. 15 % der Kaffeeproduktion befinden sich im Staatssektor. 30 % des Anbaus werden von Klein- und Mittelbauern betrieben.

Die Ursache dafür, daß Kaffeeanbau sehr viel auch von kleineren Bauern betrieben werden kann, liegt wahrscheinlich an der geringen Technisierung des Anbaus. Die Kaffee-Ernte kann nicht maschinell betrieben werden. Während der von November bis Februar dauernden Erntezeit werden über 100000 Pflücker benötigt. Die Kaffeepflanzen brauchen fünf Jahre bis zur Reife.

Baumwolle

Traditionell ist Baumwolle das zweitwichtigste Exportprodukt Nicaraguas, durch Zurückhaltung der Unternehmer ging jedoch die Produktion 1980 stark zurück.

Die Baumwollproduktion liegt zu 15 Prozent in staatlicher Hand. Bei den Privatproduzenten ist der Anteil des kapitalistischen Sektors höher als beim Kaffee. Nur 8 % sind Kleinbauern.

Die Baumwollaussaat erfolgt jährlich. Die Ernte kann sowohl maschinell wie per Hand betrieben werden. Zur Zeit wird in Nicaragua ungefähr die Hälfte der Ernte maschinell betrieben, 1981 mußte Nicaragua aus Mangel an Erntearbeitern etliche neue Baumwollpflückmaschinen importieren.

Fleisch

Fleisch ist das drittwichtigste Exportprodukt Nicaraguas. 15 % des Viehbestandes und 55 % der Verarbeitung sind im Staatsbesitz. Die großen Privatbesitzer verfügen nur über 13 % der Fleischproduktion, stellen aber einen überproportionalen Teil der Exportproduktion. Da sie nicht zu billigen Preisen für den Inlandsmarkt produzieren wollen, haben sie diesen lukrativen Weg gewählt.

Bis heute leidet die Fleischproduktion an den Verlusten an Tieren durch den Befreiungskampf; während des Kampfes und danach wurden viele Rinder nach Honduras getrieben oder geschlachtet. Um die Exportproduktion an Rindfleisch zu gewährleisten, soll die Inlandsnachfrage längerfristig auf Ersatzprodukte wie Geflügel, Schweinefleisch und Fisch umorientiert werden.

Zucker

Zucker ist wie Fleisch sowohl wichtiges Exportprodukt (1980 waren die Exporterlöse für Zucker fast so hoch wie die für Baumwolle) als auch wichtiges Produkt des Inlandskonsums. Zucker wird zu 44 % im staatlichen Sektor angebaut. Das Agrarreforminstitut INRA kontrolliert auch fünf von sechs nicaraguanischen Zuckermühlen, die 44 % der Produktion erzeugen.

Weitere Exportprodukte

Die übrigen landwirtschaftlichen Exportprodukte haben weniger Bedeutung. Es sind: Tabak; Bananen (früher Auslandskapital, seit 1981 verstaatlicht); Sesam.



zum anderen war man in vielen industriellen Bereichen auf Importe angewiesen.

Was aber hat Nicaragua für die Anerkennung der Schulden und danach empfangene Kredite sich eingehandelt?

Rund 1,6 Milliarden alter Schulden, Kredite internationaler Banken, Regierungskredite und Schulden der verstaatlichten Banken an ausländische Banken hat man übernommen. Ein großes Umschuldungsprogramm — nach neunmonatigen Verhandlungen mit internationalen Banken, darunter der Deutsch-Südamerikanischen Bank der Dresdner Bank Gruppe, verabschiedet — sieht vor allem einen Rückzahlungsaufschub bis 1986 vor.

Für die Anerkennung der alten Schulden wurden dann neue Kredite bewilligt, die die gesamte Schuldenlast Nicaraguas auf mindestens 2,3 Milliarden Dollar haben ansteigen lassen. Vor der Abzahlung der alten Schulden muß Nicaragua aber weiterhin Zinsen für diese Unsummen bezahlen. So geht schon heute ein Teil der neuen Kredite direkt zurück an die Schuldner. Und nach Aussagen des nicaraguanischen Zentralbankpräsidenten Alfredo Cesar müssen *„1981 etwa 40 Prozent der Exporte des Landes für Zinszahlungen verwendet werden"*, was einen Betrag von rund 200 Millionen Dollar ausmacht. Dieser Betrag, so fügte er hinzu, würde sich 1982 um 40 Millionen Dollar erhöhen. So gehen immer größere Teile des Devisenaufkommens aus den Exporten wieder in die Hände des internationalen Kapitals. Und 1986, wenn gemäß der internationalen Vereinbarung mit der Rückzahlung der Somoza-Kredite begonnen werden soll, wird die Rückzahlung mehr Devisen verbrauchen, als das heutige Exportaufkommen des Landes beträgt.

Selbst bei einer theoretisch angenommenen ruhigen Entwicklung kann Nicaragua es auf Dauer nicht schaffen, seine eigenen Pläne, Aufbauvorhaben und Projekte zu verwirklichen und zusätzlich noch das Erbe der Somoza-Diktatur mit Zins und Zinseszins an die Imperialisten zu bezahlen. Und konkret verschärft sich die Situation immer mehr.

Die Politik der Kapitalisten in Nicaragua ist ebenso ein Destabilisierungsfaktor wie der Krieg an der Grenze zu Honduras. Immer mehr Mittel und auch Menschen, die produktiv arbeiten könnten, werden zur Verteidigung der Revolution gebraucht. Und immer weniger bleibt — neben der Wirtschaftsförderung — für die wichtigen Aufgaben und Projekte im Bildungsbereich, im Gesundheitswesen und anderen Bereichen, wo Nicaragua praktisch bei null anfangen muß.

Sicher ist das Problem der ungeheuren Verschuldung an die Imperialisten kein spezielles Problem Nicaraguas. Viele Staaten in der Welt sind in ähnlicher Weise im Würgegriff des großen Kapitals. Hier bedarf es sicher auch einer internationalen Front gegen das hemmungslose Auspressen unterentwickelter Staaten. Dennoch ist in dieser Frage die sandinistische Führung im Zugzwang. Das Volk wird die Früchte der Revolution nicht freiwillig dem internationalen Kapital abtreten.

Nicaragua wird sich sicher nicht von heute auf morgen von allen Abhängigkeiten befreien können. Die Pläne für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes wollen aber Schritt für Schritt diese Zwänge abschaffen.

Neben dem Ausbau der exportorientierten Agrarindustrie nat man sich vor allem vorgenommen, eine Industrie aufzubauen, die Rohstoffe und Produkte der Landwirtschaft verarbeiten soll. Etwa Holz- und Baumwollverarbeitung, Aufbau von Zuckermühlen und Konservenfabriken.

Ein weiterer wichtiger Bereich der Planungen für die Zukunft ist die Abkoppelung von der Abhängigkeit vom Erdöl, die für ein armes Land wie Nicaragua besonders wichtig ist. Hier ist ein geothermisches Projekt am Vulkan Momo bei Leon zu nennen, ein Staudammvorhaben und die Gewinnung von Elektrizität bei den Wasserfällen von Nueva Segovia.

Ein dritter Schwerpunkt umfaßt den Aufbau einer Produktionsmittelindustrie vor allem für die Landwirtschaft. Hier sollen in Zukunft Erntegeräte, Werkzeuge, Düngemittel und auch Verpackungsmaterialien wie Säcke produziert werden, alles Dinge, die heute noch zum größten Teil im Ausland gekauft werden müssen.

Daneben wird es aber entscheidend darauf ankommen, den privatkapitalistischen Sektor, der, wenn überhaupt, nur in kurzfristig profitablen Bereichen investiert, mehr und mehr zurückzudrängen und den staatlichen — den volkseigenen Sektor zum bestimmenden Faktor der Wirtschaftspolitik zu machen.

Inlandsproduktion/Grundnahrungsmittel

Reis

Reis ist das einzige Grundnahrungsmittel, das hauptsächlich von Großproduzenten angebaut wird. 30 % der Produktion befinden sich in Staatshand.

Von den 31 Dreschanlagen sind nur sieben im staatlichen Sektor. Der Großteil der Produktion wird mit Bewässerung betrieben. Beim Bewässerungsanbau sind zwei Ernten möglich. Die Ernten erfolgen gestaffelt, nacheinander von September bis Dezember.

Andere Grundnahrungsmittel: Mais, Bohnen

Sie werden fast ausschließlich von Kleinbauern angebaut. Kleinbauern produzieren 80 % der Grundnahrungsmittel. Bei Mais und Bohnen ist eine Ausdehnung der Produktion einfach durch Ausdehnung der Saatfläche möglich.

Anteil der verschiedenen Sektoren am landwirtschaftlichen Produktionswert. APP: *Area de Propriedad del Pueblo:* volkseigener (verstaatlichter) Sektor.

Produkt	APP	Groß-produzenten	Mittel-bauern	Klein-bauern	Gesamt
Baumwolle	20,0 %	52,3 %	20,1 %	7,6 %	100 %
Kaffee	15,0 %	12,1 %	42,6 %	30,3 %	100 %
Zucker	44,0 %	41,0 %	10,0 %	5,0 %	100 %
Fleisch (außer Kleinvieh)	15,0 %	12,6 %	46,7 %	26,2 %	100 %
Tabak	42,0 %	58,0 %	–	–	–
Reis im Bewässerungsanbau	30,1 %	52,9 %	13,0 %	4,0 %	100 %
Bohnen	17,1 %	3,8 %	20,9 %	58,2 %	100 %
Mais	8,7 %	1,5 %	28,0 %	61,8 %	100 %

Quelle: *Fondo Internacional de Desarrollo Agricula* (Hg): *Informe de la Mision Especial de Programación a Nicaragua*, Managua, Oktober 1980

Guatemala ist das von allen zentralamerikanischen Ländern an Bodenschätzen reichste und das am meisten industrialisierte. Von der terroristischen Unterdrückung durch die Militärdiktatur profitieren aber nicht nur die USA. Sie sind zwar unbestritten stärkste Macht in der gesamten Region. Aber dabei sind auch die westdeutschen Konzerne. Die nachfolgende Schilderung eines Arbeiters aus Guatemala, der bei der Bayer AG beschäftigt war, zeigt, wie auch westdeutsches Kapital an der blutigen Unterdrückung in Zentralamerika verdient.

Westdeutsches Kapital in Guatemala

Bayer verdient mit

In Gutatemala haben zahlreiche große bundesdeutsche Unternehmen ihre Niederlassungen oder arbeiten mit Großaufträgen im Lande. Hochtief ist beteiligt beim Ausbau der *Transversal del Norte*, die deutsche chemische und pharmazeutische Industrie, wie zum Beispiel Merck, Bayer, Hoechst und andere, stellen Insektizide, Arzneimittel, Kosmetika, Kunstdünger usw. her. Ein Gewerkschafter, ehemals Arbeiter bei *Bayer de Guatemala S.A.* berichtet:

„Die deutschen Unternehmen gehören zu den größten des Landes. Bayer produziert in Guatemala vor allem Insektenvertilgungsmittel. Das Unternehmen arbeitet mit in- und ausländischem Kapital. Das guatemaltekische Kapital ist in den Händen des Großgrundbesitzers schweizerischer Abstammung, Juan Maegli, einem der reichsten und reaktionärsten Männer des Landes, der mit seinem Kapital in Banken, im Handel und in der Industrie beteiligt ist.

Die jährlichen Gewinne von Bayer in Guatemala übersteigen 30 Mio. US-Dollar. Das Unternehmen arbeitet seit zwei Jahrzehnten im Lande und ist in dieser Zeit beträchtlich gewachsen. Die gesamten Gewinne des Unternehmens werden ins Ausland transferiert.

Bei Gründung des Unternehmens betrugen die Löhne für die Mehrzahl der Arbeiter 80 Cents pro Tag. Damals waren 40 Arbeiter beschäftigt. Heute sind es 255.

Das Unternehmen tut nichts für den Arbeitsschutz, die Arbeiter sind direkt den chemischen Dämpfen ausgesetzt, müssen sie tagtäglich einatmen.

Bei Bayer gab es drei Versuche der Arbeiter, sich in Gewerkschaften zu organisieren, die scheiterten. Die Arbeiter, die es versucht hatten, wurden entlassen. Wenn ein Arbeiter eine Lohnerhöhung verlangte, wurde er entlassen. Arbeiter wurden immer wieder vom Geschäftsführer der Filiale schlecht behandelt, beleidigt und angegriffen.

Erst 1974 gelang es, eine Gewerkschaft zu organisieren. Darauf wurden sofort die 20 Gründungsmitglieder entlassen. Doch auf den Druck der anderen Arbeiter hin wurden sie wieder eingestellt. Die Unternehmensleitung bedrohte einige der konsequentesten Arbeiter mit dem Tod, versuchte, die Gewerkschaftsführer zu bestechen und versuchte, ein *Comité Patronal* zu bilden. Aber all das scheiterte, denn die Arbeiter wollten nicht zu den Zuständen zurückkehren, in denen ihre täglichen Löhne jedes Jahr um nur 2 oder 4 Cents erhöht wurden.

Heute ist die Gewerkschaft von Bayer eine der bewußtesten in Guatemala. Sie erreichte die Anhebung der niedrigsten Lohngruppen auf 240 Quetzales (1 Qtz. = 1 Dollar) im Monat. Immer wenn Tarifverhandlungen nahen, klagt das Unternehmen, daß es ihm wirtschaftlich schlecht ginge und widersetzt sich den Lohnforderungen. Die Tarifverhandlungen von 1979 zogen sich beispielsweise über zehn Monate hin. Tarifverhandlungen finden alle drei Jahre statt.

Bayer hält das Verwaltungspersonal von den Arbeitern fern und wehrt sich gegen die gewerkschaftliche Organisierung der Angestellten. Angestellte erhalten höhere Löhne. Die Verwaltungsangestellten wurden mit Entlassung bedroht, falls sie versuchen, sich gewerkschaftlich zu organisieren. Seit kurzem ist das Unternehmen in verschiedene Betriebe aufgeteilt worden, die jeweils einzeln registriert werden (das bedeutet, durch formale Betriebsverkleinerung Aufsplitterung des gewerkschaftlichen Potentials und damit objektive Schwächung der Gewerkschaften, Anmerkung des Übersetzers). Bevor ein Arbeiter eingestellt wird, wird nachgeforscht, ob er nicht etwa mit einem Gewerkschafter befreundet ist.

Zu bemerken ist noch, daß es in den anderen deutschen Unternehmen keine gewerkschaftliche Organisation gibt."

(Dezember 1981)

Diesen Beitrag entnahmen wir dem Buch: „Der Kampf hat viele Gesichter" — Gewerkschaften in Nicaragua, El Salvador und Guatemala. Herausgegeben von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Landesverband Berlin, und dem Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile Lateinamerika e.V. Erschienen bei „Edition Nahua", 5600 Wuppertal, 1982

Daten zu Guatemala

Staatsfläche:	108 889 qkm
Bevölkerung:	7,2 Mio. Einwohner; davon 1/3 Ladinos (Weiße), 2/3 Indios
Bevölkerungszuwachs:	2,9% jährlich
Hauptstadt:	Guatemala (ca. 1,3 Mio.)
Urbanisierungsgrad:	31% (1978)
Durchschn. Lebenserwart.:	49 Jahre
Alphabetisierungsrate:	40% (1970)
Währung:	Quetzal (Q); 1 Q: 1 US-Dollar

Bruttoinlandsprodukt (BIP):

Anteil der Wirtschaftszweige in % zum BIP:

	1977	1978	1979
Landwirtschaft:	28,5	25,9	25,50
Industrie und Bau:	18,9	19,3	19,25
Bergbau:	0,1	0,2	0,25
Energie und Verkehr:	5,3	8,3	8,40
Sonst. Dienstleistungen:	47,2	46,3	46,40

Wichtigste Exportprodukte (Anteil am Exportwert in %):

	1976	1977	1978
Kaffee	31,6	45,6	39,0
Bauwolle	11,0	13,0	12,0
Zucker	14,2	7,2	?

Außenhandel (in Mio. US-Dollar):	1976	1977	1978	1979
Ausfuhr	760	1.205	1.130	1.232
Einfuhr	838	1.089	1.207	1.436
Saldo	−78	+116	−77	−204

Wachstumsraten:	1976	1977	1978	1979
BIP	7,6	8,3	5,5	4,5
Industrie	10,5	10,5	7,5	?

Inflationsrate:	1977	1978	1979	1980
	12,6%	7,9%	17%	14/15%

Volkseinkommen (BPN 1980)	6900 Mio. Quetzal: 6900 Mio. US-Dollar
Pro-Kopf-Einkommen	960 Quetzal
Familieneinkommen	400 Quetzal
Aktive Bevölkerung	1/4
davon arbeitslos	1/3

	1950	1978	Wachstum
Anbaufläche Exportprodukte (1.000 ha)	145	434	200%
Mais	553	499	−10%

Devisenreserven 1975 - 1981 in Mio. Dollar: 260 / 464 / 640 / 710 / 654 / 394 / 270

Aus: „Der Kampf hat viele Gesichter", Edition Nahua, Wuppertal, 1982

Quellen: Deutsch-Südamerikanische Bank, Kurzberichte 1-4/79; Comisión Económica para America Latina CEPAL, Müntzinger Archiv 82

Wie arbeiten die Volksräte in der SVR Albanien?

Interview mit Abdyl Xhaja vom Tirana Exekutivkomitee (Teil II)

In unserer Artikelfolge über die Wahlen zu den Volkräten und Volksgerichten in der SVR Albanien, die am 24. April stattfanden, veröffentlichen wir heute den zweiten (vorletzten) Teil des Interviews, das der Korrespondent des „Roten Morgen" mit dem Mitglied des Exekutivkomitees des Volksrats von Tirana, Genossen Abdyl Xhaja führte. Dabei geht es um die Arbeit der Volksräte und — heute — um die Aufgaben, die die Partei der Arbeit Albaniens dabei hat.

Wie sieht das Verhältnis von Berufspolitikern zu Abgeordneten aus, die nur zeitweilig an Sitzungen teilnehmen und im Berufsleben stehen?

Wir haben keine Berufspolitiker, wir sind alle Politiker. Wir haben keine besonderen Menschen, die nur Politik betreiben. Bei uns gibt es eine bestimmte politische Linie, und das ist die marxistisch-leninistische Linie der Partei. Sie wird konsequent von allen Werktätigen und vor allem von den Kommunisten eingehalten. Und natürlich wird diese marxistisch-leninistische Linie auch von den Volksräten durchgeführt. Ein Volksrat, der die politische Linie der Partei nicht anwendet, der dieser Linie nicht die Treue hält, — so heißt es auch in der Verfassung, der wird abgesetzt. Einmal wird ein Volksrat abgesetzt, wenn er nicht die Linie der Partei einhält. Zweitens, wenn er seine Aufgaben nicht erfüllt, die die Wähler ihm gestellt haben und drittens, wenn er unsere revolutionäre Gesetzmäßigkeit verletzt. Er kann kein Volksrat mehr sein. Kritiker ist das ganze Volk.

Es gibt doch aber sicher Volksräte, die ausschließlich für die Geschäfte des VR tätig sind!?

Ich habe es schon am Anfang betont, bei uns ist die Arbeit des VR freiwillig. Er wird nicht für diese Arbeit bezahlt. Nehmen wir als Beispiel mich. Ich bin Staatsangestellter im Exekutivkomitee des Bezirksrats. Aber ich bin kein Volksrat. Ich gehöre zum Apparat des Volksrates. Die Volksräte werden nicht für ihre Leistungen als VR bezahlt. Mit Ausnahme der Tage, an denen er Versammlungen hat, oder wenn er eine ganz besondere Pflicht zu erfüllen hat, und er nicht zur Arbeit gehen kann, dann wird nur der Arbeitstag bezahlt. Von seinem Betrieb wird der Arbeitstag bezahlt, damit der VR die gestellten Aufgaben erfüllen kann.

In einer Rede von 1974 hat Genosse Enver Hoxha kritisiert, das Verhältnis VR und Exekutivkomitee sei teilweise bürokratisch und Volksräte würden bei Verfehlungen meist nur von oben abgesetzt. Wie hat sich das in den letzten Jahren entwikkelt?

Der Aufbau der Volksmacht bei uns sieht so aus: Der VR auf niedriger Ebene kann von einem höheren VR abgesetzt werden. Das hängt mit dem Prinzip des Demokratischen Zentralismus in unserem Staat zusammen. Jeder VR hat seine eigenen durch Gesetze garantierte Kompetenzen. Diese Kompetenzen können einem VR nicht von einem höheren Organ abgenommen werden. Im Jahr 1980 veröffentlichte unsere Partei einen sehr wichtigen Brief unter dem Titel „Die Führung der VR durch die Parteiorgane", hier wird besonders die Rolle der VR bei der Führung der Wirtschaft betont. Keineswegs darf das große Prinzip — die Volksräte kommandieren die Exekutivorgane — verletzt werden.

Die VR haben wichtige Kompetenzen auf dem Gebiet der Bildung. Sie bestimmen darüber, welche Schüler studieren dürfen, über die Einteilung der Arbeitsplätze der Werktätigen, über die Werktätigen, die in den verschiedenen Dienstleistungssektoren arbeiten, sorgen für die Verteidigung der Ruhe und Ordnung in ihrem Bereich, besonders im Kampf gegen die Kriminalität und die fremden Erscheinungen, Gesetzesverletzungen usw. In diesem Sinn verlangen die VR von allen Werktätigen ihres Zuständigkeitsbereiches Rechenschaft, auch von den Organen der Polizei.

> **„Wir haben keine Berufspolitiker"**

Diese Kompetenzen haben alle Volksräte entsprechend ihrem Zuständigkeitsbereich. Z.B. der Volksrat des Bezirks Tirana ist ein sehr großer und starker VR. Er hat eine gesunde Zusammensetzung. Dieser VR besteht aus Mitgliedern aus allen Schichten unseres Volkes, und hier haben den ersten Platz die Arbeiter.

Wie groß ist der VR und wie sieht seine Zusammensetzung aus? Wie ist die Größe in den unteren Ebenen? Wieviel Männer, wieviel Frauen usw.?

Der VR Tirana ist der größte VR der Republik. Er besteht aus 125 Mitgliedern. Die VR der anderen Bezirke sind natürlich kleiner. Dann haben wir in Tirana 10 Wohnviertel mit ihren VR. In einem VR des Wohnviertels gibt es rund 55 Mitglieder. Dann haben wir die VR der vereinigten Dörfer, es sind insgesamt 19 vereinigte Dörfer. Diese VR haben maximal 21 Mitglieder, das Minimum sind 14 Mitglieder. Die VR auf dem Dorf haben maximal 11 Mitglieder. Man muß zwischen den VR eines Dorfes, eines vereinigten Dorfes, eines Wohnviertels und eines Bezirks Unterschiede machen. Der VR des Bezirks, oder auch der eines Wohnviertels hat seine eigenen exekutiven Organe, das Exekutivkomitee mit seinen Abteilungen und mit dem Apparat.

Was unternimmt man in der Praxis, um die Massen breiter am Regieren des Landes teilnehmen zu lassen?

Der VR hat als eigene Organe die ständigen Kommissionen. Diese Kommissionen haben bestimmte Aufgaben und Pflichten, sie tagen fast jeden Monat und haben ein bestimmtes Arbeitsprogramm. Sie legen die Aufgaben selber fest, die für die Durchführung der Aufgabenstellungen des VR notwendig sind. Diese ständigen Kommissionen beschäftigen sich auch mit einzelnen Studienarbeiten oder gehen auch in andere Arbeitsbereiche und nehmen auch Kontakt mit der Leitung der Betriebe auf. Zugleich kontrollieren sie, wie dort die gestellten Aufgaben erfüllt worden sind. Aus diesen Betrieben besorgen sie sich auch Aktivisten. Alles in den Betrieben gesammelte Material legen sie der Kommission vor, die Kommission stellt dann den Kontakt mit dem entsprechenden Sektor her und verlangt Auskünfte von diesem Sektor des Exekutivkomitees. Wenn man feststellt, daß es ein beunruhigendes Problem gibt, dann behandelt er es auf der Versammlung der VR. Auf den Versammlungen des VR werden die Chefs der Abteilungen, die Leiter der Administration der Betriebe, wo die Kontrolle durchgeführt wurde sowie Arbeiter und Aktivisten zur Rechenschaft gezogen. Dieses Problem wird dort diskutiert, und dann wird beschlossen, wie es zu lösen ist.

Sind diese Kommissionen die gleichen wie die Arbeiter- und Bauernkontrollkommissionen?

Nein, es sind nicht die gleichen. Das ist eine staatliche Kontrolle, es ist die des vertretenden Organs. Die Arbeiterkontrolle ist eine noch höhere Kontrolle. Diese Kontrolle kontrolliert auch die Tätigkeit des VR, sie wird direkt von der Partei geleitet. Weil die Partei natürlich die ganze Tätigkeit der VR leitet, mit ihrer politischen Linie.

> **„Die Arbeiterkontrolle ist eine noch höhere Kontrolle"**

Was heißt das für die Praxis? Kommt es häufig vor, daß Leiter oder Verantwortliche vor den VR zitiert werden und Rechenschaft ablegen müssen und kritisiert werden?

Das Mitglied des VR beteiligt sich direkt an dieser Kommission. Die Administration wird zur Rechenschaftsablegung eingeladen. Der VR hat nur vor den Wählern Rechenschaft abzulegen. Der VR kann z.B. keine Maßnahme gegen ein Mitglied der VR unternehmen, nur die Wähler haben das Recht, Maßnahmen gegen ihn treffen zu lassen. An dieser Stelle können wir auch mal einige Rechte, die so ein Mitglied des VR als Vertreter des Volkes hat, nennen. In seiner Einheit kann ein Mitglied des VR nicht verhaftet werden, ohne zuvor abgesetzt zu werden. Er kann nur von dem höheren VR selbst abgesetzt werden. Natürlich kann er verhaftet werden, wenn er schwere Verbrechen verübt hat. Man untersucht die Verbrechen. In so einem Fall verlangt man später, nachdem man den Mann verhaftet hat, daß er abgesetzt wird.

Ich möchte noch mal auf die Wahlbeteiligung zurückkommen. Bei den Wahlen zur Volksversammlung lag sie ja bei fast 100 Prozent, bei 99,99 Prozent. In der bürgerlichen Presse nutzt man diese Wahlbeteiligung und sagt, in Albanien gibt es keine freien Wahlen, es sind ja keine Parteien zugelassen. Bei den Wahlen zu den VR wird es sicher eine ähnlich hohe Wahlbeteiligung geben. Nun ist es aber so, daß sicher nicht alle, die Wählen gehen auch mit dem Kandidaten einverstanden sind. Es gibt ja sicher einige, die wählen nur aufgrund eines gesellschaftlichen Drucks und die sich nicht trauen, offen dagegen aufzutreten. Wie ist das zu bewerten?



Natürlich kann man es nicht ausschließen, daß es bei uns Feinde gibt. Das haben die Zeit und die verschiedenen Entwicklungsstadien gezeigt. Überall gibt es Feinde. Um so mehr, weil wir von feindlichen Ländern eingekreist sind. Aber es ist ein Verdienst der Partei und der großen Einheit zwischen der Partei und dem Volk, daß der Feind nicht offen auftreten kann. Er arbeitet heimlich. Er beteiligt sich an den Wahlen und gibt sogar auch seine Stimme für die Kandidaten der Demokratischen Front ab. Das macht er, um seine Existenz zu sichern, sonst hätten ihn die Massen schon längst aufgespürt. Es ist ein großes Verdienst der Partei und des Genossen Enver Hoxha, eine so unüberwindbare Mauer geschaffen zu haben. Das hat auch die konkrete Situation gezeigt, daß sich die Feinde sogar an der Führung des Landes beteiligt haben, aber sie konnten nichts ausrichten. Jetzt gibt es bei uns eine stählerne und unzerbrechliche Einheit.

> **„In den Volksräten sind etwa 40 Prozent Kommunisten. 60 Prozent sind Frauen"**

Wenn ich z.B. etwas von mir selbst erzähle. Ich war sechs Jahre alt, als das Land befreit wurde. Die ganze Erziehung, das Universitätsstudium konnte ich dank der Partei und des Genossen Enver Hoxha genießen. Ich bin jetzt 46 Jahre alt. Bei uns gibt es keine andere Erziehung als die Erziehung durch die Partei, die hier im Land herrscht. Das trifft erst recht für die jüngeren Leute zu, die hier im Land leben. Ich weiß nicht, ob ich dir alles erklärt habe?

Ich habe noch einige Fragen. Bitte!

Wie wird die führende Rolle der Partei in den VR verwirklicht? Wie wirkt sich das organisatorisch in den VR aus?

In der Verfassung unseres Landes ist verankert worden, daß die Partei der Arbeit Albaniens die Vorhut der Arbeiterklasse und die einzige führende politische Kraft des Landes, des Staats und der Gesellschaft ist. Als einzige politische Kraft des Landes mit ihrer marxistisch-leninistischen Linie, bestimmt sie über alle Bereiche des Lebens. Natürlich gehören dazu auch die VR, die Hebel der Partei. Aber die Partei leistet keineswegs die Arbeit des Hebels. Hier wird nur die Führung der Partei realisiert. Die Staatsorgane leiten konkret das Leben in den gesetzlich verankerten Bereichen, im wirtschaftlichen, dem politischen, dem sozial-kulturellen, dem Gebiet der Verteidigung, auf dem Gebiet der juristischen Ordnung usw. Die Partei macht nicht die Arbeit der Staatsorgane, sondern führt die Staatsorgane. In den Staatsorganen arbeiten aber Kommunisten. Und die Partei und Genosse Enver Hoxha haben angewiesen, daß in den Staatsorganen ein richtiges Verhältnis zwischen den Kommunisten und den parteilosen Menschen herrscht. Das findet auch seinen Ausdruck in den VR. In den VR dominieren nicht die Kommunisten.

Wie sieht das Verhältnis Parteiloser und Kommunisten aus? Wie ist die soziale Zusammensetzung?

Es sind etwa 40 Prozent Kommunisten und 60 Prozent Parteilose. 60 Prozent sind Frauen, über 60 Prozent sind Arbeiter. Das sind gutüberlegte Verhältnisse, um den VR nicht zu bürokratisieren. Dabei sollen nicht alle Kommunisten sein. Der Kommunist kämpft in den Grundorganisationen der Partei und im VR hat er die Aufgaben eines jeden Mitglieds.

Das Prinzip — der Führung durch die Partei — wird das nur durch die Kommunisten im VR verwirklicht oder kann z.B. auch das Bezirkskomitee Tirana dem Bezirksvolksrat Tirana Direktiven erteilen?

Das findet immer durch die Führung der Partei statt. Der Parteisekretär kann ohne die Organe der Partei, ohne die Grundorganisationen der Partei keine Direktiven geben. Die Direktiven erhalten wir von den kollegialen Organen der Partei und den Plenen der Vertretenden Organe. Auch in den Kontrollen, die die Partei ausübt, leben wir Rechenschaft vor den Foren der Partei ab. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Parteisekretär ein Mitglied des VR ist. Also er nimmt dann direkt am Leben des VR teil.

Was ist das Forum der Partei, vor dem der VR Rechenschaft ablegt?

Das Plenum der Partei, das Parteikomitee oder das Büro der Partei.

(wird fortgesetzt)

Meldungen

Jetzt kommt das westdeutsche Kapital

Nach der Verabschiedung des neuen Gewerkschaftsgesetzes, das praktisch alle grundlegenden gewerkschaftlichen Rechte und Möglichkeiten aufhebt und unter Strafe stellt — und den beruhigenden Worten des Bundeswirtschaftsministers, der die „freiheitlich-demokratische" Entwicklung nach einem Besuch bei General Evren lobte, steigt nun das westdeutsche Kapital groß ins Türkei-Geschäft ein.

So will die MAN die *„derzeitige positive wirtschaftliche Entwicklung unter General Evren"* nutzen, und in das Geschäft mit schweren Lastkraftwagen in der Türkei voll einsteigen. Schon Ende 1984 soll nun ein zweites Werk der Maschinenbaufirma innerhalb der Gute-Hoffnungshütte-Gruppe zu produzieren beginnen, auch ein Motorenwerk ist geplant. Insgesamt will MAN in der Türkei 250 Millionen Mark investieren. Statt der bisher 2600 will man nun 6000 LKWs und Sattelschlepper bauen und rund 7000 Dieselmotoren, die auch an Daimler-Benz in der Türkei geliefert werden sollen.

Neben MAN wird jetzt auch die Zahnradfabrik Friedrichshafen (ZF) ein Getriebewerk bauen.

Dachverband der Gewerkschaften

In Südafrika gibt es jetzt eine Initiative zur Gründung eines einheitlichen nationalen Dachverbandes der Gewerkschaften. Ein im April stattgefundenes Treffen von unabhängigen, schwarzen Gewerkschaften beschloß die Bildung eines Gremiums zur Vorbereitung der Gründung eines nationalen Gewerkschaftsbundes.

Initiiert wurde die Versammlung von der General Worker Union, in der 90 Prozent aller Hafenarbeiter und Arbeiter des privaten Speditionsverkehrs organisiert sind, sowie von der Federation of South African Trade Unions, in der 14 Einzelgewerkschaften zusammengeschlossen sind. Sechs der zehn anwesenden Verbände, die rund 180000 bis 200000 organisierte Arbeiter repräsentieren, stimmten dem Beschluß zu. Gewerkschaften, die nicht an der Abstimmung teilnahmen, äußerten ihren Willen zur Unterstützung des neuen Verbandes.

Ihre Sorge, daß auch die anderen Gewerkschaften an diesem Projekt teilnehmen, formulierte die Zeitung „Rand Daily Mail" so: „Falls auch nur eine dieser Gewerkschaften, nämlich die CUSA (Council of Unions of South Africa), sich entschließt, daran teilzunehmen, wird der neue Gewerkschaftsverband die überwältigende Mehrheit der organisierten Arbeiter in der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung repräsentieren."

Seit 1982 gab es in Südafrika immerhin 400 Streiks und in den letzten drei Jahren über 250 Anerkennungsverträge zwischen Kapitalisten und unabhängigen schwarzen Gewerkschaften.

Ein US-Militärberater weniger

Erfolge in El Salvador

Volksregierung in befreitem Gebiet

Eine ganze Reihe von Erfolgen können die Befreiungsorganisationen von El Salvador vermelden. Trotz massiver Drohungen aus den USA und immer schärferem Kurs aus Washington gelingt es ihnen, den Herrschenden und ihre amerikanischen Helfershelfern immer größere Schläge zu versetzen. Mittlerweile sind sogar salvadorianische Industrielle mit der US-Politik nicht mehr einverstanden.

Auf dem Gelände der zentralamerikanischen Universität von San Salvador wurde ein nordamerikanischer Militärberater von Guerilleros erschossen. Der 34jährige Albert Schaufelberger, Captain der US-Marine-Infanterie, gehört zu den mindestens 50 US-Experten, die die Armee gegen die Aufständischen ausbilden. Die Volksbefreiungsstreitkräfte der FPL, eine der fünf in der „Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) zusammengeschlossenen Widerstandorganisationen gab zu dieser Aktion bekannt: *„Die im Land verbliebenen Militärberater werden in Särgen in die Vereinigten Staaten zurückkehren".*

Während das von den US-Experten ausgebildete Elite-Bataillon „Atlacl" und Tausende anderer Regierungssoldaten weiterhin ihre brutalen, mörderischen Einsätze durchführen, wird in der Provinz Chalatenango bald eine Volksregierung gebildet. Über einen Sender der Befreiungsbewegung wurde bekanntgegeben, daß ein Volksrat gebildet würde, der sich aus Vertretern der Befreiungsbewegungen in Chalatenango, aus linksgerichteten Politikern und Pfarrern und Nonnen zusammensetzen soll. *„Wir bauen die Volksmacht auf"*, hieß es in der Sendung. Somit sind ganz offensichtlich — denn selbst die bürgerliche Presse bringt diese Meldungen — weitere Gebiete den Herrschenden entrissen worden.

Und unter diesen gibt es auch immer mehr Widersprüche. So hat sich jetzt auch die Vereinigung der salvadorianischen Kaffee-Exporteure und -produzenten gegen eine „Nordamerikanisierung" des Konflikts in El Salvador ausgesprochen.

In der Versammlung der stärksten Wirtschaftsgruppe des Landes wurde kritisiert, daß inzwischen auch alle landwirtschaftlichen Entscheidungen direkt von den USA getroffen werden. Der wirkliche Grund für diese Stellungnahme der Kaffeekapitalisten dürfte sein, daß die gezielte Sabotagetätigkeit der FMLN allein in den letzten zwei Monaten die Kapitalisten 30 Millionen Dollar gekostet haben dürfte. Da überlegen die sich natürlich, wie lang sie noch mit ihren Freunden zusammenarbeiten.

Die USA selbst sind weiter auf hartem Kurs. So schloß jetzt der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes, nicht aus, daß die USA auch Truppen nach Mittelamerika entsenden. Für den Einsatz von US-Einheiten hatten sich schon der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses Barry Goldwater und der Befehlshaber der US-Streitkräfte in Panama, General Nutting, ausgesprochen.

Bekannt wurde auch in den letzten Wochen, daß die USA die Krisenregion sowohl mit Aufklärungsmaschinen des Typs AC-130 als auch mit dem „Frühwarnsystem" AWACS überwachen. Die Flüge über El Salvador wurden mittlerweile auch von Washington bestätigt.

Die Bevölkerung der USA ist allerdings immer weniger mit dem Kurs der Reagan-Administration einverstanden. In einer jüngsten Meinungsumfrage der „Washington Post" sprachen sich drei Viertel der Befragten gegen eine vom US-Präsidenten befürwortete höhere Militärhilfe für El Salvador aus. 78 Prozent der Befragten lehnten auch eine mögliche US-amerikanische Unterstützung zum Sturz der nicaraguanischen Regierung ab.

Proteste auch in Israel

Vor einem Jahr marschierten die Zionisten in den Libanon ein



Opfer des israelischen Terrors

Vor einem Jahr, am 6. Juni, drangen die zionistischen Truppen Israels in den Libanon ein. Mit Luftwaffen- und Artillerieangriffen bombardierten sie das Land, die Hauptstadt Beirut wurde mit einem mörderischen Bombenteppich belegt, die palästinensische Bevölkerung im Libanon war das Hauptangriffsziel.

Höhepunkt dieser „Friedensaktion" Menachim Begins waren die Massaker in den Lagern von Sabra und Shatila, wo Tausende kaltblütig ermordet wurden.

„Befriedet" wurde nichts. Der Libanon ist zerrissener denn je, im Süden stehen weiter die Israelis, die westlichen Großmächte stehen im Land, zu allem anderen können die Feinde des palästinensischen und libanesischen Volkes noch auf die Zerstrittenheit im arabischen Lager bauen.

Doch der Widerstand besteht weiter. Nicht nur bei den Palästinensern, auch in Israel sind in diesen Tagen Hunderttausende gegen die Kriegspolitik Begins auf die Straße gegangen und forderten den Rückzug der israelischen Truppen.

Aus der IG-Bau-Steine-Erden-Zeitung „Der Grundstein":

Streik der Bauarbeiter in Chile

Nicht einmal ein Kilogramm Brot und ein Kilogramm Zukker können sich chilenische Bauarbeiter von ihrem Lohn am Tage leisten, wenn sie nach mindestens zwölfstündiger Schufterei in ihre Hütten zurückkehren. Um ihre Lage zu verbessern, traten am 17. November 1982 etwa 1500 Arbeiter bei der Compagnie de Construction Internationale (CCI) in den Streik. Die CCI ist eine der vier multinationalen Gesellschaften, die am Bau des Wasserkraftwerks Colbún-Machicura, ca. 300 Kilometer südlich von Santiago de Chile, beteiligt sind. Der Generalsekretär des Internationalen Bundes der Bau- und Holzarbeiter (IBBH), John Löfblad, und sein Assistent besuchten kürzlich Chile, um sich über die dortigen Verhältnisse und über diesen Streik zu informieren.

Von den chilenischen Gewerkschaftsführern, deren Organisation — die illegale Gewerkschaft CNS — hinter diesem Streik steht, erfuhr die IBBH-Delegation wichtige Einzelheiten. José Villegas, der amtierende Vorsitzende der CNS, erläuterte die Forderungen der Gewerkschaft.

Diese bestanden darin, eine 25prozentige Erhöhung der Bezahlung für die niedrigen Lohngruppen und eine siebenprozentige Erhöhung für die höher bezahlten Beschäftigten zu fordern. Die CCI war aber nur bereit, 45 Prozent der Arbeitnehmerforderungen zu erfüllen. Zudem verlangte sie, daß die neuen Sätze drei Jahre lang in Kraft bleiben sollten. Und dies bei einer Inflationsrate, die zur Zeit bei etwa 20 Prozent liegt.

Die Bauarbeiter arbeiten auf dieser Baustelle 12 Tage nacheinander, dann haben sie zwei Tage frei. Sie arbeiten abwechslungsweise an einem Tag 12 Stunden, am nächsten Tag 14 Stunden. Mindestens zwei Todesfälle, einer durch Typhus, einer durch Leberentzündung, sollen durch die Nachlässigkeit der Gesellschaft verursacht worden sein.

Die Arbeitnehmer lehnten das Angebot der Baugesellschaft ab und nahmen den Streik wieder auf, den sie zunächst Ende November 1982 beendet hatten. Die CCI entließ 100 Beschäftigte, darunter sämtliche Gewerkschaftsvertreter. Sie versuchte, auswärtige Arbeitskräfte einzustellen, um den Streik zu brechen.

Als sich die IBBH-Delegation Ende März 1983 in Chile aufhielt, befanden sich 900 der 1500 Arbeitnehmer noch immer im Streik, der zu diesem Zeitpunkt schon 75 Tage dauerte.

Um den Betrieb einigermaßen aufrechterhalten zu können, hat die Baugesellschaft versucht, neue Arbeitskräfte anzuheuern. Im Gegensatz zu den streikenden Arbeitnehmern sind die neueingestellten Bauarbeiter unqualifiziert, was schon vermehrt zu Unfällen geführt hat.

Die Baugesellschaft CCI ist zu gleichen Teilen im Besitz von fünf französischen Bauunternehmen. Sie scheint eine Vorliebe für Diktaturen zu haben, denn sie ist außer in Chile auch in Südafrika und Argentinien tätig. Neben der CCI sind noch drei weitere internationale Firmen am Bau des Wasserkraftwerks Colbún-Machicura beteiligt.

John Löfblad versprach den Arbeitern, daß der IBBH alles unternehmen werde, um Druck auf die Baugesellschaft CCI in Frankreich auszuüben und konkrete Hilfe für die Arbeiter zu organisieren. Die IBBH-Delegation überreichte den chilenischen Kollegen 1000 US-Dollars, neben den bereits überwiesenen 5000 US-Dollars.

Der IBBH will

- eine Sammlung bei allen IBBH-Mitgliedsorganisationen, zu denen auch die IG Bau-Steine-Erden gehört, in Industrieländern für die streikenden Arbeiter der CCI und ihre Familien durchführen,
- bei der IAO (Internationale Arbeitsorganisation, eine Sonderorganisation der Vereinten Nationen) eine Beschwerde gegen die CCI einreichen.



Massenverhaftungen gab es in Chile wieder nach „dem Tag des nationalen Protestes" am 11. Mai dieses Jahres

Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

Tatsachen aus der Türkei

Liebe Freunde!
General Evren habe für Ruhe und Ordnung gesorgt in der Türkei. So hört man bei uns im Radio und Fernsehen. Was das für die Bevölkerung bedeutet, wollen wir anhand dieses Berichtes aufzeigen. Der Bericht handelt von einer kurdischen Familie, die bei Karaman-Maras lebte. Karaman-Maras ist die Stadt, in der die faschistischen „Grauen Wölfe" — die Freunde Evrens — 1978 ein verheerendes Blutbad unter der Bevölkerung angerichtet haben.

Zur Familie. Alis Vater lebt seit über 10 Jahren in Deutschland. Ali selber seit etwa 8 Jahren hier in Berlin. Und sein Onkel lebt mit seiner Familie eben bei Karaman-Maras in einem kleine Dorf, Davatlar. Genauer, er lebte. Denn:

Alis Vetter muß seit 1979 mit seinen Kindern und seiner Frau illegal in der Türkei leben, aus politischen Gründen. Ein anderer Vetter befindet sich im berüchtigten Gefängnis Metris in Istanbul. Ein weiterer Sohn von Alis Onkel war früher Mitglied in einem Dorfverein und kam deswegen für eineinhalb Jahre ins Gefängnis.

Als dieser Ali Yagbasan aus dem Gefängnis in sein Dorf zurückgekehrt war, kamen jeden Tag zu ihm und seiner Familie Soldaten, um von ihnen über den Verbleib des illegal lebenden Bruders zu erfahren. Ständig Folter durch die Soldaten. Seit einem Jahr ist Ali Yagbasan untergetaucht. Alis Frau und sein Kind lebten weiter im Dorf. Die Soldaten folterten weiter: Den 75jährigen Vater, die 65jährige Mutter und den kleinen Bruder. Jeden Tag. Dann wurde der Vater aus dem Dorf ausgewiesen und mußte in eine andere Stadt. Nach einem Jahr holte Ali seine Frau und sein Kind aus dem Dorf und lebt mit ihnen nun in der Illegalität.

Nach einer Woche kamen wieder Soldaten und ließen im Dorf die ganze Bevölkerung sich sammeln (etwa 1000 Menschen). Es kam zu brutaler Folter gegen die Bevölkerung. Alis Mutter mußte sich vor allen Leuten nackt ausziehen. Auch sie kam dann in die Stadt. Die Folter ging weiter.

Heute sind Alis Vater und seine Mutter durch eine neuartige Foltermethode blind. Sein jüngerer Bruder kann kaum noch sehen.

Und die Folter geht weiter.
Tatsachen aus der Türkei!
Nieder mit der faschistischen Junta in der Türkei!
Ali und Harald

Leser antwortet Leser

Lieber Andreas.
Auf Deine Frage im „Roten Morgen" 22/83 „warum ist Stalin mit auf dem RM?" möchte ich Dir als Altgenosse seit 1948 gerne eine Antwort geben.

Die kommunistische Weltbewegung auf der Grundlage der in sich geschlossenen Weltanschauung des Marxismus-Leninismus und der Name als auch die Persönlichkeit Stalins sind untrennbar miteinander verbunden.

Die historische Bedeutung des Genossen Stalin beruht in seiner Unbestechlichkeit als Testamentsvollstrecker des Leninschen Vermächtnisses. So empfehle ich Dir z.B. das Studium des Werkes Lenins, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" und aus diesem Werk, zur Erleichterung, die zwei Artikel über den Kapitalexport und Parasitismus und Fäulnis des Kapitalismus.

Der Genosse J.W. Stalin nun, war maßgebend beteiligt an der Schaffung der proletarischen Kampfpartei der Bolschewiki, die erst die Voraussetzung schuf für die Verwirklichung der Leninschen These von:

„Ohne revolutionäre Theorie, kann es auch keine revolutionäre Bewegung geben. (...) Die Rolle des Vorkämpfers kann nur eine Partei erfüllen, die von einer fortgeschrittenen Theorie geleitet wird." (Lenin, Was Tun?) Solch eine Partei, lieber Andreas, ist eben notwendig und maßgebend für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in ihrer imperialistischen Phase. Diese Partei ist dann auch notwendig für den Aufbau des Sozialismus in der Phase der Diktatur des Proletariats, deren Notwendigkeit z.B. von den Revisionisten geleugnet wird, die aber unabänderlicher Bestandteil der Strategie unserer Partei, der KPD, ist.

In der Beantwortung Deiner Frage stellen wir weiterhin fest, daß selbst Chruschtschow durch das Auslöschen der Betonung Bolschewiki im Parteistatut, (worauf wir in diesem Rahmen nicht näher eingehen können) als auch durch seine schmutzigen Beschuldigungen Stalins auf dem XX. Parteitag seiner KPdSU das Andenken des Genossen Stalin in der deutschen als auch der weltweiten kommunistischen Bewegung nicht besudeln und auslöschen konnte.

So war z.B. nicht die ideologische Auseinandersetzung zwischen den modernen Revisionisten und den Vertretern der sogenannten Mao-Tsetung-Ideen der Anlaß zur ideologischen und letztlich organisatorischen Spaltung der internationalen als auch der deutschen Kommunistischen Parteien, in deren stürmischen Auseinandersetzungen selbst unter den schwierigen Bedingungen der Illegalität sich eben auch unsere Partei, die KPD/ML — KPD als die notwendige Kontroverse zu der DKP gründet. Diese DKP, deren Mitgliedschaft ich z.B. ablehnte, mußte immerhin drei Parteiprogramme vorlegen, bevor sie als eben entschärfte sogenannte Arbeiterpartei legal zugelassen wurde.

Lieber Andreas!
Die Werke des Genossen Stalin also, und nicht irgendein Personenkult verpflichten uns Kommunisten, die Werke des Genossen Stalin als scharfe Waffe unserer Partei zu handhaben und vor allen Bemühungen, sie der KPD als organisierte Vorhut, zu entschärfen oder gar zu entreißen, zu bewahren.

Befasse Dich bitte mit dem von der Partei 1971 herausgegebenen Band 1 J.W. Stalin. In dem darin enthaltenen Vorwort wird Deine Frage eingehend beantwortet.

Mit Deiner Frage nach der Bedeutung des Genossen J.W. Stalin, der Schulung seiner Werke und eben der Reinhaltung seines Namens und seiner Person ist eben auch, wie schon in der Geschichte der KPD vor dem und unter den Bedingungen des Verbots als auch in der heutigen Periode die Einheit und die Existenz unserer bolschewistischen Kampfpartei als Vorhut der Bewegung der Arbeiter und der Werktätigen und ihrer Kampfpartei, der KPD, verbunden.
Rot Front aus Kiel

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Alles wird teurer, nur der „Rote Morgen" nicht. Diese wundersame Erscheinung hat ihre Ursache darin, daß der Herausgeber der Zeitung, die KPD, das große Defizit für ihre kommunistische Wochenzeitung abdeckt.

Mehr als das zweifache des Verkaufspreises von 1 DM kostet ein Exemplar des „Roten Morgen", wenn man alle echten Kosten einrechnet. Diese beginnen bei den Löhnen für die Redakteure und andere Mitarbeiter des Verlages, umfassen die Ausgaben für Zeitungsabos und Fachliteratur für die Redaktion, die anteiligen Büromieten, Heizungs-, Strom- und Telefonkosten, die für die Arbeit am „Roten Morgen" aufgebracht werden müssen. Weitere Kostenfaktoren sind Verpackungsmaterial und Portokosten, die EDV-Buchhaltung — und natürlich nicht zuletzt die Satz-, Repro- und Druckkosten.

Eine eigentlich notwendige drastische Preiserhöhung kann abgewendet werden, wenn es gelingt, das zur Zeit bestehende Defizit, die „Subvention" des „Roten Morgen", durch die Partei zu senken. Der beste Weg wäre eine enorme Auflagensteigerung. Politisch sicherlich und auch ökonomisch der beste Weg. Doch die bevorstehenden Sommermonate und die realistische Einschätzung des „Marktes" lassen diesen Weg als den einzigen nicht als sehr erfolgreich erscheinen. Darum wollen wir über eine Spendenkampagne alle Genossen, Freunde und Leser des „Roten Morgen" auffordern mitzuhelfen, das Defizit des RM um 30000 DM zu reduzieren. Damit eine Preiserhöhung verhindert wird, und der notwendigen Verbreitung des „Roten Morgen" nicht die „2-DM"-Hemmschwelle entgegensteht.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

**Spenden bitte überweisen an die:
KPD 4600 Dortmund 30, Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467**

Zu nebenstehendem Zeitungsausschnitt schickte uns unser Leser W.K. aus Essen das folgende Gedicht. Die Meldung stammt aus der „Neuen Rhein/Ruhr-Zeitung" vom 28. Mai 1983.

Heil Dir im Siegerkranz, nimm was Du kriegen kannst!

28. Mai 83

Wörner kann neue Wünsche Weinbergers nicht erfüllen

NRZ-Nachrichtendienst
Bonn. Mit weiterem Entgegenkommen Bonns bei militärischen Ausgaben kann US-Verteidigungsminister Weinberger nicht rechnen, wenn er am Montag zu einem Besuch in die Bundesrepublik kommt. Verteidigungsminister Wörner sagte gestern, in einer Zeit, da alle Opfer bringen müssen, könne auch die Verteidigung nicht von Einsparungen ausgeschlossen werden. So ist die Nato-Forderung nach einer jährlichen dreiprozentigen realen Steigerung der Verteidigungsausgaben 1984 auch für die Bundesrepublik unerfüllbar. Im Blick auf Weinbergers Besuch hat Wörner auch darauf verwiesen, daß er die neue US-Forderung nach Bereitstellung weiterer 80000 Reservisten nicht erfüllen kann.

Im I. Weltkrieg:
gab man den Kaiserlichen
Gold für Eisen
10 Millionen Tote, 20 Millionen Verwundete
und Elend fürs Volk blieb zurück.
Der Kaiser, finanziell gedeckt,
war weg.

Im II. Weltkrieg:
sammelten die Nazis
für und bis zum totalen Krieg.
Das Ende: Die Niederlage
der braunen Herrscher war klar.

Im US-Vietnam-Krieg:
nahm Nixon
mit beiden Händen die D-Mark
die man ihm gerne gab.
Sieger war aber
das Volk Vietnams.

Und heute:
Soll mehr als je
der Dollar mit der D-Mark,
wie sollte es anders sein,
für den atomaren Rüstungswahn
in Zahlung gehen.
Noch sagt man nein zu dem mehr,
aber in Treue zum US-Bündnis
Kann es auch zu einem beeiligten ja werden

Zieht man Bilanz
aus all dem Geschehen:
imperialistisches Kriegstreiben
muß in Verdammung gehen.
Der Kampf der Völker
nach ihrer Freiheit gleich Frieden
um das zu erkämpfen
ist Menschenrecht.

Mit freundlichen Grüßen
W.K.
Essen

Leserbeitrag aus Lüneburg

Sozialabbau bei den Heimen

Verschlechterung der Arbeitsbedingungen — Betriebliche und gewerkschaftliche Gegenwehr

Zur Diskussion gestellt

wird dieser Beitrag eines Lesers aus Lüneburg. Vor allem natürlich diejenigen unserer Leser, die ebenfalls in diesem Bereich tätig sind, sind aufgefordert, hierzu Stellung zu nehmen. Wir meinen, daß eine solche Diskussion nützlich sein kann, um örtlichem Widerstand bzw. gewerkschaftlichen Aktivitäten einzelner Gruppen mehr Richtung zu verschaffen.

Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise wird im sozialen Bereich gekürzt, obgleich in Zeiten wirtschaftlicher Rezession sich die sozialen Probleme verschärfen und damit der eigentliche Bedarf nach sozialen Leistungen (trotz Pillenknickideologie) steil ansteigt. Dies gilt auch für den Heimbereich. Damit entzieht sich der Staat immer mehr seinen gesetzlichen Verpflichtungen gegenüber denjenigen Kindern und Jugendlichen, die besonders auf Schutz und Fürsorge angewiesen sind. Der Kampf für die Verbesserung der Lage dieser Kinder und Jugendlichen muß daher von den in den Heimen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen in Zusammenarbeit mit ihrer Gewerkschaft gegen die staatlichen Sparmaßnahmen geführt werden.

Schon lange sind die staatlichen Stellen von gesellschaftlichen Reformansätzen in der Heimpädagogik abgerückt und zu einer umfassenden Strategie der Demontage übergegangen. Immer augenscheinlicher stützen sich die Sparpolitiker und Verwaltungs„fachleute“ auf alt hergebrachte, konservative Erziehungsideologien wie Abhärtung, Disziplin, Pflichtgefühl usw. Dies dient ihnen auch dazu, ihre Maßnahmen der „Kostenminimierung“ vor den Kritikern zu rechtfertigen. Angesichts dieser Tatsache können wir uns nicht auf Abwehrkämpfe gegen die in Zahlen ausgedrückten Kosteneinsparungen beschränken, sondern müssen die Zurückdrängung rückschrittlicher Erziehungsziele einbeziehen, die nach der „politischen Wende“ wie Pilze aus dem Boden schießen.

Gegenreform

Es kommt vor allem darauf an, die Kollegen aufzuklären, damit sie nicht resignieren oder sich gar anpassen.

Aber auch die Kritik an den bestehenden Verhältnissen in den Heimen darf nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Nicht jede Reform ist eine Verbesserung. Durch manche Entscheidung wurde die Situation schlechter als vorher. Dafür gibt es abschreckende Beispiele. Es kommt vor, daß Kollegen an der Sparschraube mitdrehen, ohne daß sie es merken. So erkauft sich so mancher Erzieher die pädgogischen Vorteile der Wohngruppenarbeit mit einer Verschlechterung seiner Arbeitsbedingungen, was auf die Dauer gesehen, nicht ohne Rückwirkung auf seine pädagogische Leistungskraft bleibt. Es ist altbekannt, daß die Arbeitgeber das pädagogische Engagement und das Verantwortungsbewußtsein der Erzieher für die Kinder als effektivsten Kosteneinsparungsfaktor in ihre „Wirtschaftlichkeitsrechnung“ einbeziehen. So spart man beispielsweise Personalkosten für Vertretungskräfte.

Je härter die Heime durch die Wirtschaftskrise getroffen werden, desto größer ist die Gefahr, daß die Lasten auf die Beschäftigten abgewälzt werden. Die gesetzlichen Kürzungen treffen die Heime zum Teil in ihrer Existenz. Das BSHG wird gekürzt, es wird von FE nach FEH geschoben, die Belegungsausfallquote wird gesenkt, die Pflegesätze werden nicht mehr der jährlichen Teuerung entsprechend erhöht, Renovierungen müssen aufgeschoben oder verschmerzt werden, das Taschengeld für Jugendliche wird gekürzt, Gelder für pädagogische Mittel werden gestrichen, Ausflüge und Fahrten sind nicht mehr drin, bei der Verpflegung wird gespart usw. usf. Für manches Heim ist die finanzielle Aushungerung nur noch eine Frage der Zeit. Hinzu kommt der überall um sich greifende Belegungsrückgang. Die eine Belegung genehmigenden, veranlassenden und finanzierenden Stellen sind angewiesen, Einweisungen knapp zu halten. Eltern werden zu höheren Selbstbeteiligungsbeiträgen herangezogen. Kaum einer kann sich mehr eine Heimunterbringung leisten, weil sie zu teuer wird. Am „attraktivsten“ sind dann die Heime mit den niedrigsten Pflegesätzen. Ob das pädagogische „Angebot“ ebenso attraktiv ist, bleibt dahingestellt.

Aber das ist bei den Sparpolitikern nicht so wichtig, man ist überzeugt, daß es eben auch billiger geht. Wer seine Heimplätze am kostengünstigsten anbietet, ist konkurrenzfähig und bekommt das Kind bzw. den Jugendlichen. Da kann sich jeder Träger glücklich schätzen, wenn es ihm ohne Widerstand gelingt, die tariflichen und gesetzlichen Rechte der im Heim beschäftigten Arbeitnehmer zu unterlaufen. Schließlich sind die Personalkosten für qualifizierte Fachkräfte der größte Kostenfaktor. Um ihren Arbeitsplatz zu erhalten, nehmen viele Kollegen eine Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen in Kauf. Sie mögen sich vielleicht mit dem Gedanken trösten, daß es in anderen Heimen mit den Arbeitsbedingungen noch viel schlechter bestellt ist. Spätestens hier wird deutlich, wie wichtig die Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen und der Schutz humaner Arbeitsplätze in humanen Einrichtungen in Krisenzeiten geworden ist. Immer noch gibt es Kollegen, die der Meinung sind, die Interessen der Kinder kommen zu kurz, wenn sie beim Arbeitgeber ein berechtigtes Eigeninteresse geltend machen.

Der Heimerzieher muß sich darüber bewußt werden, daß die Wahrnehmung seiner Rechte als Arbeitnehmer auch im Interesse der Kinder sein kann. Eine Stärkung der Solidarität unter den Erziehern ermöglicht eine stärkere Position bei der Vertretung der Interessen von Kindern und Jugendlichen. Ein überlasteter Erzieher nützt den Kindern gar nichts. Durch die Abwehrmaßnahmen gegen die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen im Heim wird gleichzeitig die soziale, pädagogische und ökonomische Demontage der Heimerziehung erschwert.

Entlassungen in Heimen

Jede Diffamierung von gewerkschaftlichen Bestrebungen der Beschäftigten muß daher entschieden zurückgewiesen werden. Nicht die Betroffenen sind für die Misere verantwortlich, sondern die jetzige Regierung, die mit ihren Maßnahmen den Klassenkampf von oben betreibt.

Es wird rücksichtslos rationalisiert, soziale Leistungen werden gekürzt bzw. gestrichen, tarifliche Verträge werden mißachtet, Stellen werden nicht wieder besetzt, Eingruppierungserhöhungen sind nicht mehr in Aussicht, eher ist eine Abgruppierung zu befürchten, Fehlverhalten der Heimleitungen: all das geht zu Lasten der Betroffenen.

Unter allem, was den Beschäftigten an Sparmaßnahmen zugefügt wird, ist der Verlust des Arbeitsplatzes das Schlimmste. Immer häufiger bedeutet dies soziale Deklassierung bis hin zur Vertreibung aus dem Arbeitsleben. Daß sich 30 Erzieher vergeblich um eine Stelle bewerben, ist keine Seltenheit. Meistens scheitert der Einstieg in das Berufsleben vorher schon durch Mangel an Ausbildungsplätzen. Praktikanten werden bevorzugt als billige Arbeitskräfte eingesetzt, die man nach einem Jahr entlassen kann. Die Stammbelegschaft läßt man damit allein fertig werden.

Immer schneller breitet sich der Personalabbau aus. Hier ist es mal die Nähstube, dort die Küche, die Hauswirtschaft oder die Wäscherei, die privatisiert wird, oder den Gruppen wird eine Waschmaschine in die Ecke gestellt. Zuerst trifft es die Arbeiter der unteren Lohngruppen.

Der Personalschlüssel wird so knapp gehalten, daß kaum noch für Bildungsurlaub, Kur, Fortbildung, Krankheit oder Urlaub vertreten werden kann. In letzter Zeit häufen sich die Heimschließungen. Eine genaue Zahl ist nicht bekannt. In vielen Heimen wird kurzgearbeitet (z. B. in Kurheimen), um das Personal vor Massenentlassungen zu bewahren. In vielen Fällen bedeutet die Kurzarbeit jedoch den letzten Schritt vor der Schließung. Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertretungen sind aufgefordert, in diesen Fragen rechtzeitig und umfassend mit den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten, um die Kollegen durch Kampfmaßnahmen in der Öffentlichkeit, durch Ausnutzung des Initiativrechts bei Kurzarbeit, beim Aushandeln von Betriebs- und Dienstvereinbarungen, aber auch bei Anwendungen der Rationalisierungsschutzabkommen und beim Aufstellen von Sozialplänen sowie Ausnutzung des Kündigungsschutzgesetzes zu schützen.

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit im Heimbereich darf sich nicht auf betriebliche Ebene beschränken. Zwar ist es hier und da möglich, Vorhaben des Trägers „vor Ort“ aufzuhalten, abzuschwächen oder zu verhindern, auf der anderen Seite aber können wir das bundesweite Fehlverhalten und die überregionalen Versäumnisse in der Sozialpolitik nur durch bundesweite gesellschaftspolitische, gewerkschaftliche Aktivitäten bekämpfen.

Bessere Informationen werden hinsichtlich ökonomischer Berechnungen und personeller Bemessungen benötigt, um Argumentationshilfen zur Hand zu haben. Als Bemessungsgrundlage können gesetzliche und arbeitsrechtliche Orientierungsdaten wie BAT (Bundesangestelltentarif), Heimrichtlinien, AZO (Arbeitszeitordnung), und Beurteilungsverfahren nach dem Dienstrecht herangezogen werden. Als finanzielle Orientierungsdaten lassen sich Haushaltspläne und Stellenpläne verwenden.

Zu den inhaltlichen Fragen findet man etwas in den Arbeitsplatzbeschreibungen, in den verschiedenen Heimkonzeptionen, den KGST-Gutachten, den Jugendplänen usw.

Die Gewerkschaften haben zu all diesen Fragen Forderungen aufgestellt, die sich jeder Kollege zu eigen machen sollte.

Nur so ist man als Betroffener in der Lage, Auswirkungen von Maßnahmen vorauszusehen. Wenn es um den Erhalt unserer Arbeitsplätze geht und damit um die soziale Sicherung im Heimbereich, brauchen wir das volle Mitbestimmungsrecht, damit nicht über unsere Köpfe hinweg entschieden werden kann.

Gewerkschaftliche Forderungen

Auch in Fragen der Arbeitsbelastung von Erziehern hat die Gewerkschaft konkrete Forderungen auf den Tisch gelegt. Hierzu gehören:

- Begrenzung der Lebensarbeitszeit auf 55 Jahre;
- 6 Wochen Urlaub;
- 1/2 Jahr Regenerationszeit nach fünf Jahren Dienstzeit;
- Ausstiegsmöglichkeit aus dem Schichtdienst ab 45 Jahren;
- Abbau von Bereitschaftsdienst und Nachtarbeit;
- Mitbestimmung bei der Dienstplangestaltung;
- Verbot von Überstunden bzw. Mitbestimmung durch Betriebs- und Personalräte;
- Reformierung der AZO;
- 10 Stunden für Vor- und Nachbereitungsarbeiten;

Aktuell ist die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung durch die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.

Da hinter der Arbeitzeitverkürzung die Auseinandersetzung um das grundsätzliche Verständnis von Heimerziehung steckt, wird dieses Thema unter den Kollegen kontrovers diskutiert. Es gibt nicht wenige Kollegen, die die Meinung vertreten, es müsse derselbe Mensch sein, der die Kinder aufstehen läßt und wieder ins Bett bringt und auch derselbe, der nachts kommt, wenn jemand weint oder krank ist. Mit anderen Worten: Mit der Einhaltung einer generellen 35-Stunden-Woche würden grundlegende Bedürfnisse der Kinder, die im Heim leben, mißachtet.

So leicht läßt sich die 35-Stunden-Woche jedoch nicht vom Tisch fegen. Schon damals bei der Einführung der 40-Stunden-Woche wurden ähnliche Vorbehalte gemacht. In den letzten zehn Jahren haben sich die Arbeitsbelastungen von Erziehern erhöht durch die Intensität der Arbeit. Heute leistet ein Erzieher in 40 Stunden mehr als früher einer in 45 Stunden. Er braucht also mehr Zeit, um seine Arbeitskraft wieder fit zu kriegen. 35 Stunden sind daher genug. Viele Erzieher sitzen ohne Arbeit auf der Straße, während die anderen Überstunden und Mehrarbeitsstunden leisten.

Die 35-Stunden-Woche kann dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen und die Arbeit gerechter zu verteilen.

Kollegen mit 100 Überstunden sind keine Seltenheit. Meistens gibt es dann Schwierigkeiten, sie abzubummeln, weil keiner zur Vertretung da ist. Teilweise werden Mehrarbeit und Überstunden gar nicht angemeldet, geschweige denn abgegolten. So manche Vor- und Nachbereitungsarbeit wird in der Freizeit erledigt.

Manchmal fehlt sogar die Gelegenheit zur Erholungspause, handelt es sich doch vielfach um unaufschiebbare Tätigkeiten, die sich nicht nach einer Pause oder für den nächsten Tag festsetzen lassen können. Schließlich haben wir es mit Menschen zu tun, die man nicht mal für eine Pause abschalten kann wie eine Maschine. Es müßten also mehr Erzieher eingestellt werden.

Gruppengrößen und -veränderungen

Schneller einig sind sich Erzieher über die Forderung nach einer Verringerung der Gruppenstärke. Hier ist bei Entlastung des Personals ein pädagogischer Vorteil für das Kind im Kollektiv und als Individuum offensichtlich gegeben. Bei Belegungsrückgängen braucht so schnell keiner entlassen werden. Dies würde die Abschaffung des rein rechnerischen Personalbemessungsverfahrens nach belegten Plätzen bedeuten, eben zugunsten der für die Heilpädagogik unerläßlich notwendigen Personalbemessung nach dem Gruppenprinzip.

8—10 Kinder pro Gruppe sind genug. Angesichts des zunehmenden Schwierigkeitsgrades der Kinder und Jugendlichen ist diese Zahl gerechtfertigt, um den Kindern wie den Erziehern gerecht zu werden. Zu große Gruppen bedingen eine Beeinträchtigung der Qualität pädagogischer Arbeit. So weit wie möglich sollten auch die Erzieher einer Gruppe über die Zusammensetzung der Kinder mitentscheiden, denn Erzieher wie Kinder sollen ja auch miteinander auskommen.

In diesem Zusammenhang muß man auch das Problem der Versetzung von Kollegen sehen. Hier sollten Entscheidungen ebenfalls demokratisch getroffen werden, notfalls unter Zuhilfenahme des Betriebsrats.

Viel tragischer ist die Versetzung eines Kindes oder Jugendlichen von einer Einrichtung in die andere. Die pädagogische Sinnlosigkeit dieses Hin- und Hergeschiebes liegt auf der Hand. Ein Heimwechsel ist in gewissem Grade notwendig und verantwortbar, sollte aber auf einem Minimum beschränkt bleiben. Dies würde auch die Arbeit der Erzieher etwas erleichtern. Zu entwirren wäre auf jeden Fall der komplizierte Verwaltungsapparat. Zuviel Verwaltung geht zu Lasten aller Betroffenen. Es wäre wirklich sinnvoller, einen oder nur wenige Kostenträger zu haben. Per Gesetzgebung könnte der Staat hier einiges reformieren, stattdessen zieht er sich immer mehr aus seiner Verantwortung zurück. Sicherlich spricht vieles dafür, private Träger zu fördern. Öffentliche und private Träger sollen sich ergänzen, sich aber nicht ersetzen oder gar auf dem Rücken der Betroffenen gegeneinander konkurrieren. Wir kennen die Gefahren der Privatisierung verschiedenster Bereiche des öffentlichen Dienstes (Krankenhäuser, Stadtreinigung usw.) und sollten daher auch im Heimbereich wachsam sein, daß die öffentliche Erziehung nicht beschnitten wird.

In den letzten Jahren sind eine Reihe positiver Alternativen im Vorfeld der Heimerziehung entwickelt worden. Dies hat aber auch in vielen Fällen dazu geführt, daß die Kinder und Jugendlichen erst mit zunehmendem Alter ins Heim kommen, was die Heimpädagogik vor neue Probleme stellt. Meistens handelt es sich um Jugendliche, die bereits einige Einrichtungen „hinter sich“ haben und entsprechend voller Probleme stecken. Eine Pädagogisch sinnvolle Arbeit setzt voraus, daß die Jugendlichen sich geborgen und angenommen fühlen. Dies bedeutet für die Erzieher eine schwere Aufgabe, denn bereits während oder nach der Berufsausbildung muß der Jugendliche das Heim verlassen und kann auf weitere Hilfe nicht mehr hoffen. Hier müßte sich also einiges ändern!

Wird bei den geschlossenen Heimen gespart, so wird die Trennungslinie zum Jugendknast bald nicht mehr erkennbar sein. Die Bemühungen um eine Reintegration wird den in geschlossenen Heimen beschäftigten Kollegen noch weiter erschwert. Viele Jugendliche haben sich bereits mit ihrer Lage abgefunden und sind resigniert. Die geschlossenen Einrichtungen sind nicht nur für die Jugendlichen letzte Haltestelle vor der Endstation, sondern auch Krisenbarometer für die Heimerziehung insgesamt. Hier zu sparen ist kriminell. So muß das auch der Öffentlichkeit deutlich vor Augen geführt werden. Der Öffentlichkeit muß in eindringlicher Weise bewußt gemacht werden, daß die Kinder in diesem Land immer schlechtere Lebensbedingungen vorfinden und unserer Hilfe bedürfen durch zusätzliche Fachkräfte.

Die Heime in der Bundesrepublik Deutschland müssen heute mehr denn je Kinder und Jugendliche mit besonderen Störungen, Behinderungen und Schädigungen aufnehmen. Speziell in den staatlichen Heimen sind daher im Rahmen der Jugendhilfe die Voraussetzungen sozial- und heilpädagogischer Hilfen zu schaffen und zu vervollkommnen.

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 23, 10 Haziran 1983 | Yıl: 17 | 1 DM

Arnavutluk SHC'de Halk Meclisi seçimleri

Zëri i popullit'in çeşitli sayılarında çıkan halk konseyi üyelerinin seçimi üzerine yazıların bir derlemesi.

Yazısı 2. sayfada



Cuntanın demokrasi oyunu

Geçen yılın kasım ayında kendisinin dikte ettirdiği Anayasa Tasarısı'nı dipçik zoru ve bin bir tehdit ve baskı önlemleri ile halka onaylatan Ankara'daki beşli çete "demokrasiye geçiş adımının atıldığını" açıkladı.

Anayasanın "onaylatılması" ile birlikte faşist cuntanın şefi Kenan Evren yedi yıllığına tüm yetkilerle donatılmış Türkiye'nin ilk cumhurbaşkanı oldu. Ve bu yılın başlarında faşist cunta sözümona "demokrasiye geçiş" adımında biraz daha ilerleyerek, partiler yasasını hazırlattı. Bu yasa çerçevesinde kurulan partiler için bile faşist cuntanın doğrudan desteğini görmesi ve onun özel izni gerekli.

Örneğin 30 Mayıs günü beşli çeteden oluşan Milli Güvenlik Konseyi "Genişletilmiş Komuta Konseyi"ne danıştıktan sonra "demokrasiye geçiş" oyununa 79 nolu kararıyla son verdi. Bu kararla, 20 Mayıs'ta kurulan Büyük Türkiye partisi kapatıldı ve yasaklanmış olan eski AP ve CHP milletvekillerinin 16'sı tutuklandı.

Faşist generaller 79 nolu kararlarında Halkçı Parti'nin lideri Calp'ın "sol parti" oyununu bozan Erdal İnönü'yü de ikaz ettiler.

BTP'nin kapatılması kararı, faşist çetenin doğrudan kendi kontrolü ve denetimi altında olmayan gerici partilere bile tahammül edemediğinin, onun "demokrasiye geçiş" nidasının ne kadar kısa bir sürede iflas ettiğinin en açık kanıtıdır.

BTP'nin kapatılması kararı aynı zamanda faşist cuntanın kurulmasını istediği partilerin ve yönetime gelmesini öngördüğü partinin hangi türden olması gerektiğini ve kimin olacağını daha bugünden gözler önüne sermektedir.

Beşli çetenin çizdiği sınırlar ve onun "12 Eylül felsefesi" çerçevesinde hazırlanan Partiler Yasası'na göre kurulan gerici partilerin bile yasaklanması onun şimdi baskılarını daha da artıracağının en açık göstergesidir.

Kenan Evren çetesi "demokrasiye geçiş" perdesinin ikinci bölümünde kurmak istediği partileri en fazlasından iki ana partide birleştirmek istiyor. Bunlardan birinin başını MDP'nin çekeceği artık kesinlik kazanmıştır. Ve cunta her hallükârda diğer uygun gördüğü ve bununla birleştireceği partiyi başa getirmeye çalışacaktır.

Yaşanan bu gelişmeler cuntanın demokrasi oyununun daha başından sabun köpüğü gibi dağılmaya yüz tuttuğunun en çıplak ispatıdır.

Uzlaştırma önerisinin kabulü için geniş kampanya südürülüyor

ÖTV'da genel oylama için!

ÖTV sendikasının Stuttgart'taki merkezindeki üyeler ve görevlilerin hepsi şu günlerde tüm bölgelere dağıldılar. Onların görevi, sendikanın yöneticiler organının, uzlaştırma önerisini kabul etmesini sağlamaktır. Bununla ilintili olarak "Bild" gazetesine bir demeç veren ÖTV sendikası başkan yardımcısı, Büyük Toplu Sözleşme Komisyonu'nun kararını doğru bulmadığını açıkladı. Bununla ilintili olarak "ÖTV Magazin"de büyük bir makale yayınlandı ve her taraftaki bölge ve kaza toplantılarındaki konuşmalarda bundan söz edilmektedir.

Arabulucunun önerdiği kademeli "ücret artışının" kabul edilmesi için sendika tarafından iki tanıt gösterilmektedir. Bunlardan biri, arabulucunun önerisinin pek kötü olmadığı ve bunun daha ziyade ÖTV'nun bir başarısı (!) olduğu tanıtıdır.

Uzlaştırma sonucunda ücretlerde aşağıya doğru düşüşün ve gelecekte toplu sözleşmelerin artık yıllık olarak değil, 18 aylık süreyle yapılmasının tüm açıklığıyla ortada olması, bir çokları tarafından bir süpriz olarak görülen Büyük Toplu Sözleşme Komisyonu'nun kararının nedenini oluşturduğu unutulmamalıdır.

Sendika yönetimi istediği gibi evirip çevirsin, yapılan uzlaştırma önerisini bir yıl üzerinden hesapladığımızda bu yüzde 1,8 ücret zammını oluşturmaktadır ve uzlaştırma önerisinin süresi 18 aylıktır. Bu ise ÖTV için değil, CSU'lu Zimmermann ve yeni hükümetin anti-sosyal tasarruf programları için tam bir başarıdır. Binlerce yerli ve yabancı kamu işçi ve emekçisi herhalde bu ücret sonucu için uyarı grevlerine katılmadılar.

Yönetimin gösterdiği diğer bir tanıt ise, genel oylama tehlikesinin göze alınamayacağı, çünkü yenilginin gündemde olduğudur. Bu içte ele alındığından dolayı, basit bir şekilde ispatlanamaz. Çünkü hiç bir kimse düpedüz sendika içindeki seslerin belirgin olduğunu iddia edemez. Ayrıca çeşitli SPD işyeri gruplarının, şehir idaresinin istekleri doğrultusunda kamu işçi ve emekçileri arasında mücadele önlemlerine karşı propaganda sürdürdükleri görülmektedir. Diğer yandan buna karşı da önlem alınabilir. Nitekim ÖTV yönetimi Büyük Toplu Sözleşme Komisyonu'nun kararına karşı her türlü adımı attığı gibi pekâlâ (teorik olarak) hükümetin büyük sermayenin hizmetinde gerçekleştirmeye çalıştığı tasarruf politikasına karşı da bir direniş cephesini örgütleyebilir. Örneğin buna hazırlayıcı önlemler olarak, çeşitli bölgelerde sendika temsilcileri tarafından yapılan deneme oylamaları iyi bir araç olurdu ve bunlar direniş gücünün güçleşmesine hizmet edebilirdiler…

Tartışmaların çok ayrıntılı ve esaslı bir şekilde sürdürülmesi öngörülmektedir ve bunu Büyük Toplu Sözleşme Komisyonunun bir çok üyesinin de böyle istediği belirtilmektedir, çünkü, uzlaştırma önerisini reddetmek "büyük bir sorumluluk" olan genel oylama ve grev anlamına gelmektedir. İşte "ÖTV-Magazin"in tüm tanıtları bunlardı. Burada bunun pekâlâ yenilgi tehlikesi açıklaması ile çelişip çelişmediği, aynı zamanda küçük yönetimin genel oylamayla üyelerin karar vermesini sağlamak yerine bütün "sorumluluğu" kendi üzerine almak istemesi sorusu yöneltilebilir. Çünkü yönetimin emrettiği teslim olma yenilgisinin ve genel oylama sonucunda yenilginin (ve burada hiç bir kimse ikinci yolun kötü sonuçlarının olacağını kesin olarak bildiğini iddia etmemelidir) yanı sıra başarılı direniş imkânı da vardır…

Yabancılar politikasına karşı F. Almanya çapında eylemler yapılacak

Geçen hafta sonunda Frankfurt'ta yapılan "Yabancılar politikasını ve insan haklarının çiğnenmesini açıkca yargılama" kongresinde Yabancılar Kanununun yeniden düzenlenmesi planına karşı yabancı düşmanlığını hedefleyen tüm insiyatiflerin ortak protestosunu sağlamak için ilk adım atıldı.

Kongrede, önerilen ve Federal Almanya'nın çeşitli bölgelerinden katılan insiyatiflerin temsilcileri tarafından olumlu karşılanan bir "bayrak koşusu"nun yapılması uygun görüldü. Bu eylemin Kuzey'den Güney'e, Güney'den Kuzey'e doğru Bonn'a hareket etmesi öngörülmektedir. Bu ise ardı sıra bölgelerde yerel insiyatiflerin ardından büyük bir yürüyüşün yapılması demektir. Tam bir uygunluk içerisinde ve arka arkaya yapılacak olan bu eylemlerin tümü bir koordinasyon kurulu tarafından yönlendirilecektir. Bu kurula çeşitli örgütler kendi temsilcilerini gönderebileceklerdir.

Önümüzdeki günler içinde Frankfurt kongresine katılan insiyatiflere, kongrenin sonuçları ve 2/3 Temmuz'da Frankfurt'ta yapılacak olan koordinasyon kurulunun ilk buluşması ile ilintili bir yazı gönderilecektir. Bir sonraki toplantının ise Ruhr bölgesinde yapılması düşünülmektedir. Aynı şekilde şimdiye değin toplantıya katılamayan örgütler de birlikte çalışmaya çağrılmaktadırlar.

(Kongre üzerine ayrıntılı haber ve yorum 3. sayfada)



Somut planlar hazırlanıyor

Kömür üretiminin azaltılması isteniyor

RWI-İncelemesi'nin Hükümetin açıklamalarını tasdiklemesi öngörülüyor

ESSEN. — Ren-Westfalye Ekonomik Araştırma Enstitüsü (RWI) Federal Almanya'nın enerji sektöründeki durum üzerine incelemesinde taş kömürü çıkartımının düşürülmesi için önerilerde bulunuyor. Hükümet sözcülerinin gelecekteki kömür politikasına ilişkin olarak yaptıkları yeni açıklamalarından sonra yayınlanması öngörülen RWI Raporu'nun görüldüğü kadarıyla hükümetin politikasını "uzmanlar" açısından da doğrulattırma amacını gütmektedir.

Federal Hükümet'in yakın geçmişte yaptığı açıklamasında (ki, bu Strauss'un geçen yılın kasım ayında ve CDU'nun NRW Eyaleti şefi Worms'un Mart ayında açıkladıkları planlardan sonra üçüncü kezdir) kapasitelerin düşürülmesinden söz edilmektedir. Ve şimdi bu yönün RWI tarafından "verilerle" altı çizilmektedir.

Kapasitelerin sınırlandırılması için bir yandan enerji ihtiyacının azaldığı ve kapasitelerin fazla olduğu gösterilirken — ki bu, atom santrallerinin genişletilmesi ile ilintili gösterilen gerekçeyle çelişmektedir — diğer yandan ise ulusal kömür stokları şartlarının bugün bunların kararlaştırıldığı 1976 yılından farklı olduğu ileri sürülmektedir. Ayrıca kömür yığının, stoklar da dahil bir yıl içerisinde hemen hemen iki katına çıktığı, yani yuvarlak olarak 32 milyon tonu bulduğu belirtilmektedir.

Sistematik olarak yayılan tüm söylentiler yığınağından somutlaşan tek şey, taş kömürü çıkartımının bu yıl 9,5 milyon ton azaltılmasının öngörülmesidir. Böylece çeşitli kesimler tarafından ileri sürülen, kömür çıkartımının yılda 60 milyon tona düşürülmesine ilişkin olan "kademeli plan" hazırlanmış olmaktadır. Bu ise yeni kömür ocaklarının kapatılmasından ve bunların yerine yeni atom santrallerinin yapılmasından başka bir şey değildir…

ABD'nin katliam komplosu

Nikaragua çeşitli cephelerde savaşıyor

MANAGUA. — ABD'nin Managua'daki elçiliğinde bulunan üç diplomatı derhal ülkeyi terk etmeye çağrıldılar. Onlar, Nikaragua devlet yönetimine karşı bir katliam komplosuna katılmakla suçlanmaktadırlar. Diğer yandan yıkılan Samoza diktatörlüğünün taraftarları da Honduras'tan Nikaragua'ya saldırılarını sürdürmektedirler.

Geçen hafta Nikaragua Dışişleri Bakanlığının yaptığı bir açıklamada, ABD elçiliğinde bulunan diplomatların sınırdışı edilmesi çağrısı, onların "Hükümeti sarsmak" istedikleri ile gerekçelendirilmektedir. Somut olarak "Sandinist yönetimine ve Nikaragua Hükümeti'nin baş yöneticilerine" karşı katliam planlarının da dahil olduğu "cinayetkâr eylemlerden" söz edilmektedir.

Ülkeyi derhal terk eden diplomatlar, ABD Hükümeti'nin Nikaragua'yı tüm araç ve gereçlerle tekrardan ele geçirme planları çerçevesinde bir rol oynamaktadırlar. Bu amaç doğrultusunda kullanılan ana araç, ABD tarafından eğitilen ve desteklenen karşı devrimci birliklerin Honduras sınırında Nikaragua istilasıdır. Nikaragua Haber Ajansı'nın verdiği bilgilere göre, Honduras sınırında Honduras topçu birlikleri tarafından desteklenen ağır silahlarla donatılmış 600 karşı devrimci ülke sınırını geçtiler. Nikaragua halkının saldırganlara karşı savunma çatışmalarının ana merkezini Nuova Segovia şehri oluşturuyor.

Arnavutluk SHC'de Halk Meclisi seçimleri

24 Nisan'da Arnavutluk Sosyalist Halk Cumhuriyeti'nde seçimler, tüm alanlardaki Halk Konsey'leri ve Halk Mahkemeleri seçimleri yapıldı. Bununla ilintili olarak hangi sorunların olduğu üzerine okura kısa bir bilgi verebilmek için, KŞ'ın gelecek sayılarında Arnavutluk'tan siyasi dökümanlar yayınlayacağız. Biz buna "Zëri i popullit"in 16.3.83 tarihli, Konsey üyelerinin rolü üzerine makalesi ile başlangıç yapıyor ve bunu, seçim önerilerinin tartışıldığı bir toplantı üzerine olan "Zëri i popullit"in 3.4.83 tarihli makalesi ile devam ettireceğiz. Daha sonraki sayıların birinde ise, AEP MK 1. sekreteri Enver Hoca yoldaşın 3./.4. Mart 1966'daki bir politbüro konuşmasından bazı bölümleri yayınlayacağız. Bu konuşmada bürokratizme karşı mücadele ele alınıyor; bizim tercüme ettiğimiz bölümde ise, Halk Konsey'inin ve Halk Meclisi'nin sorunları ele alınmaktadır. Daha sonra ise Tiran Yürütme Kurulu'ndan bir yoldaşla yapılan söleyişe yer vereceğiz.

Zëri i popullit Gjirokastra:

Neden mahallede iki aday değiştirildi?

Demokratik Cephe'nin Yönetim Kurulu Gjirokastra ilinde şehirin 3 nolu mıntıkasındaki Halk Konseyi adaylığı için iyi özellikleri olan bir yeni yoldaşı önerdiğinde seçmenler buna itiraz ettiler, çünkü onlar onu tanımıyorlardı ve o, o mahalleye dahil değildi. Haklı olarak bazı yoldaşlar şu soruyu sordular: "Neden her şey pahasına bazı özellikleri olan ve bizim tanıdığımız, burada mahallede öne geçen bir kaç yüz genç erkek ve genç kadınlar arasında bir uygun aday bulunmuyor?" Tüm bunlar normaldi. Elbette onların tanıtları ikna ediciydi ve davanın iyi gidişattı içindi. Bundan ötürü Cephe Yönetim Kurulu'nun delegesi seçmenlere ikinci bir adayı önerdi. Bu da iyi bir yoldaştır. Ne var ki, değerli görülmesine rağmen bir kaç yüz seçmen onu tam olarak uygun görmediler, çünkü o mahalledeki toplumsal sorunlarda ve eylemlerde pasif birisidir.

Böylece salondan bir yoldaş sözü aldı. O, mahalle ile iyi bağları olan, cadde ve sulama şebekesinin genişletilmesi için gönüllü çalışmalarda yardımcı olan, toplumsal sorunların çözümlenmesine ve her şeyden önce de halkın arasındaki birliğin sağlamlaşmasına katkıda bulunan şehrin şu an ki Halk Konseyi üyesini önerdi. Toplantı canlılık kazandı. Bu üçüncü öneri onaylandığında hiç bir karşı oy verilmeden kabul edildi.

Bölge Halk Konseyi, mahalle Halk Konseyi, hakimler ve hukukçu olmayan fahri mahkeme azaları adaylarına ilişkin olarak cephenin yaptığı öneriler iyi tartılmış ve tamamen uygundular. Bunun için de oy birliği ile kabul edildiler. Demokratik Cephe'nin İl Yönetim Kurulu'nun şehir Halk Konseyi için yaptığı öneriler kabul edilmedi, çünkü onlar cephenin mahalle yönetim kuruluna ve aktif elemanlarına sorulmadan masa başında yapılmıştılar. Kitleler yasama döneminde aktif olarak çalışan ve başı çeken Şehir Halk Konseyi'nin şimdiki üyesinin değiştirilmesi gerektiği düşüncesinde değildiler. Bu tartışmalar ve öneriler seçimlerin tamamen demokratik karakterini ve ülkemizde, her şeyin halkın çıkarı ve onun isteğine göre yürüdüğü halk iktidarını gereğinden fazlasıyla göstermektedir.

Sedat Braja

3.4.83 tarihli Zëri i popullit baş yazısının bir paragrafı

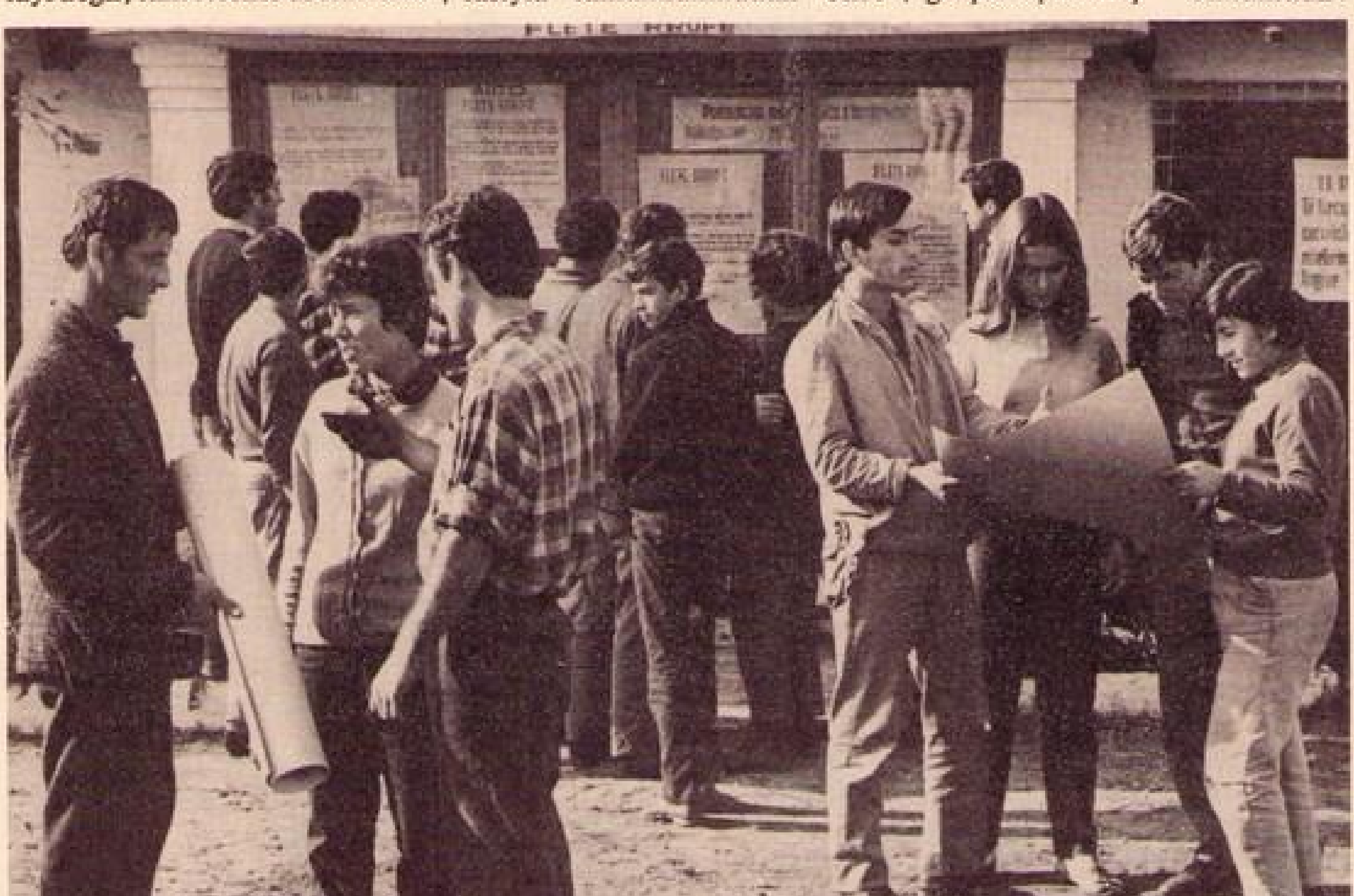
Halkın, oğullarına danışmasının canlı kürsüsü

... Bizde halk iktidardadır; akıllı ve ırak görüşlü partinin önderliği altında ülkeyi yöneten halktır. Halk, gerek temsilci organları aracılığıyla gerekse doğrudan iktidarını uygulamaktadır. Bu bakış açısı altında adayların seçmenlerle buluşmaları esnasında, seçimlerin önceki döneminde emekçi yığınlar tarafından yapılan önerilerin ve tavsiyelerin ne olduğu, onların ortaya attığı sorunların ne kadarının kaldığı ve bunların ne zaman kesin olarak çözümleneceği anlatılmalıdır. Bu büyük öneme sahiptir, çünkü bu, kendilerini devletin tüm sorunlarının çözümü ile bağlı gören seçmenleri, hata ve zaafları tüm nedenleri ile birlikte ortaya koymak, somut ve değerli öneriler yapmak, çalışmaları daha da düzeltmek ve tamamlamak için adaylarla buluşmada da özgürce görüş belirtmeye teşvik etmektedir (...)



Zeri i popullit, 16.3.83, İktidar organlarının faaliyeti

Konsey üyesi kendi örneği ile teşvik edebilir



Skrapar nahiyesine bağlı olan Birleşik Zogas Köyü Halk Konsey'inde şimdi sık sık üretimin çeşitli sorunlarının tahlili yapılmaktadır. Sosyal-kültürel sorunların tahlilinin büyük yer kapladığı dönem artık son buldu. Tabi ki, bu, artık onlara gereken önem verilmediğinden dolayı değil, tam tersine üretim ana cepheyi oluşturduğundan ve burada ilk planda dikkatler yoğunlaştığından dolayı yapılmamamaktadır. Bu maksatla Birleşik Köy Konseyi, özel bir programa göre kooperatif yönetim kurulunu ve onun tüm bölümlerini rapor vermeye çağırmayı kendisine alışkanlık edindi. Aynı şekilde Köy Halk Konsey'leri, sektörde ya da tugayda yapılan işi de aynen böyle ele aldılar. Bu oturumlarda hangi sonuç elde edildi? Kararların nasıl yaşama geçirildiği üzerine, üretim görevlerinin nasıl gerçekleştirildiği üzerine rapor verildi ki, herkesten kendi işi için sorumluluk duyması talep edildi. Bu ise, Kooperatiflerin neticilerinin sürekli iyi olmasına yol açtı. Örneğin 1982 yılı için ziraat üretim planı yüzde 101,8 gerçekleştirildi. Sebzeden edilen gelir yüzde 120, hayvancılıktan yüzde 111 idi. Bu sonuca varılmasının nedeni diğer şeylerin yanı sıra kooperatif köylülerinin işe katılımının yüzde 6 artması ve her birinin bir yıl öncesine göre 66 iş günü daha fazla üretim yapmasıdır. Halk Konseyi verilen görevler için sürekli kendilerinden hesap talep edildiğini, bunların yerine getirilmesinin sürekli denetlendiğini, ve olumlu sonuçların eksik olmadığını tespit etti. Ancak haklı olarak şu soru gündeme geliyor: Peki Konsey üyesi üretimde görevlerine nasıl sorumluluk duyuyor? Kendi örneği hangi çapta diğerlerine etki yapıyor? Bu tür bir tahlili arada sırada yapmak kaçınılmazdır, çünkü bu yalnızca Birleşik Köy ve tek tek köylerin Halk Konseyi üyelerinin ezici çoğunluğunun üretimde doğrudan yer alan emekçiler olmalarından dolayı değil, tam tersine onların kooperatif köylülerini seferber etme ve teşvik etme örneği öneme sahip olduğundan dolayı da mutlaka zorunludur. Yeri gerçeklere bırakalım: Konsey üyelerinin çalışmalarının özel bir analizinden onların geçen yıl ortalama olarak diğer kooperatif köylülerine göre 34 işgünü daha fazla gerçekleştirdikleri, yani normları yüzde altı fazlasıyla yerine getirdikleri açığa çıkmaktadır. Bu tür başarılar, içinde bulunduğumuz yılın aylarında da tespit edilebilmektedir. Bu, konsey üyelerinin, günün görevleri yerine getirilmeden ya da fazlasıyla tamamlanmadan önce çalışma cephesini terk etmemeyi kendilerine alışkanlık edindiklerinden dolayı sağlandı. Ve bu onların diğerlerinden de günlük çalışmanın gerçekleştirilmesini veya fazlasıyla yerine getirilmesini talep etmelerine yol açtı. Bu tür çalışma şartları altında, yani Konsey üyesinin iyi bir örnekle ilerleyişi, kuşkusuz ki gerek hesap verme talebinin gerekse de emekçilerin konseye güveninin artmasına yol açmaktadır.



Osaja Köyü Halk Konseyi üyeleri birinci olarak işe gelmekte ve sonuncu olarak ise eve gitmektedirler. Geçen yıl onlar kooperatifin en iyi tugayı üyelerinden ortalama olarak 42 iş günü daha fazla gerçekleştirdiler. Ve onların işleri yüksek kalitelidir. Bu iyi örneği Halk Konseyi ele alarak genelleştirdi. Bu, bazı kooperatif köylülerinde olan bazı engelleyici tasarıları, örneğin şu tür tasarıyı çürütmeye katkıda bulundu. "Normlar oldukça yüksek ve zor gerçekleştirilebilmektedirler." Şayet bir konsey üyesi üretim görevlerini yerine getirmek için zaman ve imkânları bulur, yığınlar için ikna edici çalışmalar sürdürür ve bunun yanı sıra kendisini toplumsal çalışmalarda aktifleştirirse, o zaman diğerleri üzerine ne söyleyebiliriz ki?

Talep: Peki konsey üyesi? Halk Konseyi'nin toplantısında arada sırada ortaya atılan, onun işteki örneği nasıldır sorusu doğru ve tabi ki haklı olan bir taleptir. Bu, halkın çıkarlarına hizmet etmek için halkın temsilcisi olarak seçilen onun ahlaki ve siyasi itibarının yükseltilmesiyle ilintilidir. Bu özellikle de konsey üyesinin söz ve eylemleri iki farklı şey olmadıkları zaman gerçekleştirilmiş olmaktadır.

Bir diğer gerçeğe değinelim: Osaja Köyü Halk Konseyi meyva yetiştirilmesi sektöründeki tespit edilen hata ve zaafları analiz ettikten sonra, meyva yetiştiren köylülerin çalışmaları için yardımı yükseltme görevini talep etti. Ancak şunları diyen kooperatif köylüleri de vardı: "Elma blokunda alınterimizi boşuna akıtıyoruz", "Elmalar bir şey getirmez", "iklim uygun değil" vb. Halk Konseyi bu sorunu defalarca analiz etti, bu kez ise dikkatlerini zararlı tasarılar üzerinde yoğunlaştırdı. Parti temel örgütünün önderliğini garantileyerek, Halk Konseyi, ilkin sorunu, uzmanlarla ve kooperatif köylüleri ile ortaklaşa çalışma temelinde tüm yönüyle ele alan konsey üyelerini harekete geçirdi. Peki bundan hangi sonuç elde edildi? Şimdi meyva ağaçlarında uygulanan zirai önlemlerden dolayı, planın üç kat fazlasıyla yerine getirilmesi başarıldı. Böylece yüksek neticenin elde edilmesini "Yer" ya da "iklim"in değil, insanların çalışmasının olanaklı kıldığı görüldü. Bu türden sorunlar bir zamanlar geri olan, fakat bu gün olumlu sonuçlarla sivrilen hayvancılık sektöründe de vardı.

Elbette ki, Halk Konseyi ve Konsey üyeleri, kendi şahsi örnekleri ile ilerledikleri, aynı zamanda kitlelere dayandıkları, partinin her tarafta olduğu gibi ziraat için tespit ettiği görevleri adım adım izleme temelinde onları seferber etmesini bildikleri zaman büyük bir güçtürler ve öyle de kalacaklardır.

Hekuran Hysa

Yabancılar politikasına ve insan haklarının çiğnenmesine karşı protesto toplantısı

"Eğer bu kongreyle yabancılar politikasının daha da sertleştirilmesi planına karşı yeni girişimler için itilimler sağlanması başarılabilirse, o zaman bir çok şey kazanılmış olacaktır." 3-5 Haziran 1983 tarihleri arasında Frankfurt'ta yapılan Yabancılar politikasını ve insan haklarının çiğnenmesini açıkca yargılama" protesto toplantısını yöneten Frankfurt insiyatifinin sözcüsü edindiği izlenimi ve örgütleyicilerin görüşünü bu şekilde özetlemişti.

Kongre bu tür itilimleri gerçekten sağladı. O, yabancı düşmanlığına ve yabancı düşmanı politikaya karşı mücadele sürdüren insiyatiflerin ve diğer siyasi güçlerin Federal Almanya çapında bir koordinasyon kurulunun oluşmasına itilim kazandırdı. Bu kurulun ilk görevi, arka arkaya, yabancılar politikasının yeniden düzenlenmesine karşı birbiriyle uyum içinde olan ve bölgesel protesto eylemlerinin örgütlenmesini sağlamaktır. Bunun için Bonn'da bir büyük merkezi yürüyüşün yapılması öngörülmektedir.

Kongrenin ilk günü akşamı yeni yabancılar politikasının amaçları anlatıldaktan sonra, bir dizi çalışma grubunda yabancılar politikasının çeşitli bölümleri



üzerinde tartışıldı, tecrübe alışverişinde bulunuldu. Bununla ilintili olarak bu politikadan Almanların da etkilendiği vurgulandı. Ayrıca Frankfurt Rockwell Golde işyeri işçi temsilcisi Heinz Göppner, Alman ve yabancı işçilerin işyerlerini korumak uğruna sürdürdükleri mücadeleyi anlattı. Sürdürdükleri mücadeleyle, yani işyeri işgali ile onlar tüm işçilere bir örnek sundular. Burada çeşitli uluslardan işçiler arasında düşmanlık hüküm sürmüş olsaydı, şüphesiz ki, bu mücadelenin yenik düşmesine yol açardı.

"İltica hakkı ve insan hakları", "Yabancılar için siyasi haklar", "Yabancı kadınlar ve sorunları", "Göçün nedenleri", "Tecrübe alışverişi-Strateji tartışması" vb. konular üzerine kurulan çalışma grupları kongreden oluşturulan çalışma gruplarından bazılarıydı.

"Alternatif şehir turu" çerçevesinde özellikle yabancıların oturduğu mahallelere gidildi ve burada yabancıların kendilerinden sayıları, bileşimleri, yaşam ve çalışma şartları üzerine somut bilgi edinildi.

Bu protesto toplantısına bir kaç düzine yabancı düşmanlığına karşı insiyatif katıldı. Böylece herkes ve çalışması için yeterince bilgi ve teşvikler vardı. Üç gün boyunca süren kongreye 1000'i aşkın insan katıldı. Bu olumlu bir sonuçtur ve bu bir çoklarının beklentilerini geride bıraktı.

Bu makalemizin kapsamı çerçevesinde kongredeki tüm çalışma gruplarının sonuçları üzerine ayrıntılı bilgi vermemiz mümkün değildir. Buna ilgi duyan herkes, daha sonra kongrenin çalışmaları üzerine hazırlanacak broşürü istetebilir. Broşür çıktığında biz bunu KŞ'ta duyuracağız.

Kongreye katılanların tümü, Yabancı ve Almanların tam sosyal ve siyasi eşitliğini mücadele ile sağlamak amacı üzerine hem fikirdiler. Bunun gerçekleştirilmesi ile ilintili olarak çeşitli görüşler ortaya sürüldü ve kısmen sert tartışıldı. KPD'li yoldaşlar partimizin "Yabancılar Programı"nı dağıttı ve kısaca tanıttılar. Program bir çoklarının dikkatlerini çekti. Programda da yer alan otomatik olarak vatandaşlığa geçmek, çifte vatandaşlık talepleri daha şimdiden çeşitli insiyatiflerde tartışılmaktadır. Ne var ki, yerli ve yabancıların yasal ve siyasi eşitliğini tam olarak sağlayacak bu doğru talebi bugün bir çok yabancı örgüt reddetmektedir. Hatta bazıları bu tür doğru bir talebi şovenist bir talep olarak nitelemektedirler. Ancak eski vatandaşlık haklarının hiç birini kaybetmeden otomatikmen Alman vatandaşlığına geçmek (ki bu hiç bir şekilde Alman milli benliğini, gelenek ve görenekleri kabullenmek demek değildir) yerli ve yabancı yurttaşların tam yasal ve siyasi eşitliğini sağlayacak tek doğru taleptir. Kuşkusuz ki, bu talebin gerçekleştirilmesi çetin bir mücadeleyi gerektirecektir. Bugün gerçekleştirilmesi kısa sürede mümkün olan yerel seçim hakkı bu yönde bir adımdır. Ne var ki, bu tam yasal yasal eşitliği sağlamak için yeterli değildir. Hiç bir ön şarta bağlı olmadan Alman vatandaşlığına geçmek burada Alman yurttaşlarının sahip oldukları tüm sosyal, siyasi ve ekonomik hakları yasal olarak yabancılar içinde garantileyecektir. Diğer yandan bu yasal eşitliğin sağlanması yerli ve yabancılardan oluşan Batı Alman işçi sınıfının mücadelesinin başarılar kaydetmesini daha da olanaklı kılacak, Batı Alman burjuvazisinin işçi sınıfının birliğini bölme çabalarını daha da zorlaştıracaktır.

Protesto toplantısında aynı zamanda partimiz KPD'nin yanı sıra çeşitli siyasi güçlerin ileri sürdüğü, yabancılara yerel seçim hakkı kampanyası tartışıldı. Örneğin partimiz KPD bunun gelecek yıl Kuzey Ren Westfalye'de yapılacak olan yerel seçimlerle ilintili olarak savunmaktadır.

KŞ'ın gelecek sayılarında kongrenin çalışmalarının sonuçlarını ve üç gün boyunca sürdürülen tartışmaları gözönünde bulundurarak, bizim tutumumuzu ve partimiz KPD'nin "Yabancılar Programı"nda yer alan taleplerini ayrıntılı olarak açıklayacağız.

İşsizler, Bonn'da protesto yürüyüşü düzenlediler.



Geçen hafta sonunda Bonn'da yapılan işsizlerle dayanışma yürüyüşüne yaklaşık olarak 3000 işçi ve emekçi katıldı. Yürüyüşten önce yapılan eylem haftasına olan az katılım, yürüyüşe katılımın az olacağına işaret ediyordu. Kuşkusuz ki, DGB'nin bu eylemi desteklemeye hazır olmaması, eylem haftasının olumsuz geçmesinin önemli nedenlerinden birini teşkil etmektedir. Ayrıca işsizler arasında çalışmayı örgütlemede ortaya çıkan zorluklar da diğer bir önemli noktayı oluşturmaktadır.

Türkiye:
Batı Alman yatırımları yeni bir hız kazandı

Tüm temel sendikal hakları ve imkânları yok eden ve bunları çiğneyenleri cezaya tabi kılan yeni sendikalar kanununun yürürlüğe konmasından ve Türkiye'ye yaptığı bir zayaretin ardından "özgür-demokratik gelişmeyi" öven Federal Ekonomi Bakanının teskin edici sözlerinden sonra Batı Alman sermayesi tekrardan Türkiye ile büyük ticarete başladı.

Örneğin MAN tekeli Kenan Evren faşist cuntası altındaki "olumlu ekonomik gelişmeler"-den faydalanarak Türkiye ile kamyon ticaretine tam bir giriş yapmak istemektedir. Daha 1984 yılı sonunda Gute-Hoffnungshütte-Gruppe çerçevesinde makina firması ikinci tesisini kurarak üretimi başlatacak. Ayrıca bir motor tesisinin. de yapılması planlanmaktadır. MAN Tekeli Türkiye'de toplam olarak 250 milyon Mark'lık yatırım yapmak istiyor. Şimdiye değin 2600 kamyon ve römorkun yapılması öngörülürken, şimdi 6 bin kamyon ve römorkun yapılması öngörülmektedir. Ayrıca Türkiye'deki Daimler-Benz firmasına teslim edilecek olan 7 bin de Diesel motorunun yapılması öngörülmektedir.

MAN tekelinin yanı sıra şimdi dişli çark üretimi yapan Friedrichshafen (ZF) firması da bir şanjman tesisi yapmak istiyor.

Frankfurt Açıklaması

Aşağıda yayınladığımız Açıklamayı, üç gün süren Frankfurt Kongresi'nde yüzlerce kişi imzaladı. Onlar bunu yapmakla gerek yabancılar politikasının daha da sertleştirilmek istenmesini gerekse bugün uygulanan yabancılar politikasına karşı protestolarını dile getirdiler. Ve onlar aynı zamanda tüm yabancılar politikasının değiştirilmesi temel taleplerinin bir çoğu ile hem fikir olduklarını gösterdiler. Kuşkusuz ki, "Frankfurt Açıklaması" henüz yabancı düşmanlığına karşı olan hareketin bir açıklaması değildir; aynı zamanda "Köln Açıklaması" ve diğer imza listeleri de vardır. Bu, çeşitli insiyatifler içinde bölgesel alanda da tartışılacak ve bölgesel alanda olumlu taleplerin geliştirilmesi için bir teşvik olacaktır.

Ayrıca Yabancılar Kanunu'nun Federal Ve Eyalet Komisyonları tarafından hazırlanan ve "Zimmermann Tasarısı" olarak bilinen öneriler temelinde sertleştirilmesi ya da yeniden düzenlenmesine karşı eylemlerin hazırlanması çerçevesinde, koordinasyon kurulu tarafından bu eylemler için ortak temelin bir tek çağrıda birleştirilmesi ve bunun için Federal Almanya çapında ortak bir imza kampanyasının başlatılması da beklenmektedir.

"Frankfurt Açıklaması"nı imzalayanlar, Federal Almanya'da yaşayan yabancı kadın ve erkeklere tüm yaşam alanlarında tam eşitliği garantileyen bir yabancılar politikasını talep etmektedirler.

Eşitlik diğer şeylerin yanı sıra şu demektir:

★Federal Almanya'da garanti edilmiş sürekli oturma hakkı; sınırdışı edilmeler son bulmalıdır. Aynı şekilde kocalarından ayrılan kadınlar da sınırdışı edilmemelidirler.

★Aile bireyleri ile—eşler ve çocuklar—Federal Almanya'da sınırsızca birlikte yaşama hakkı; ailelerin birleşmesini sınırlayan önlemler kaldırılmalıdır.

★Tesadüfen Federal Almanya'nın sınırları içinde doğan insanlarla tam yasal ve siyasi eşitlik. İşsizlik durumunda yalnızca işsizlik parası değil, aynı zamanda işsizlik yardımı ve sosyal yardım da verilmelidir; işsizlik durumunda geldiği ülkeye geri dönmeye zorlanmamalıdır. Yeni işyerlerinin verilmesinde Almanlarla eşitlik sağlanmalıdır.

★İsveç, Danimarka ve Hollanda'da olduğu gibi yerel seçim hakkı tanınmalıdır.

Biz ayrıca şunları talep ediyoruz:

★Anayasanın siyasi sığınmacılar için 16. maddesine göre sığınma temel hakkı sınırsızca geçerli olmalıdır. Federal Almanya'ya ilk giriş yaptıkları andan itibaren sığınma isteminde bulunanlara çalışma hakkı; sığınma isteminde bulunanlar toplama kamplarına yerleştirilmemelidirler; sığınma isteminde bulunanlar, kendilerini orada hapisin ya da işkencenin ve ölümün beklediği üzerine en küçük bir şüphenin doğması halinde geldikleri ülkelere sınırdışı edilmemelidirler; sığınma isteminde bulunanların verileri hiç bir şekilde ne iç ne de yurtdışındaki gizli istihbarat örgütlerine verilmelidir.

ve her şeyden öncede:

Federal ve eyalet komisyonunun aşağılayıcı "Yabancılar Politikası" (Zimmermann-Tasarısı) önerileri derhal geri alınmalıdır! !!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!!

İleriye doğru bir adım

...Birisinin gönülden yapmak istediği ve bunun gerçekleşmesi için belirli bir çaba sarfettiği ve mesele şu ya da bu şekilde gerçekleştiği zaman bu tür bir hükme varmak bazen oldukça çok hızlı oluyor. Belirli bir çalışmayı sonuçlandırmak her zaman gerçekten ileriye doğru bir adım atıldığı anlamına gelmez.

Aynı şekilde Frankfurt'ta yapılan "Yabancılar politikasını ve insan haklarının çiğnenmesini açıkca yargılama" kongresi de, bazı yönleri ile buna katılanların bir kısmının beklentisini karşılamadı. Tüm çalışma grupları beklenilen sonucu vermedi. Bir çok şey genel bir alanda kaldı. Pazar günü yapılan kürsü ve plenum konuşmaları o içeriğiyle hiç bir şekilde gerekli değildiler vs. Ancak diğer yandan şunu kongrenin örgütleyicilerine tanımak zorundayız: Onlar büyük bir çaba sarfettiler, onlar genellikle pratik yaşantılara dikkatleri çekmeye çalıştı ve onlar muhakkak ki büyük bir beklenti uyandırmadılar. Aksine, "tecrübe alışverişi" çalışma grubundan da görülebildiği gibi, gelecek ortak çalışmalar için bir çok somut öneri burada yapıldı. Daha başında bu grup için büyük beklentilerle yaklaşılmamıştı, komitelerin isteklerine açık bırakılmıştı. Bunları bazıları çok dikkatli bir şekilde tartmış olabilir, ancak bunlar geçen yıl yapılan Duisburg Kongresi'nin olumsuz tecrübelerini gözönünde bulundurmaktadırlar.

Böylece neyin talep edilmesi ve neyin beklenmesi gerektiği ortaya çıktı: Şu an giderek sayıları artan insiyatiflerle ve yabancı düşmanlığına ve yabancılar politikasına karşı faaliyet sürdüren diğer siyasi örgütlerle Federal Almanya çapında ortak çalışmayı sağlama ve bu ortak çalışmayı garantiye alma somut önerisi yapıldı. Kongrede, bir soruna karşı ortak harekete edebilmek için, Yabancılar Kanunu'nun daha da sertleştirilmesi planına karşı Federal Almanya çapında arka arkaya birbiriyle uyum sağlayan ve dikkatleri üzerinde toplayan görkemli eylemlerle protestoyu dile getirmek, Alman ve yabancıların eşitliğinin sağlanması uğruna mücadele yürütmek sonucuna varıldı. Bu amaç gerçekleştilirse—ki biz bu konuda eminiz, çünkü bir çok insiyatifin temsilcisi bunun için hazır olduğunu açıkladı—o zaman öngörülen koordinasyan kurulunun gerekli olduğu açığa çıkar ve sonra birbiriyle anlaşma ve ortak çalışma temelinde başka eylemlerin yapılmasının imkânları da doğar. Bölgesel alanda birbirine yaklaşma daha "Bayrak Koşusu" eylemlerinin ortak hazırlanmasında sağlanabilir. Ve bu hareketin gücü tek tek insiyatiflerin bölgelerinde, semtlerinde sürdürecekleri faaliyetlerinin kök salmasına bağlı olduğu tartışma götürmez bir gerçektir. Bu çalışmalar diğerleri ile ortak çalışmaya ve örgütlenmiş bilgi alış verişine bir itilim kazandırabilir.

Bunun için kongre hakkında vereceğimiz hüküm şudur: Frankfurt Kongresi'nde ileriye doğru bir adım atıldı!

Partimiz, Almanya Komünist Partisi, KPD, yabancı düşmanlığına ve hakim sınıfların yabancılar politikasına karşı mücadeleye büyük önem vermektedir. Partimizin "Yabancılar Programı" kongredeki çalışma gruplarında geliştirilen taleplerin büyük bir kısmı ile uygunluk içerisindedir. Henüz tartışılan ve merkezi bir talep olan çifte vatandaşlık talebi, tartışmaları yoğunlaştırmak için bir neden olmalıdır. O halde şimdi bölgesel çalışmalarla, insiyatifler içindeki çalışmalarla ve planlanmış eylemlerde, bizim hesaba katılmamız gereken bir güç olduğumuzu ve yabancı düşmanlığına karşı mücadeleye ilişkin olarak gerek ciddi düşüncelerimizle gerekse ciddi pratiğimizle katkıda bulunabileceğimizi ispatlayalım.